



Nur zur dienstlichen Verwendung

Stenografisches Protokoll
der 24. Sitzung
- endgültige Fassung* -

1. Untersuchungsausschuss

Berlin, den 9. Februar 2023, 12.00 Uhr
Paul-Löbe-Haus, Saal 4.900 (Europasaal)
Konrad-Adenauer-Straße 1, 10557 Berlin

Vorsitz: Dr. Ralf Stegner, MdB

Tagesordnung - Öffentliche Beweisaufnahme

| Einzigiger Tagesordnungspunkt | Seite |
|--|-----------------------------------|
| <i>Zeugenvernehmung</i> | |
| BrigGen Ansgar Meyer Kontingentführer RSM (Beweisbeschluss Z-19) | 9 |
| OTL i. G. Chris Gonter Bundeswehr „Division Schnelle Kräfte“ (Beweisbeschluss Z-20) | 65 |
| H. H. Leiter des Referats „Beschaffung Afghanistan/ Pakistan“ des BND (Beweisbeschluss Z-17) | siehe Stenogr. Protokoll 20/24 II |

* Hinweis:

Korrektur- und Ergänzungsanmerkungen der Zeugen zur vorläufigen Protokollfassung sind als Anlage beigelegt. Die betroffenen Protokollpassagen sind nachfolgend mit einem * gekennzeichnet.

20. Wahlperiode



Deutscher Bundestag

1. Untersuchungsausschuss
nach Artikel 44 des Grundgesetzes

Nur zur dienstlichen Verwendung

20. Wahlperiode



Deutscher Bundestag

1. Untersuchungsausschuss
nach Artikel 44 des Grundgesetzes

Nur zur dienstlichen Verwendung

20. Wahlperiode



Deutscher Bundestag

1. Untersuchungsausschuss
nach Artikel 44 des Grundgesetzes

Nur zur dienstlichen Verwendung

20. Wahlperiode



Deutscher Bundestag

1. Untersuchungsausschuss
nach Artikel 44 des Grundgesetzes

Nur zur dienstlichen Verwendung

20. Wahlperiode



Deutscher Bundestag

1. Untersuchungsausschuss
nach Artikel 44 des Grundgesetzes

Nur zur dienstlichen Verwendung



Nur zur dienstlichen Verwendung



Nur zur dienstlichen Verwendung



Nur zur dienstlichen Verwendung

(Beginn: 12.00 Uhr)

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Es ist pünktlich 12 Uhr, und ich eröffne unsere 24. Sitzung des 1. Untersuchungsausschusses der 20. Wahlperiode, die zugleich unsere 10. Beweisaufnahmesitzung ist.

Ich stelle fest, dass die Öffentlichkeit hergestellt ist, und begrüße ganz herzlich die Zuschauerinnen und Zuschauer sowie die Vertreterinnen und Vertreter der Presse.

Ich gehe davon aus, dass sich keine Personen als Zuschauerinnen und Zuschauer hier im Raum aufhalten, die wir später als Zeugen wiedersehen.

An dieser Stelle möchte ich den Damen und Herren von der Presse noch mal, zum wiederholten Male einen Hinweis geben. Der Ausschuss hat sich aus Gründen des Persönlichkeitsschutzes dafür entschieden, Namen von Zeuginnen und Zeugen nicht in der Tagesordnung zu veröffentlichen, soweit diese nicht ohnehin aufgrund ihrer Funktion öffentlich bekannt sind. Bei den Angaben zur Person werden die Namen zwar in öffentlicher Sitzung genannt; das bedeutet jedoch nicht, dass der Persönlichkeitsschutz der Zeugen damit aufgehoben würde. Ich bitte daher darum, in der Berichterstattung über die Beweisaufnahme des Untersuchungsausschusses nach den Regelungen im Pressekodex die Namen der Zeugen nicht zu veröffentlichen, soweit sie nicht in der Tagesordnung genannt sind.

Bevor ich zum eigentlichen Gegenstand der heutigen Sitzung komme, gestatten Sie mir einige wenige Vorbemerkungen.

Ton- und Bildaufnahmen sind während der öffentlichen Beweisaufnahme nicht zulässig. Ein Verstoß gegen dieses Gebot kann nach dem Hausrecht des Bundestages nicht nur zu einem dauernden Ausschluss von den Sitzungen dieses Ausschusses - Höchststrafe - sowie des ganzen Hauses führen, sondern gegebenenfalls auch strafrechtliche Konsequenzen nach sich ziehen.

Dann kommen wir zu unserem **einzigen Tagesordnungspunkt** heute:

Zeugenvernehmung

Brigadegeneral Ansgar Meyer
Kontingentführer RSM
(Beweisbeschluss Z-19)

OTL i. G. Chris Gonter
Bundeswehr „Division Schnelle Kräfte“
(Beweisbeschluss Z-20)

H. H.
Leiter des Referats „Beschaffung
Afghanistan/Pakistan“ des BND
(Beweisbeschluss Z-17)

Wir werden die Zeugen in dieser Reihenfolge vernehmen.

Der Ausschuss hat in der Beratungssitzung vom heutigen Tage beschlossen:

Für die Vernehmung des Zeugen H. H. am heutigen Tage wird die Öffentlichkeit gemäß § 14 Absatz 1 Nummer 2 und 4 des Untersuchungsausschussgesetzes ausgeschlossen, weil besondere Gründe des Wohls des Bundes entgegenstehen und eine Gefährdung des Zeugen zu besorgen ist.

Wir werden die Vernehmung heute von circa 12.50 bis 15.00 Uhr unterbrechen müssen. Der Vorsitzende des Ausschusses und sein Stellvertreter, wir halten Reden im Bundestag. Außerdem finden Wahlen zu Gremien statt. Ansonsten unterbrechen wir gelegentlich, regelmäßig für Pausen, sodass Sie anderen Bedürfnissen nachgehen und sich kurzzeitig erholen können und wir insgesamt weniger lange tagen müssen.

Vernehmung des Zeugen Ansgar Meyer

Unser erster Zeuge, Herr Meyer, hat bereits Platz genommen.

Ich stelle fest, dass der Zeuge ordnungsgemäß geladen ist. Herr Meyer, Sie haben den Erhalt der Ladung am 30. Januar 2023 bestätigt.

Ich heiße Sie herzlich willkommen und bedanke mich, dass Sie dem Ausschuss als Zeuge zur Verfügung stehen.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Herr Meyer, ich bin zunächst gehalten, Sie über Ihre Rechte und Pflichten als Zeuge aufzuklären. Die Belehrung ist nicht für Sie besonders unfreundlich ausgestaltet, sondern sie gilt bei allen so, wie ich sie vortrage. Ich bitte da um Ihr Verständnis.

Sie sind als Zeuge geladen worden. Als Zeuge vor einem Untersuchungsausschuss sind Sie verpflichtet, die Wahrheit zu sagen. Das heißt, Sie müssen richtige und vollständige Angaben machen. Sie dürfen nichts weglassen, was zur Sache gehört, und nichts hinzufügen, was der Wahrheit widerspricht. Wer vor einem Untersuchungsausschuss vorsätzlich falsche Angaben macht, kann sich nach § 162 in Verbindung mit § 153 des Strafgesetzbuches strafbar machen. Solch eine uneidliche Falschaussage kann eine Geldstrafe oder eine Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren nach sich ziehen.

Auf bestimmte Fragen dürfen Sie die Auskunft verweigern. Das gilt zum einen für Fragen, deren Beantwortung Sie oder einen Ihrer Angehörigen der Gefahr zuziehen würde, einer Untersuchung nach einem gesetzlich geordneten Verfahren ausgesetzt zu werden. Das können Verfahren wegen einer Straftat oder Ordnungswidrigkeit sein, aber auch Disziplinar- oder berufsgerichtliche Verfahren.

Darüber hinaus dürfen sogenannte Berufsgeheimnisträger und ihre Gehilfen grundsätzlich die Auskunft in Bezug auf Dinge verweigern, die ihnen in dieser Eigenschaft anvertraut oder bekannt geworden sind.

Haben Sie dazu Fragen?

Zeuge Ansgar Meyer: Nein, keine Fragen.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Dann möchte ich Sie darauf hinweisen, dass eine Tonaufnahme gefertigt wird, um eine Protokollierung der Sitzung zu erleichtern. Deshalb ist es wichtig, das Mikrofon einschalten und sich auch in der Nähe aufzuhalten, wenn Sie das Wort ergreifen. Die Aufnahme wird nach Abschluss der Protokollerstellung gelöscht. Das Protokoll wird Ihnen vor der endgültigen Fertigstellung übersandt.

Mein letzter Hinweis an den Zeugen: Sollten Sie während Ihrer Vernehmung zu der Auffassung gelangen, dass Sie als VS-Vertraulich oder höher eingestufte Informationen oder sonstige Dinge zur Sprache bringen müssen, deren öffentliche Erörterung überwiegende schutzwürdige Interessen verletzen würde, bitte ich um einen Hinweis. Der Ausschuss hätte dann über den Ausschluss der Öffentlichkeit sowie den Geheimhaltungsgrad der Sitzung zu beschließen.

Ich weise allerdings ausdrücklich darauf hin, dass es sich hier um ein Regel-Ausnahme-Verhältnis handelt. Der Öffentlichkeitsgrundsatz für Beweiserhebungen in Untersuchungsausschüssen hat nach Artikel 44 des Grundgesetzes Verfassungsrang. Das bedeutet, die Gründe für eine Ausnahme müssen ein besonderes Gewicht haben. Und wir wachen streng darüber, dass das so ist.

Haben Sie zu diesen Hinweisen Fragen?

Zeuge Ansgar Meyer: Nein, keine Fragen.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Dann komme ich jetzt zum Ablauf der Vernehmung. Eingangs werde ich Sie kurz zu Ihrer Person befragen. Zu Beginn der Vernehmung zur Sache haben Sie nach § 24 Absatz 4 des Untersuchungsausschussgesetzes Gelegenheit, zum Beweisthema im Zusammenhang vorzutragen, wenn Sie das wünschen. Anschließend oder wenn Sie darauf verzichten, werden Sie von den Mitgliedern des Ausschusses befragt. Die Fragezeit der Fraktionen richtet sich nach dem Stärkeverhältnis; je mehr Abgeordnete, desto längere Redezeit. - Haben Sie zu dem Ablauf noch Fragen?

Zeuge Ansgar Meyer: Nein, vielen Dank. Keine Fragen.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Dann darf Sie nun bitten, sich dem Ausschuss zu Beginn Ihrer Ausführungen mit Ihrem Namen, Ihrem Alter, Ihrem Beruf und einer ladungsfähigen Anschrift vorzustellen.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Ansgar Meyer: Ich bin Brigadegeneral Ansgar Meyer, geboren am [REDACTED], somit noch 57 Jahre alt. Die ladungsfähige Adresse ist in meinem Falle das BMVg, Abteilung Recht, Der Beauftragte für den Untersuchungsausschuss, in der Stauffenbergstraße 18 in 10785 Berlin.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Und vom Beruf sind Sie Soldat?

Zeuge Ansgar Meyer: Ich bin Soldat.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Sehr geehrter Herr Meyer, Sie können nun, wenn Sie das wünschen, im Zusammenhang darlegen, was Ihnen über den Gegenstand der Vernehmung bekannt ist.

Zeuge Ansgar Meyer: Ja, Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren, ich würde die Gelegenheit tatsächlich ergreifen wollen, ganz kurz den Rahmen zu setzen, um einzuordnen, was meine Rolle in Afghanistan war mit Blick auf den Untersuchungsgegenstand dieses Ausschusses.

Ich war eingesetzt als der letzte Kommandeur Resolute Support Mission im Norden Afghanistans. Ich bin in Afghanistan angekommen am 12. August 2020 und habe das Kommando übernommen am 20. August. Dieses Kommando habe ich ununterbrochen geführt bis zum 30.06. des Folgejahres. Ich bin am 30.06.21 bei Ankunft in Deutschland in Wunstorf vom Befehlshaber Einsatzführungskommando von diesem Kommando entbunden worden. Die Evakuierungsoperation habe ich während meines Einsatzurlaubs oder Urlaubs nach dem Einsatz, wie viele andere, durchaus angespannt am Fernseher verfolgt.

Meine Aufgabe im Norden Afghanistans war eine Doppelhutfunktion. Ich war aus Sicht der NATO der Commander Train Advise Assist Command North und national der Kommandeur des deutschen Einsatzkontingentes, das sich nicht nur beschränkte auf das Kontingent in Masar-i-Scharif, sondern auch einschloss die Kräfte in Kabul.

Ganz kurz umrissen die Aufträge - und wenn Fragen sind, werden wir da später sicherlich noch drauf eingehen können -: Das Train, Advise,

Assist, das war der Kernauftrag auf der Korps-ebene der uns zugeordneten beiden afghanischen Korps, das heißt also Ausbildung und Beratung dieser Ebene. Wir hatten einen Sicherheitsauftrag in der sogenannten Ground Defense Area. Das war ein Geländeabschnitt rund um das Camp Marmal herum einschließlich der Stadt Masar-i-Scharif, in der wir entsprechend Patrouillen durchgeführt haben und unser eigenes Lagebild aufgebaut haben.

Für mich kam hinzu das sogenannte Key Leader Engagement. Das heißt, ich habe mit den Honoratioren im Norden enge Verbindung gehalten in neun Provinzen: die jeweiligen Gouverneure und Polizeichefs, die Vertreter der sogenannten White Domain, das waren unter anderen die Vereinten Nationen, die dort vertreten waren, aber auch NGOs und die Power Broker, die sogenannten Power Broker, das heißt Persönlichkeiten mit Einfluss in den jeweiligen Regionen.

Ein weiterer Auftrag - allerdings nur als Second Responder, haben wir das genannt, also in zweiter Reihe - in Extreme Support, bei Extremsituationen, wie Evakuierung für die internationale Gemeinschaft vor Ort und - und das wurde natürlich im zweiten Halbjahr - - nahm die Bedeutung da deutlich zu - - wurde der Schwerpunkt die Rückverlegung aller Kräfte aus Afghanistan.

Wenn ich meine Zeit in Afghanistan, diese ungefähr elf Monate, in Phasen aufteilen würde, war die erste Phase bis Mitte Februar in etwa Entscheidungsfindung in der NATO, also: Wie geht es weiter mit der Mission? - Die zweite Phase im Grunde, als wir Mitte Februar den Zeitpunkt überschritten, zu dem eine geordnete Rückverlegung bis zum 30.04. - das war das Abzugsdatum, das verhandelt worden war in Doha - noch hätten realisieren können. Also zunächst einmal ein unbefristeter Verbleib in Afghanistan. Und der dritte Abschnitt dann nach dem 24.04.*, nach der Entscheidung der NATO und des Präsidenten der Vereinigten Staaten, der Abzug, die Rückverlegung aus Afghanistan.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Ganz kurz zu den wesentlichen Herausforderungen, die wir im Norden Afghanistans gesehen haben. Abgesehen von wenigen Ausnahmen gab es zwar keine Angriffe auf Koalitionskräfte; aber die Sicherheitslage war mehr als fragil. Es war nach Bewertung des Hauptquartiers in Kabul das blutigste Jahr in Afghanistan, also hohe Verluste bei den Sicherheitskräften, viele zivile Opfer, auch hohe Verluste bei den Taliban.

Wir waren konfrontiert durchgehend im Norden mit ständigen Wechseln auf Führungspositionen. Eigentlich war ich für ein Jahr nach Afghanistan versetzt worden, um Kontinuität sicherzustellen, insbesondere als Ansprechpartner für unsere afghanischen Partner. In der Zuständigkeit für neun Provinzen habe ich in meiner Zeit 21 Gouverneure kennengelernt und mit ihnen die Verbindung gehalten. Bei den beiden Korps, für die wir zuständig waren, hatte ich es letztlich mit fünf Kommandeuren zu tun, also einem steten Wechsel.

Wenn ich die größte Herausforderung oder eine der größten Herausforderungen noch nennen darf - und das wird uns allen in guter Erinnerung sein -: 2020/2021 stellte uns Corona natürlich vor erhebliche Probleme. Wir waren zumindest im ersten Dreivierteljahr nicht geimpft. Als ich nach Afghanistan kam, waren Schutzmöglichkeiten, wie Masken beispielsweise, noch sehr rudimentär. Das verbesserte sich danach zunehmend. Hatte natürlich auch Einfluss auf unseren militärischen Auftrag. Afghanistan wurde hart getroffen von der ersten Welle Corona mit vielen, vielen Toten, die offiziell in Statistiken so nicht auftauchten, die aber durch die Gespräche und die Gesprächsaufklärung mehr oder weniger belegt sind.

In den einzelnen Phasen die Herausforderungen vielleicht noch ganz kurz dargestellt: Bei der Vorbereitung der Rückverlegungsphase eins, also Warten auf die Entscheidung in der NATO, galt es, alles vorzubereiten, um tatsächlich eine geordnete Rückverlegung sicherzustellen, auch Material und Personal schon zurückzuführen, allerdings - und das war die rote Linie - eine uneingeschränkte Erfüllung des Kernauftrages durchgehend sicherzustellen unter Verzicht auf

Teil- und Einzelfähigkeiten, um einer politischen Entscheidung nicht vorzugreifen. Das heißt, abzuwarten, bis politisch entschieden wird, wie geht es weiter in Afghanistan.

In der zweiten Phase, als wir diesen Zeitpunkt überschritten hatten und absehen konnten, diese geordnete Rückverlegung vor dem 30.04. nicht durchführen zu können, im Wesentlichen der Schutz der eigenen Kräfte, weil sich deutlich abzeichnete, dass die Taliban zwar entlang des Doha-Abkommens bis zum 01.05. weitestgehend auf Angriffe gegen die Koalition verzichten würden, aber danach durchaus wahrscheinlich auch uns wieder angreifen würden.

Und in der Phase drei die hohe Komplexität einer Rückverlegung eines großen Kontingentes bei gleichzeitiger Übergabe der Verantwortung an die afghanischen Partner und in einem multinationalen Umfeld von 15 Nationen, die für sich genommen alle für die Rückverlegung und die Logistik verantwortlich waren.

Abschließend das taktisch-operative Ergebnis: Wir haben in den letzten Wochen unseres Einsatzes in Afghanistan ordnungsgemäß und akribisch die Verantwortung an die Sicherheitskräfte übergeben. Wir haben einsatzbereite Infrastruktur übergeben, ein funktionsfähiges Camp und vor allen Dingen - und das war ganz wichtig für unsere Partner - ein funktionierendes Airfield, also einen Flughafen. Das Ganze wurde ruhig und ohne Hast durchgeführt, Gott sei Dank ohne eigene Verluste, sodass ich für mich persönlich bewerte, dass die Operation „Geordnete Rückverlegung“ - das war eine Auflage der Kanzlerin, die sie mir im Januar 21 gegeben hatte - auftragsgerecht umgesetzt wurde.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Vielen Dank. - Die Mitglieder des Ausschusses haben jetzt dann die Möglichkeit, Fragen an Sie zu richten. Wenn Ihnen Vorhalte aus Akten gemacht werden, wird der Fragesteller oder die Fragestellerin auf Ihren Wunsch die entsprechende Unterlage vorlegen. - Die Kolleginnen und Kollegen erinnere ich noch mal daran, bei Aktenvorlagen unbedingt die



Nur zur dienstlichen Verwendung

MAT-Nummer und die Blattzahl zu nennen, bevor der Aktenvorhalt erfolgt. Das erleichtert allen, die Stellen leicht zu finden.

Ich habe zunächst keine weiteren Fragen und gebe das Wort der SPD-Fraktion und dem Kollegen Nürnberger.

Jörg Nürnberger (SPD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Herr Meyer, zunächst einmal im Namen der SPD-Fraktion ein ganz herzlicher Dank für den Einsatz, den Sie geleistet haben, Sie und Ihre Soldatinnen und Soldaten, in Afghanistan. Ich glaube, es ist auch an dieser Stelle notwendig, das regelmäßig zum Ausdruck zu bringen, weil wir untersuchen die Vorgänge in Afghanistan; aber wir tun das auch mit dem Respekt vor der Leistung der Personen, die dort für die Bundesrepublik Deutschland gedient haben.

Sie haben ja bereits in Ihren einleitenden Worten dargestellt, welche Doppelfunktion Sie einerseits im Rahmen des Train Advise Assist Command North und als Kontingent [sic!] für das deutsche Einsatzkontingent hatten. Können Sie das vielleicht noch etwas näher darstellen, welche Rolle Sie im Rahmen der NATO-Tätigkeit übernommen haben?

Zeuge Ansgar Meyer: Ja, sehr gerne. Ich hatte das ja ganz kurz nur umschrieben mit Ausbildung und Beratung für die Korps.

Tatsächlich war es so, dass ich über ein Mentorenteam - - Am Anfang waren es 22 Mentoren, die ich zur Verfügung hatte, die im Grunde in allen Bereichen - wir nennen das im Militärischen Führungsgrundgebiete, also wirklich von Personal über Operationsführung, das militärische Nachrichtenwesen, die Logistik bis hin zur Führungsfähigkeit IT im Korps, also auf der Korps-Ebene - die entsprechende Beratung durchführten. Wir haben keine Ausbildung und Beratung unterhalb der Korps-Ebene durchgeführt, also die Brigaden und Bataillone, die im Raum operierten.

Dabei kam es im Wesentlichen darauf an, die beiden Korps zu unterstützen bei der Umsetzung der vom Generalstab erlassenen Joint Order 125. Das

war im Grunde der operative Rahmen, der gesetzt worden war für Afghanistan. Ohne da jetzt auf operative Einzelheiten einzugehen, ging es im Wesentlichen darum - das war einer der Kernpunkte -, nicht nur militärisch für die Sicherheitslage zu sorgen, sondern das eben über alle Sicherheitspfeiler, sogenannte Cross Pillar Coordination, mit Polizei und dem Nachrichtendienst jeweils vor Ort abzustimmen. Das war ein Hauptaugenmerk.

Daneben ging es natürlich auch um Ausbildung. Es gab mehrere Ausbildungszentren, die wir auch regelmäßig besucht haben, um zu sehen, wie die Soldaten, die Rekruten vorbereitet werden auf ihre Aufgabe.

Eine Beobachtung, die wir über mehrere Jahre hinweg schon gemacht hatten: dass, wenn es angespannte Lagen gab in Afghanistan, Soldaten nur rudimentär ausgebildet quasi gleich an die Front geschickt wurden. Und hier haben wir versucht, Stabilität reinzubringen und das Bewusstsein zu wecken, dass eine fundierte Ausbildung wichtig ist, nicht nur um operativ und taktisch effektiv zu werden, sondern auch, um eigene Verluste zu vermeiden.

Letztlich habe ich mich regelmäßig mit den Kommandeuren der Korps zusammengesetzt, um erstens die große Sicherheitslage zu besprechen, mich abzustimmen, was die Beurteilung der Lage betrifft, und entsprechende Hinweise zu geben, wo man möglicherweise noch mal nachbessern kann.

Jörg Nürnberger (SPD): Vielen Dank. - Zur Präzisierung Ihrer Antwort: Sie persönlich als Beauftragter im Bereich der NATO haben keine Kontakte zu niedrigeren Führungsebenen unterhalten können. Gab es aber Teile der Bundeswehrmission, die sich tatsächlich mit dieser Ausbildung beschäftigt haben? Weil vielen Leuten bei uns in Deutschland sind immer noch die Bilder geläufig, wo deutsche Soldaten afghanische Soldaten bei ganz grundlegenden militärischen Fähigkeiten mit ausgebildet haben. Wurde sichergestellt, dass auf dieser taktischen Ebene - Bataillon, Kompanien - auch Unterstützung in der militärischen Ausbildung geleistet wurde?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Oder war das zu dem Zeitpunkt, in dem Jahr, in dem Sie in Afghanistan tätig waren, bereits nicht mehr der Fall?

Zeuge Ansgar Meyer: Als ich nach Afghanistan gekommen bin - - Also da muss man sich noch mal die Lage vor Ort vor Augen führen: Was Corona betraf, strikte Auflagen. Es war im Grunde zu einer Unterbrechung gekommen auch des Train, Advise, Assist, weil ganz einfach der Kontakt zu gefährlich war und die Schutzmöglichkeiten noch sehr begrenzt. Unter anderem wurden zum Beispiel Beratungscontainer eingerichtet. Das muss man sich so vorstellen: 20-Zoll-Container, in der Mitte eine Glasscheibe eingezogen, die afghanischen Partner auf der einen Seite, wir auf der anderen Seite.

Was die Ausbildung selbst betrifft auf den jeweiligen Ebenen, das beschränkte sich tatsächlich im Wesentlichen darauf, dass wir zum Beispiel das Ausbildungszentrum in Masar-i-Scharif, also im Camp Shaheen, regelmäßig besucht haben, uns einen Eindruck geholt haben, wie die Ausbildung tatsächlich stattfindet, und dann beratend auf die Vorgesetzten eingewirkt haben, wenn wir geglaubt haben, dass das ein oder andere verbesserungswürdig ist. In ganz, ganz wenigen Ausnahmefällen ist auch noch mal Ausbildung bei Spezialisten tatsächlich gemacht worden, wo dann Multiplikatoren ausgebildet wurden. Aber generell ging es tatsächlich nur um Beratung, um die Partner zu befähigen, selbst die notwendigen Schwerpunkte in der Ausbildung zu treffen.

Um den ersten Teil Ihrer Frage zu beantworten: Ich hatte Kontakt auch zu Kommandeuren der Brigaden und der Bataillone, allerdings mehr im Zusammenhang mit meiner Beratung der Korpskommandeure. Und da war halt das ein oder andere Mal der nachgeordnete Bereich beteiligt.

Jörg Nürnberger (SPD): Einen Schritt zurück. Wurden Sie vor Ihrer Einsatzleistung in Afghanistan in Deutschland darauf vorbereitet? Gab es vorbereitende Trainings, um Sie zu „enablen“, wie das so schön neudeutsch in Bundeswehrkreisen heißt, diese Aufgaben wahrzunehmen?

Zeuge Ansgar Meyer: Also, grundsätzlich ist es ja Teil unserer Ausbildung, für solche Einsätze vorbereitet zu sein. Natürlich gab es auch eine spezielle Einweisung oder Einweisungen und Ausbildung. Ich habe wie jeder andere Soldat meine einsatzvorbereitende Ausbildung gemacht. Ich bin noch mal im Sanitätsdienst intensiv von meinem Brigadearzt damals ausgebildet worden. Ich habe mich natürlich intensiv mit der Lage vor Ort auseinandergesetzt, wurde dazu auch hier in Berlin, sowohl im BMVg wie auch im Auswärtigen Amt, noch mal detailliert eingewiesen, um den richtigen Startpunkt zu haben, und hatte dann zwischen dem 12. und dem 20. eine sehr intensive Einweisung durch meinen Vorgänger in Afghanistan.

Jörg Nürnberger (SPD): Und nach Ihrer persönlichen Einschätzung fühlten Sie sich ausreichend vorbereitet für den Einsatz?

Zeuge Ansgar Meyer: Ja, das muss ich sagen.

Jörg Nürnberger (SPD): Wenn man die Situation vor Ort bedenkt und die Bedrohungslage, die Sie ja eingangs auch geschildert haben: Wenn Sie das quantifizieren könnten: War es durchaus üblich, eher riskant und deswegen weniger oft der Fall, dass man das Camp dann tatsächlich verlassen hat? Auch da spielen immer noch viele Bilder in der öffentlichen Wahrnehmung eine Rolle, dass die Bundeswehr in der Fläche aktiv war. Wir haben aber hier im Ausschuss bereits Erkenntnisse, dass ab einem bestimmten Zeitpunkt soldatische Aufklärungstätigkeit oder andere Tätigkeiten nur noch im engen Umkreis, wenn überhaupt, um das Camp herum ausgeführt wurden. Können Sie das noch etwas näher spezifizieren?

Zeuge Ansgar Meyer: Ja, also, wir hatten im Norden im Grunde - - Kurz bevor ich nach Afghanistan gekommen bin, konzentrierte sich alles auf drei Standorte. Das war Masar-i-Scharif natürlich als der Hauptstandort, das war Kunduz nach wie vor und - diese Außenstelle wurde, kurz bevor ich eintraf, von meinem Vorgänger noch geschlossen - Maimana im äußersten Westen in der Provinz Faryab.



Nur zur dienstlichen Verwendung

In Kunduz und in Maimana beschränkte sich tatsächlich die Tätigkeit auf die jeweiligen Camps. Das heißt, da haben wir außen keine entsprechende Tätigkeit gehabt, Aufklärung eher durch technische Mittel und natürlich durch das, was wir an Lage bei den jeweiligen Korps mitschneiden konnten.

In Masar-i-Scharif eine etwas andere Situation. Das hatte ich ja gerade schon gesagt. Wir hatten unter anderem auch als Auftrag die Sicherung der sogenannten Ground Defense Area. Das muss man sich so vorstellen, dass das im Grunde der gesamte Bereich der Stadt Masar-i-Scharif war einschließlich des Bereichs Camp Shaheen nach Westen hin bis zum Distrikt Dehdadi - die möglicherweise bekannte Dehdadi Bridge, ein wichtiger Checkpoint auch - und um das Lager herum tatsächlich ein weiter Gürtel mit einer Tiefe von bis zu 12 Kilometern um das Lager herum - in etwa; ich bitte, mich da jetzt nicht auf den Kilometer festzulegen -, in dem wir regelmäßig täglich Patrouillen durchgeführt haben.

Wir haben unsere Beratung im Camp Shaheen zumindest im ersten Halbjahr noch mit sogenannten Land Moves, das heißt ganz normal Straßentransport, durchgeführt, hatten zu Kunduz im Grunde die Luftbrücke mit unseren Hubschraubern, die sichergestellt war, und in Kunduz auch bis November noch Kräfte fest eingesetzt. Also, das Camp war permanent mit eigenen Kräften besetzt.

Jörg Nürnberger (SPD): Vielen Dank. - Sie haben auch beschrieben, dass Sie viele Kontakte in die afghanischen regionalen Regierungsstrukturen hatten und die Polizeiverwaltungen. Können Sie uns schildern, wie intensiv die Möglichkeit der Nachrichtengewinnung zur eigenen Lagefeststellung tatsächlich dann war, gerade im Bereich der menschlichen Quellen, die Sie tatsächlich vor Ort noch ansprechen konnten, und wie sich daraus auch durch die Covid-Situation, die Sie besprochen haben, Änderungen ergaben? Gab es einen Rückgang an Quellen, an Informationen, gab es mehr Unsicherheit in der Lagebewertung für den Fall, dass die Quellen tatsächlich zurückgegangen sein sollten? Können Sie das noch bitte einmal im Zusammenhang beschreiben?

Zeuge Ansgar Meyer: Ja. Also, wir haben natürlich unterschiedliche Informationsquellen gehabt. Ich hatte gerade schon erwähnt das sogenannte Key Leader Engagement. Das heißt, da habe ich mit den Gouverneuren, mit den Polizeichefs regelmäßig gesprochen, wann immer möglich in persönlichen Treffen - das haben wir dann in Masar-i-Scharif gemacht - oder telefonisch oder per Videokonferenz. Das war durchaus üblich. Auch daran hatte man sich schon gewöhnt durch die Zeit Corona.

Das war natürlich eine mögliche Quelle. Nun muss man dazu sagen, dass die Auskünfte insbesondere zur Sicherheitslage nicht immer wirklich verlässlich waren. Wir haben schon versucht, uns mit anderen Quellen ein komplettes Lagebild zu machen. Dadurch, dass die Bundeswehr viele Jahre im Norden eingesetzt war, hatten wir die Möglichkeit, auf ein weites Netzwerk von ehemaligen Mitarbeitern, von Informanten etc. zurückzugreifen. Ich hatte dafür meine interkulturellen Spezialisten, die dieses Netzwerk gepflegt haben, sodass man auch aus der Fläche, und zwar nicht nur aus der Führungsebene heraus, sondern auch aus anderen Ebenen heraus, durchaus das verdichten konnte.

Daneben hatten wir natürlich über das militärische Nachrichtenwesen die entsprechenden Impulse und wurden auch aus Kabul regelmäßig auf Stand gebracht, wenn es Lageentwicklungen gab. Es war als ein Konglomerat aus vielen Quellen, und die Kunst bestand im Grunde darin, die richtige Balance zu finden, um ein möglichst realistisches Lagebild zu haben.

Jörg Nürnberger (SPD): Also war die Herausforderung in der Bewertung der Informationen und der Einschätzung der Glaubwürdigkeit, um am Ende ein Lagebild zu erzeugen. - Sie haben gerade den Begriff „mitschneiden“ verwendet und in Bezug gesetzt zu den Quellen in den afghanischen Streitkräften, wenn ich Sie richtig verstanden haben. Darf ich das so interpretieren - oder können Sie es korrigieren? -, dass Mitschneiden die nicht ganz freiwillige Herausgabe von Informationen ist, die Sie aufnehmen konnten? Oder habe ich Sie da falsch verstanden?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Ansgar Meyer: Das muss ich korrigieren. Das ist Militärjargon. Das heißt, wenn wir sagen: „Wir haben das mitgeschnitten“: Wir waren dabei und haben diese Lage mitverfolgt. Man muss sich das so vorstellen, insbesondere bei den Korps: Wir haben ja auch die Beratungen in der Operationsplanung begleitet. Das heißt, wir waren in den Operationszentralen und konnten natürlich sehen, welche Lage von den Streitkräften in den jeweiligen Bereichen geführt wurde. Also „mitgeschnitten“ im Sinne von: Wir haben das wahrgenommen und aufgenommen.

Jörg Nürnberger (SPD): Das mag nach einigen Sitzungen im Ausschuss auch schon ein bisschen eine gewisse professionelle Deformation sein, dass man dann bei „mitschneiden“ immer gleich an die beteiligten Nachrichtendienste denkt.

Wenn Sie sich an Ihre Zusammenarbeit mit anderen Kräften vor Ort zurückentsinnen - Sie haben ja wahrscheinlich auch relativ oft die Morgenlage besprochen, wie es in militärischen Führungen gang und gäbe ist -: Waren andere Ressorts, andere deutsche Stellen, die vor Ort mit in den von Ihnen genannten drei Lokalitäten waren, auch mit eingebunden? Haben Sie sich mit denen abgestimmt? Wie insgesamt muss ich mir die Koordination der verschiedenen deutschen Stellen vorstellen, wo Sie den militärischen Anteil abgebildet haben?

Zeuge Ansgar Meyer: Das war im Fall der Phase, in der ich in Afghanistan war im letzten Jahr, relativ einfach, weil wir alle im Camp Marmal untergebracht waren. Wir hatten das Generalkonsulat, das dort untergebracht war. Ich habe mich regelmäßig mit dem Generalkonsul bzw. seinem Vertreter, die sich immer abgewechselt haben, ausgetauscht. Wir haben uns neben dem normalen Update, das täglich durchgeführt wurde, wo man sich ein Bild machte über die augenblickliche Sicherheitslage, regelmäßig, auch in anderen Kreisen, also zum Beispiel mit dem militärischen Nachrichtenwesen - da waren auch andere Ressorts beteiligt -, zusammengesetzt. Und wir haben uns letztlich - es gab ja auch parallel noch die Polizeimission - auch mit den Angehörigen der Polizeimission abgestimmt.

Daneben gab es regelmäßig - da müsste ich jetzt vorsichtig sein -, ich glaube, alle zwei oder vier Wochen - - haben wir ein Update für alle Beteiligten im Grunde durchgeführt, um alle noch mal auf denselben Stand zu bringen.

Jörg Nürnberger (SPD): Anschlussfrage: Flossen da auch Informationen ein, die Sie aufgrund Ihrer Verwendung in dem NATO-Kontingent gewinnen konnten? Oder die Frage noch allgemeiner formuliert: Waren Ihnen auch Informationen aus anderen Ländern, befreundeten Diensten und Ähnlichem zugänglich?

Zeuge Ansgar Meyer: Das kann ich abschließend nicht bewerten, weil ich eigentlich nur die Ergebnisse immer gehört habe. Das heißt, aus welchen Quellen das im Einzelnen gekommen ist, kann ich Ihnen nicht sagen. Also, ich kann mal ein plakatives Beispiel geben. Ich hatte ein Key Leader Engagement geplant in Kunduz mit dem dortigen Korpskommandeur, habe das meinem Kommandeur General Miller in Kabul gemeldet, der daraufhin sagte: „Achtung, es gibt Warnungen, dass es möglicherweise im Korps im Camp Pamir einen Insider gibt. Also aufpassen, was Force Protection und die persönliche Sicherheit betrifft!“ - ohne dass ich jetzt wusste, woher diese Information kam.

Jörg Nürnberger (SPD): Als Sie dann in dem zweiten Halbjahr tatsächlich damit beschäftigt waren, den Rückzug der Bundeswehr, den Abzug der Bundeswehr vorzubereiten, können Sie da auch noch darstellen, mit welchen anderen Ressorts innerhalb der Bundesregierung Sie vor Ort zusammengearbeitet haben, wer da den Hut aufhatte und welche Rolle Sie bei diesen wahrscheinlich stattgefundenen Treffen gespielt haben?

Zeuge Ansgar Meyer: Ja, wir haben uns natürlich, als es klar wurde, dass es zu einer Rückverlegung kommt - das war im April 2021 -, sofort mit allen Beteiligten zusammengesetzt. Da ging es im Wesentlichen darum, auch zu koordinieren, wie der Abzug im Einzelnen statzufinden hat. Mein Ansprechpartner, was die anderen Ressorts betraf, war im Wesentlichen der stellver-



Nur zur dienstlichen Verwendung

tretende Generalkonsul, der in dieser Phase gerade vor Ort war und mit dem wir abgestimmt haben nicht nur den Abzug des Personals vor Ort, sondern auch die Abwicklung, also Übergabe der Infrastruktur - denn das sollte ja nachgenutzt und übergeben werden an die Partner - und allem, was dazugehört, also Material etc. pp.

Jörg Nürnberger (SPD): Vielen Dank. - Sie haben vorhin erwähnt, dass 15 verschiedene Staaten mit Truppenkontingenten in der Ihnen zugewiesenen Region tätig waren. Wurden dann auch mit diesen verschiedenen Kontingenten die Modalitäten des Abzuges, die logistischen Herausforderungen, die Zeitlinien und Ähnliches im Detail besprochen? Gab es dann am Ende einen gemeinsamen Plan oder zumindest eine Abstimmung?

Zeuge Ansgar Meyer: Tatsächlich habe ich dafür ein Planungsteam eingesetzt, das multinational besetzt war, also aus meinem multinationalen Stab heraus. Das war von besonderer Bedeutung, weil die Verlegung jeweils in nationaler Verantwortung steht, und das muss natürlich miteinander koordiniert werden. Es ging um *ein* Airfield, es ging um Lufttransportmöglichkeiten, es ging auch um die gegenseitige Unterstützung. Also, ich habe Nationen dabeigehabt, die nur mit einem Offizier beispielsweise oder zwei Soldaten vertreten waren, die natürlich keine eigene Rückverlegeorganisation aufgebaut haben, sondern unsere mitgenutzt haben. Das musste vereinbart werden, insbesondere weil diese Nationen natürlich zum Teil auch wichtige Fähigkeiten hatten. Und da musste bewertet werden: Welche Fähigkeit brauche ich bis zum Ende, und welche Fähigkeit kann schon früher zurückverlegt werden?

Jörg Nürnberger (SPD): Vielen Dank für die erste Runde.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Genau. Auf den Punkt. - Es wechselt das Fragerecht zur Union, zu dem Kollegen Röwekamp.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Vielen Dank, Herr General, auch von meiner Seite für Ihre Bereitschaft und auch für Ihren Einsatz vor Ort. - Ich will daran anknüpfen, was der Kollege Nürnberger eben gefragt hat. Sie haben gesagt, im

April 2021 hätten Sie mit der konkreten Planung des Redeployments - so habe ich das verstanden - angefangen. Vielleicht können Sie das zeitlich noch mal ein bisschen einordnen, also in die Phasen sozusagen ab Doha - das ist ja der Beginn unseres Untersuchungszeitraums, wo ja der Abzug der Amerikaner bereits für einen früheren Zeitpunkt anberaumt war - bis April 2021, was sich aus Ihrer Sicht im Hinblick auf Redeployment unseres Kontingents ergeben hat.

Zeuge Ansgar Meyer: Also, tatsächlich ist es so, dass wir mit der Umsetzung im April angefangen haben. Die Planungen liefen im Grunde schon, als ich nach Afghanistan kam. Damals waren das zunächst einmal Papierplanungen, da ja noch keine offizielle Entscheidung der NATO gefällt worden war, ob und wann wir abziehen würden. Also in dieser ersten Phase, wie ich das eingangs geschildert habe, ging es im Wesentlichen darum, zu schauen: Worauf kann ich jetzt schon im Einsatz verzichten, was kann ich zurückverlegen, um das Kontingent schmal und agil zu halten und dann möglichst zügig in eine geordnete Rückverlegung überzugehen? Das heißt, die eigentliche Planung lief natürlich schon permanent.

Ich hatte den 18.02. oder Mitte Februar schon genannt als einen Zeitpunkt, bis zu dem wir eine geordnete Rückverlegung noch entlang des Doha-Abkommens zwischen den Taliban und USA hätten sicherstellen können. Da gab es einen konkreten Plan. Das war auf die Tage festgelegt, welche Transporte gehen würden und welche Kräfte bis zuletzt vor Ort bleiben müssten, um sowohl Sicherheit wie auch Einsatzbereitschaft sicherzustellen. Das gab es. Es waren auch Flugplanungen schon entsprechend vorbereitet. Und als sich dann abzeichnete, dass das so nicht realisiert wird, wurde dieser Plan immer wieder in den laufenden Monaten angepasst, bis dann am 14.04. tatsächlich der Auftrag kam, die Rückverlegung jetzt umzusetzen.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Wie haben Sie sozusagen die Lage vorher wahrgenommen? Wir haben da einige Hinweise in den Akten, zum Beispiel MAT A BMVg-4.315, Blatt 84. Da hat ein Telefonat zwischen dem Abteilungsleiter SE und



Nur zur dienstlichen Verwendung

Ihnen am 9. Dezember 2020 stattgefunden. Ich weiß nicht, ob Sie sich dran erinnern; sonst können wir Ihnen das auch vorlegen. Ich zitiere nur kurz daraus. Da heißt es:

- Entscheidungen zum NATO Einsatz RS werden im Rahmen des NATO Bündnis politisch in Brüssel getroffen - nicht im Einsatzgebiet.
- ...
- Eventualfallplanungen beinhalten nicht nur zeitlich abgestufte Optionen einer Rückverlegung, sondern auch Übergang/Übergabe an ein mögliches Folgeengagement.

Und dann schreiben Sie - - heißt es weiter in diesem Telefonvermerk:

- Eventualfallplanung umfasst zwei Optionen zu einer geordneten Rückverlegung: sechsmonatig ... und viermonatig ... Dazu eilige Rückverlegung, die u.a. unter Aufgabe von Material/Gerät ein Redeployment in 8-10 Wochen ermöglicht.

Und dann wird hier zum Ausdruck gebracht:

- Wahrscheinlichkeit eines geordneten Abzugs ist ... mittlerweile eher gering. Nur Politik kann entsprechend Zeit verschaffen.

Dazu meine Frage: Ist das eine Aussage oder Einschätzung gewesen, die von Ihnen gekommen ist? Das erschließt sich jetzt aus diesem Telefonvermerk nicht. Oder teilen Sie diese Einschätzung?

Zeuge Ansgar Meyer: Ich glaube, das war eine gemeinsame Einschätzung. Wenn wir uns zurückversetzen in diese Phase: Es war tatsächlich - - Als ich in den Einsatz gekommen war, hatte man mir gesagt: Im Oktober treffen sich die Verteidigungsminister, da wird die Entscheidung

in der NATO fallen zur Zukunft der Mission. - Diese Entscheidung fiel nicht mit Blick auf die Wahlen in den Vereinigten Staaten. Das wollte man zunächst abwarten. Wurde geschoben auf Anfang Dezember, Außenministertreffen. Das war so ungefähr auch der Zeitraum des Telefonats - - muss das damals gewesen sein. Da fiel mit Blick auf den Ausgang der Wahl in den Vereinigten Staaten keine Entscheidung, um dem neuen Präsidenten erst mal die Übernahme der Administration und dann die Meinungsbildung zu ermöglichen. Und da kam dann ins Spiel der 18.02.

Was die Zeiträume der Rückverlegung betraf: Wir sind zu dem Zeitpunkt natürlich noch davon ausgegangen: Welches Gerät haben wir insgesamt im Einsatz? Wir waren schon dabei, abzuschmelzen. Also, der Plan war tatsächlich, bis zum 18.02. so über den Daumen 40 Prozent Material und auch schon Teile vom Personal zurückzuführen, eben ohne die rote Linie zu überschreiten, nämlich die uneingeschränkte Erfüllung des Kernauftrags zu gefährden und damit in irgendeiner Form einer politischen Entscheidung vorzugreifen. Das war eine klare Auflage; die haben wir auch eingehalten.

Die sechs Monate, das wäre eben der optimale Zeitraum gewesen, wirklich alle Phasen hintereinanderweg in aller Ruhe mit entsprechenden Vorbereitungsphasen durchzuführen. Vier Monate, das war der Zeitraum mit Blick auf das Material, das zum damaligen Zeitpunkt als zurückzuführen entschieden war, den wir benötigt hätten, in einer noch geordneten, aber schnellen Rückverlegung dann die Operation abzuschließen.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Nur noch mal zur Nachfrage: Dieser Satz oder die gemeinsame Einschätzung: „Nur Politik kann entsprechend Zeit verschaffen“, war jetzt nicht gedacht als Aufforderung an die Politik, irgendwie tätig zu werden, sondern einfach die Abhängigkeit von den politischen Entscheidungsprozessen, die Sie eben beschrieben haben, auf internationaler Ebene. Habe ich das richtig verstanden?

Zeuge Ansgar Meyer: Ja, absolut. Also, wir haben, wie gesagt, im Grunde gewartet bis April auf



Nur zur dienstlichen Verwendung

die Entscheidung, wie es weitergehen soll. Es war ja zwischendurch sogar die Rede davon, möglicherweise in ein Folgeengagement, wie auch immer geartet, überzugehen. Daraus ergeben sich auch eben diese zwei Möglichkeiten: entweder abziehen oder den Übergang in eine andere Mission vorbereiten.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Nun war ja im Doha-Abkommen der Abzug der restlichen Truppen für Ende April 21 vorgesehen. Nach Ihrer Schilderung und diesem Telefonvermerk gab es die beiden Alternativen: vier Monate, sechs Monate oder acht bis zehn Wochen in Hektik, sage ich jetzt mal so verkürzt mit meiner Sprache. Das war ja dann zu dem Zeitpunkt im April schon ziemlich dicht beieinander, diese beiden Termine. Hat es dazwischen aus Ihrer Sicht ein Signal, und, wenn ja, von wem, gegeben, dass der Abzug eben wahrscheinlich nicht bis zum 30.04.21 erfolgen soll?

Zeuge Ansgar Meyer: Das war relativ konkret sogar, denn - ich meine, es wäre der NATO-Gipfel gewesen Mitte Februar - als wir diesen Zeitpunkt überschritten haben, war kurze Zeit später auch, wenn ich das richtig in Erinnerung habe, die Ministerin unter anderem da, die mich dann gebeten hat, mich darauf einzustellen, länger als ursprünglich geplant im Einsatz zu verbleiben, also über den August 21 hinaus, weil damals noch nicht absehbar war, wie lange sich der Einsatz hinziehen würde und welche Zukunft der Einsatz insgesamt nehmen würde.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Vielen Dank. - Ich bin mit Ihnen jetzt noch im April 21. Zu der Zeit hat der damalige Außenminister Sie besucht - also nicht Sie persönlich, sondern Afghanistan - im Rahmen einer Reise nach Pakistan und eben auch Afghanistan. Und ausweislich Ihres Berichts - das ist MAT A AA-9.139, Blatt 329, hier 332 - haben Sie mitgeteilt, steht hier drin:

Gen. Meyer unterrichtete zur Lage der ANDSF, die trotz Fortschritten mittelfristig vss. nicht selbständig durchhaltefähig seien, der sich verschlechternden Sicherheitslage, auf die sich aus RS eingestellt habe, den Erfolgen der

Covid-Prävention in Camp Marmal und zu laufenden Planungen für eine beschleunigte Rückverlegung und Schließung des Camp Marmal, mglw. bereits zum 04.07.21.

Zitat Ende. - Können Sie uns aus diesem Gespräch mit dem Bundesaußenminister vielleicht aus Ihrer Erinnerung noch mal schildern, was Sie berichtet haben, und natürlich auch, wie die Reaktion aus Ihrer Sicht darauf war?

Zeuge Ansgar Meyer: Also, dieses Gespräch fand in Form eines Lagevortrags im Camp Marmal statt. Da wurde tatsächlich aufgezeigt, wie die Lage im April 2021 sich abzeichnete. Ich hatte ja schon geschildert, dass eine wesentliche Herausforderung wirklich die sehr kritische Sicherheitslage war. Die Taliban hatten einen enormen Druck aufgebaut gegen die Sicherheitskräfte. Das war mal nur tageweise, dass das Ganze abflachte.

Vielleicht um mal eine Größenordnung zu nennen: Wir hatten im Schnitt zwischen 120 und 140 Vorfälle in Afghanistan. Das fing an mit einem leichten Beschuss mit Gewehr bis hin zu komplexen Hinterhalten, die gelegt wurden. Und etwa 20 bis 30 Prozent war immer im Norden verortet, was das Ganze betraf. Also, durchaus eine fragile Sicherheitslage.

Die Einschätzung, dass mittelfristig die Sicherheitskräfte nicht wirklich durchhaltefähig sind, ergab sich ganz einfach aus der Erfahrung der letzten Monate heraus. Erstens waren die afghanischen Sicherheitskräfte stark abgestützt auf Kontraktoren, die im Grunde für Logistik, Instandsetzung usw. zuständig waren. Und man konnte damals eben nicht absehen: Wie werden sich diese Kontraktoren verhalten? Bleiben sie in Afghanistan? Unterstützen sie weiter die Sicherheitskräfte? Oder ziehen sie ab, wenn die Koalition abzieht?

Zweitens konnte man sehen, dass die afghanischen Sicherheitskräfte nach wie vor trotz Beratung Probleme hatten, erstens Schwerpunkte zu bilden und zweitens vor allen Dingen logistisch nachhaltig zu haushalten. Ein Beispiel ist der



Nur zur dienstlichen Verwendung

Einsatz der afghanischen Luftwaffe. Sehr professionell und im Grunde ununterbrochen im Einsatz, die aber logistisch gesehen im Grunde auf mehr oder weniger jeden Einsatz gesprungen sind und da ihre Munition auch entsprechend eingesetzt haben. Das heißt, es war absehbar, dass irgendwo mittelfristig diese Unterstützungskette brechen könnte. Also daher die Einschätzung, was die Durchhaltefähigkeit betraf.

Das wurde auch aus dem Hauptquartier in Kabul bemessen mit drei bis sechs Monaten etwa, also eine eigenständige Durchhaltefähigkeit ohne externe Unterstützung. Deswegen hatten unter anderem auch die Amerikaner schon Pläne entwickelt, wie eine Unterstützung von außerhalb Afghanistan für diese Streitkräfte möglich sei.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Meine Frage geht noch mal zurück auf diese konkrete Gesprächssituation. Es war ein Lagevortrag. Deswegen: Gab es eine Reaktion oder Stellungnahme seitens des Auswärtigen Amtes oder des Außenministers selber auf diesen Lagevortrag?

Zeuge Ansgar Meyer: Also, ich hatte schon den Eindruck, dass der Minister nicht völlig überrascht war von der Lage, die geschildert worden ist. Er hat das Ganze aufgenommen, er hat das auch an sein Team weitergegeben. Es wurde natürlich auch diskutiert, welche Auswirkungen das möglicherweise hat; denn es ging ja auch darum, wie eine Unterstützung auch im Norden nach Abzug der Koalition, also sprich: der militärischen Kräfte, aus Masar-i-Scharif im Zusammenhang mit Entwicklungshilfe etc. weiter sichergestellt werden kann. Das hat er schon sehr aufmerksam aufgenommen; so mein Eindruck.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Können Sie mir noch ungefähr sagen - - Sie hatten vorhin gesagt: Wir waren schon sozusagen mit Rückzugs- - Rücktransport und Personalabschmelzung befasst. - Nach unseren Unterlagen, würde ich mal sagen, begann das auch schon im Sommer 2020, also relativ früh. Können Sie sagen, mit wie viel Soldatinnen und Soldaten Sie zu diesem Zeitpunkt, also im April 2021, noch vor Ort waren ungefähr? Oder umgekehrt gefragt: Wie viel wurden schon abgebaut oder zurückverlegt?

Zeuge Ansgar Meyer: Ja, also das Personal - - oder Abbau vom Personal, das war in eher geringem Umfang zunächst einmal. Das kann ich jetzt an Zahlen so aus dem Kopf nicht mehr festmachen. Also, ich denke mal, das werden so ungefähr 20 Prozent gewesen sein, die wir schon einsparen konnten bis dahin. Das nahm dann - - Die Umfänge nahmen natürlich rapide ab, unter anderem durch das Abschmelzen der Nationen. Das war ein Antrag gewesen, den ich gestellt hatte - wir waren ja Framework Nation; das habe ich abgestimmt mit den Nationen -, möglichst schnell die Anzahl der Nationen zu verringern, um die Komplexität so gering wie möglich zu halten, insbesondere in den letzten Phasen. Und mit den nationalen Kontingenten schmolz dann natürlich auch der Gesamtumfang schnell ab.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Okay, die Zeit rast auch hier; aber eine letzte Frage will ich dann trotzdem noch mal stellen. Sie haben eben von drei Phasen sozusagen des Abzugs gesprochen, einmal der Vorbereitung, dann Sicherstellung des Schutzes der eigenen Kräfte und dritte Phase dann tatsächliche Rückverlegung und Übergabe. So habe ich Sie verstanden. Wir haben in unseren Unterlagen andere Phasenbezeichnungen, die Ihnen sicherlich auch geläufig sind. Es heißt nämlich Phase A light, A light modified, Phase B und PALM 4; Down to Zero, heißt es, glaube ich. Könnten Sie uns oder zumindest mir noch mal kurz erläutern, was es mit diesen Phasen auf sich hat. Und insbesondere: Sind das Phasen, die auch mit den anderen Koalitionspartnern abgestimmt waren? Oder ist das eine bundeswehreigene Phasenplanung gewesen?

Zeuge Ansgar Meyer: Nein, die Phasen, die eingangs erwähnt habe, das ist meine persönliche Einteilung meiner elf Monate in Afghanistan in die Phasen, die ich erlebt habe. Also das war tatsächlich die Entscheidungsfindung NATO, dann, als sie diesen Zeitpunkt überschritten hatten, zunächst einmal im Schwerpunkt Schutz der Kräfte und danach der Übergang in die eigentliche Rückverlegung.

Das, was Sie gerade zitiert haben, das ist die Planung aus Kabul gewesen. Also, Phase Alpha light - - Also, Phase Alpha war ganz normal der



Nur zur dienstlichen Verwendung

Kernauftrag Train, Advise, Assist in Afghanistan. „Light“ war schon, bevor ich in den Einsatz kam, eingeführt worden. Das war Reduzierung der Kräfte, unter anderem auch durch Corona. Da wurde extrem bei den Mentoren abgebaut. Und „light modified“ war noch mal eine Anpassung dieser Phase. „Bravo“ wäre gewesen die Gestaltung des Übergangs, quasi Übergabe Verantwortung an die Afghanen, um danach entsprechend den Abzug zu gestalten.

Diese Planungen sind dann mehr oder weniger immer wieder angepasst worden. Wir haben bis zum Ende, wenn ich es noch richtig in Erinnerung habe, im Grunde nur von „Phase Alpha light modified“ gesprochen. Und „Down to Zero“ war tatsächlich mit „D2Z“ beschrieben. „Down to Zero“ war tatsächlich die Phase der eigentlichen Rückverlegung, bis alle Koalitionskräfte das Land verlassen haben.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Das waren also jetzt keine Phasen, die speziell auf die Entscheidung des Truppenabzugs nach Doha-Abkommen gerichtet waren, sondern generelle Planungen für den Einsatz an sich, die Sie schon vorgefunden haben, als Sie Ihren Einsatz vor Ort begonnen haben? So habe ich das verstanden, ja?

Zeuge Ansgar Meyer: Ja, das ist richtig, wobei die Planung natürlich in den Folgemonaten immer wieder angepasst worden ist.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Okay. - Dann taucht noch ein anderer Begriff auf. Ende 2020 sprechen Sie in einem Briefing für den Verteidigungsausschuss - das ist MAT A BMVg-5.151, Blatt 192 bis 196 - von einem „Aggressive Housekeeping“. Könnten Sie uns noch mal kurz erklären, was man sich darunter jetzt auch sozusagen in der Phase des Rückzugs vorstellen kann?

Zeuge Ansgar Meyer: Ja, das ist ein Begriff, mit dem ich mich persönlich nicht so anfreunden konnte; aber der stand schon im Raum, als ich nach Afghanistan kam. Im Grunde ging es darum - ich habe diese Phase „Optimierung“ genannt -, das Kontingent mit Blick auf Personal und Material so aufzustellen, dass der Kernauftrag noch erfüllt werden kann, aber alles, was

man dazu nicht braucht an Teilfähigkeiten, Einzelfähigkeiten, zum Teil unter Verzicht auf Redundanzen und Reserven, das eben schon zurückzuverlegen, um das Paket für die spätere Rückverlegung so klein wie möglich zu gestalten.

Dieser Begriff ist auch im Ministerium weiter genutzt worden; deswegen haben wir das in die Planungen mit aufgenommen. Diese Phase der Optimierung - das bezeichnet es, glaube ich, besser -, da haben wir in etwa 40 Prozent des Materials, jetzt aus deutscher Sicht, schon zurückverlegen können.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Herzlichen Dank. - Dann unterbreche ich, wie angekündigt, die Sitzung bis circa 15 Uhr.

(Unterbrechung von
12.54 bis 15.00 Uhr)

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir setzen die unterbrochene Sitzung fort. Wenn mich meine Erinnerung nicht trügt, dann wechselt das Fragerecht jetzt zu Bündnis 90/Die Grünen. Das Wort hat der Kollege Wagener.

Robin Wagener (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Herr General Meyer, vielen Dank, dass Sie heute bereit sind, hier auszusagen und uns Ihre Schilderungen darzustellen und Ihre Eindrücke. Und vielen Dank auch für Ihren Dienst, den Sie getan haben. Und der Dank gilt natürlich auch allen, die unter Ihnen den Dienst getan haben, was ja gerade in der letzten Zeit mit Sicherheit ausgesprochen eindrücklich, bewegend und schwierig war. Also danke schön dafür!

Ich steige ein mit einer Thematik, die wir jetzt hier noch nicht hatten: die Charterflüge, die geplant gewesen sind. Wenn ich mir die Unterlagen zu den Charterflügen durchlese, dann ist bei mir der Eindruck, dass möglicherweise die Truppe dafür vorgesehen war, symbolisch in letzter Minute was zu heilen, was die Politik vorher nicht angegangen ist. - Aber das ist jetzt nur meine Einschätzung. Jetzt geht es erst mal darum, Ihr Wissen dazu anzuzapfen.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Die Verteidigungsministerin, Kramp-Karrenbauer damals, hat ja Mitte Juni 21 die Option prüfen lassen, mit Charterflügen Ortskräfte aus Afghanistan auszufliegen, in einer einmaligen Aktion. 300 Ortskräfte und Familienangehörige waren es, die geplant waren. Für den 25.06. waren die Charterflüge gebucht, aber dann am 22.06. kurzfristig storniert.

Sie selbst haben sich - das geht aus den Akten hervor - im Meinungsbildungsprozess im BMVg und im Einsatzführungskommando beteiligt mit Ihrer Stellungnahme und haben in einem Brief an das Einsatzführungskommando der Bundeswehr, genauer: an den Befehlshaber Generalleutnant Pfeffer, am 20.06. folgende Bewertung abgegeben, die ich einmal vorlese. - Wenn Sie es haben möchten, können wir Ihnen das ausgedruckt geben. Ansonsten lese ich es vor, dann haben Sie den Text. Müssen Sie sagen, ob Sie es lesen wollen. Es ist MAT A BMVg-5.06, Blatt 185 bis 188. Und jetzt zitiere ich:

Eine hastig und schlecht vorbereitete Einzelaktion könnte den „Saigon-Effekt“ vermitteln und „Torschlusspanik“ bei denen auslösen, die nicht auf den ersten Flieger dürfen.

Also, „Saigon-Effekt“ und „Torschlusspanik“ sind in Anführungszeichen gesetzt.

Neben den negativen Auswirkungen in der Öffentlichkeit birgt dies für das Kontingent in der verwundbarsten Phase der Rückverlegung eine erhebliche zusätzliche Gefährdung.

...

Aufgrund o.g. Lagebeurteilung empfehle ich nachdrücklich zum Schutz der eigenen Kräfte, von einem Abflug von Ortskräften mit Unterstützung der Bundeswehr vor dem Abzug der eigenen Kräfte und der Entwicklung eines tragfähigen Gesamtkonzepts für alle Antragsteller abzuweichen.

Jetzt die erste Frage dazu: Können Sie sich noch erinnern, wann und durch wen Sie zum ersten Mal von der Thematik der Charterflüge gehört haben?

Zeuge Ansgar Meyer: Also, ich kann das nicht mehr an einem Datum festmachen. Das war wenige Tage zuvor. Da war der Prüfungsauftrag ergangen, ob aus Sicht des Kontingents eine Unterstützung dieser Aktion möglich wäre. Das haben wir geprüft. Daraufhin ist letztlich ausgeflossen dann meine Stellungnahme auch dazu, in der ich darum gebeten habe, von diesem einmaligen Vorhaben abzusehen, ohne eine klare Perspektive vermitteln zu können, wie es danach weitergeht.

Robin Wagener (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Können Sie das näher erläutern, was für Sie die Beweggründe waren, davon abzuraten, und welche Bedenken Sie hatten?

Zeuge Ansgar Meyer: Ja, die Bedenken waren zweierlei. Zunächst einmal - das kann man ausrechnen -: Wir sind am 30.06. in Deutschland gewesen. Der Ausflug war geplant für den 26.06.; das war unmittelbar vor dem Abzug, das heißt in der Phase, in der ein Großteil der Kräfte ausgeflogen wurde, wir mit einem relativ kleinen Kontingent nur noch vor Ort waren, im Grunde nur noch befähigt für die Eigensicherung. Das Haupttor war schon geschlossen. Die Sicherungskompanie war abgezogen. Das heißt, ich hätte meine Kräfte noch mal - und das wäre dann über den zivilen Flughafen möglich gewesen, diese Aktion durchzuführen - umorientieren müssen, zu Lasten der eigenen Sicherheit und des eigenen Schutzes. - Das war das eine.

Und das andere wog aus meiner Sicht noch schwerer: dass wir nicht hätten aufzeigen können für alle anderen, außer diesen 300, die dann ausgewählt worden wären, wie soll das Ganze denn weitergehen. Weil zumindest meines Wissens keine weiteren Flüge geplant waren und es auch noch keinen, zumindest abschließenden Plan gab, in ähnlicher Form von Masar-i-Scharif aus oder Kabul aus die Überführung der anerkannten Ortskräfte nach Deutschland zu unterstützen.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Robin Wagener (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank. - Hatten Sie damals den Eindruck - oder wie wäre heute Ihre Einschätzung dazu? -, ob der Inhalt Ihres Briefs insgesamt auch die Meinung der noch in Afghanistan stationierten Soldatinnen und Soldaten widerspiegelt hatte zur Frage, ob man über Charterflüge ausfliegen kann?

Zeuge Ansgar Meyer: Also, ich habe das natürlich in meinem Führungskreis besprochen. Das war ja auch eine Prüfung, die ich nicht alleine, persönlich für mich getroffen habe, die wir schon im Kontingent geprüft haben. Da zählen ja viele Dinge rein. Da geht es um Air Traffic Control; da geht es natürlich um Sicherungskräfte vor Ort; da ging es auch darum, ein Verfahren dann zu haben, wirklich zu sagen: Jawohl, steht auf der Liste, geht auf den Flieger; steht nicht auf der Liste, geht nicht auf den Flieger. - Ich glaube, sagen zu dürfen, dass das die Meinung des Kontingentes widerspiegelte.

Robin Wagener (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aus Ihrem Brief geht insgesamt auch hervor, dass das Kontingent bis kurz vor dem Abflug noch mit der Ausgabe von Pässen und Dokumenten an afghanische Ortskräfte beschäftigt war. Und ich kann mir auch - nicht nur deshalb, aber insgesamt - gut vorstellen, dass das Zurücklassen afghanischer Ortskräfte auch nach den Gesprächen, die ich bislang mit Soldatinnen und Soldaten geführt habe, die eingesetzt waren, ein omnipräsentes Thema innerhalb der Truppe war, auch ja hier im Nachgang noch Menschen beschäftigt hat. Wir haben auch schon hier jemanden gehört, aber habe ich auch in anderen Schilderungen gehört. Können Sie uns Ihren Eindruck darüber vermitteln, wie innerhalb der Truppe spätestens seit der Bekanntgabe des endgültigen Truppenabzugs dann über den Umgang mit Ortskräften im Lichte des Abzugs diskutiert wurde?

Zeuge Ansgar Meyer: Ich glaube, man darf sagen, dass einhellig die Meinung bestand, dass wir eine Verpflichtung unseren Ortskräften gegenüber hatten. Das ist ja nun ein sehr, sehr breites Spektrum gewesen. Das reichte wirklich von dem Wachmann vorne am Pre-Check des Haupttors bis hin zu Dolmetschern, die uns über lange Zeiträume begleitet haben und die natürlich auch

persönliche Kennverhältnisse im Grunde im Kontingent gezeigt haben. Also ich glaube schon, dass alle überzeugt davon waren, dass es wichtig ist, die Verpflichtung auch einzulösen.

Robin Wagener (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, um da noch mal das auch aufzugreifen - danke für die Schilderung -: Ein Soldat, ein anderer, mit dem ich mich auch schon länger, dann intensiver über afghanische Ortskräfte unterhalten habe und der sich lange engagiert hat, hat mir in einem Gespräch gesagt - was mich beeindruckt hat - den Satz, dass für ihn der Grundsatz gilt: „Keiner bleibt zurück“, dass er auch den Eindruck hatte, dass das insgesamt ein Grundsatz ist, der in der Truppe weit verbreitet ist und er ihn eben auch auf seine afghanischen Kameradinnen und Kameraden bezogen hat. Und deswegen hätte ihn selbst der Umgang mit den afghanischen Ortskräften sehr beschämt.

Ist Ihnen die Entscheidung, so eine klar ablehnende Haltung gegen die Charterflüge einzunehmen, die Sie gut begründet haben gerade - das meine ich gar nicht -, aber ist Ihnen das sozusagen vor diesem Grundsatz her schwergefallen, das zu tun? Beziehungsweise, dann noch weitergehend: Waren Sie als Soldat und Mensch darüber enttäuscht, dass es vorab kein tragfähiges Gesamtkonzept für den Umgang mit Ortskräften gab?

Zeuge Ansgar Meyer: Also, vielleicht zum ersten Teil der Frage. Meine Stellungnahme war wohl abgewogen, und ich musste lange darüber nachdenken, was wir machen. Letztlich stand für mich auch im Vordergrund - ich hatte ja gesagt, das ist zweiteilig gewesen - der Schutz des Kontingentes in dieser sehr verwundbaren Phase. Das war im Grunde der Auslöser, zu sagen oder zu empfehlen, diese Charterflüge nicht wie geplant durchzuführen.

Ich glaube insgesamt, die Diskussion um die Ortskräfte und wer nun nach Deutschland durfte und wer nicht, war omnipräsent im Kontingent, weil es, ich glaube, kaum einen Bereich gab, der nicht in irgendeiner Form betroffen war von dem Ganzen. Letztlich haben wir dann, dem rational folgend, der Auftrags Erfüllung, die Vorgaben aus



Nur zur dienstlichen Verwendung

Deutschland umgesetzt. Also, das gab sicherlich auch die ein oder andere Diskussion. Letztlich haben wir das umgesetzt und, ich glaube, dadurch, dass wir ja im Grunde auch die Aufnahme der Anträge, die Registrierung der Familienangehörigen durchgeführt haben und vor allen Dingen - das sage ich jetzt nicht ganz ohne Stolz - diese Aufgabe auch noch zum Abschluss bringen konnten, zumindest für die, die von Anfang an in dieser Reichweite auch vorgesehen waren nach Deutschland gebracht zu werden - -

Robin Wagener (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dann würde ich noch mal auf weitere Abschnitte in dem Brief auch eingehen, den Sie gerade hatten. Da haben Sie auf Seite 2 geschrieben:

Von 539 berechtigten Ortskräften haben 480 eine Gefährdungsanzeige gestellt. Von diesen 480 Ortskräften haben wir 473 Familien erfasst. Dieses entspricht ca. 2400 Personen gesamt. Die Ausgabe der Pässe/Dokumente wird das Kontingent bei rechtzeitiger Zulieferung der Dokumente (bis 24.06.2021) noch abschließen können.

Meine Frage dazu: Konnten bis zum 24.06. alle Pässe ausgegeben werden, oder fand eine rechtzeitige Zulieferung nicht mehr statt?

Zeuge Ansgar Meyer: Also, ich kann mich sehr gut daran erinnern, dass der Generalinspekteur bei seinem Besuch kurz vor Abzug noch mal Pässe mitgebracht hatte. Und es standen, wenn ich das noch richtig in Erinnerung habe, noch etwa 100 Pässe aus, die - wir hatten ja täglich Flüge zwischen Deutschland und dem Kontingent - meines Wissens - aber da möchte ich mich jetzt nicht abschließend festlegen - auch noch dann zugestellt wurden und die wir noch verteilen konnten. Ich habe, wenn ich das noch richtig in Erinnerung habe, auch den Leiter der Einsatzwehrverwaltung aus diesem Grund noch mal um einige Tage verlängert im Einsatz, um eben das noch sicherstellen zu können.

Robin Wagener (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke schön. - Sie haben auf Seite 2 des Briefes außerdem geschrieben:

Die Überwachung des Zugangs zum Camp und die Sicherheit im Perimeter müssen bis zum Augenblick des Abzugs des letzten Kontingents aufrechterhalten bleiben.

Können Sie uns das kurz erklären, wer die Überwachung des Zugangs und die Sicherheit bis zum letzten Augenblick sichergestellt hat?

Zeuge Ansgar Meyer: Also, wir haben im Grunde bis, ich glaube, einen Tag vor dem tatsächlichen Abzug noch unsere Wachmannschaften vorne gehabt im Pre-Check. Die Aufgabe war schon, auch unter unserer Anleitung, übergeben worden an afghanische Sicherheitskräfte der ANA, die später auch das Lager dann übernehmen sollten. Das war damit gemeint: kontinuierlich vorne diesen Pre-Check auch sicherzustellen.

Das Haupttor selbst hatten wir schon für den Verkehr geschlossen. Das heißt, das wurde noch überwacht, aber es wurde nicht mehr als Tor operiert.

Und die Perimeter - das sind halt die entsprechenden Wachtürme gewesen - auf den Mauern rings um das Lager rum wurden durch Kräfte des deutschen Sicherungsbataillons, das wir in Teilen noch vor Ort hatten, sichergestellt.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Jetzt sind wir am Ende der Fragezeit angekommen. Es wechselt zur AfD.

Hannes Gnauck (AfD): Ja, vielen Dank Herr Vorsitzender. - Herr General, ich steige direkt ein. Mich interessiert in der ersten Fragerunde vor allem die Zusammenarbeit Bundeswehr-BND, aber auch die Führung der Kräfte MilNW und FND. Vielleicht könnten Sie ja dem Ausschuss kurz mal darlegen, wie so was abläuft, also wenn Feldnachrichtenkräfte, Bundeswehrangehörige mit Human Resources, Human Intelligence, also menschlichen Quellen, arbeiten.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Und Sie sprachen ja vorhin auch davon, sich ein eigenes Lagebild zu verschaffen und dass Sie zurückgreifen konnten auf ein breites Netzwerk von Informanten. Wie läuft das Ganze ab? Fahren die einfach los aus dem Camp nach Masar-i-Scharif, sprechen mit den Leuten dort? Wie werden die angeworben? Vielleicht können Sie dem Ausschuss kurz darlegen, wie da der allgemeine Ablauf ist.

Zeuge Ansgar Meyer: Also, für das letzte Kontingent kann man, glaube ich, sagen, dass da keine großen Anwerbungen mehr stattgefunden haben, also auch richtig abgestützt auf das Netzwerk, das da über viele Jahre aufgebaut worden ist in Masar-i-Scharif. Das waren zum Teil Quellen, mit denen man sich offen treffen konnte, also ganz normaler Austausch. Das waren aber auch zum Teil Quellen, die darum gebeten haben, dass es nicht deutlich wird, um sich selbst nicht zu gefährden, dass man mit dem Kontingent spricht. In diesen Fällen wurde dann ein Treffpunkt vereinbart. In Wagen mit verspiegelten Scheiben wurden sie dann ins Lager gebracht - da gab es einen extra Bereich, in dem dann die Gespräche durchgeführt werden konnten - und wurden dann auch wieder entsprechend nach draußen gebracht; also vom Verfahren her, was HUMINT betrifft.

(MR Boris Wentzek (BMVg)
meldet sich zu Wort)

Was die Nachrichtendienste betrifft: Die haben natürlich einen eigenen operativen Bereich; der unterstand mir nicht, sondern da gab es den regen Austausch. Der fand grundsätzlich über meinen Abteilungsleiter „Militärisches Nachrichtenwesen“ statt, der im Grunde alle Erkenntnisse zusammengefasst hat und für mich dann - -

MR Boris Wentzek (BMVg): Herr - -

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Kleinen Moment.

Zeuge Ansgar Meyer: Ja.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Das mit der Worterteilung mache ich.

MR Boris Wentzek (BMVg): Herr Vorsitzender, vielen Dank. - Ich möchte bitte darauf hinweisen, dass wir in den Bereich der Verfahren und Methoden der Nachrichtengewinnung hineinkommen. Das heißt, da müssten wir sehr vorsichtig sein, wie detailliert wir da kommen, sonst müssten wir in eine andere Form der Sitzung hineingehen.

Zeuge Ansgar Meyer: Das wäre jetzt mein nächster Hinweis gewesen bevor man - -

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Das machen wir so. Ich bitte nur darum: Erstens. Die Worterteilung erfolgt durch den Vorsitzenden. Zweitens. Wir unterbrechen nicht die Antworten, sondern wenn eine Frage problematisch ist, erörtern wir das und reden darüber. Aber ich glaube, alle Beteiligten haben das verstanden. Fahren Sie bitte fort.

Hannes Gnauck (AfD): Ich stelle die Frage einfach. Also, Sie sprachen jetzt davon, ich sage mal, wenn diese Kontaktpersonen sich Sorgen gemacht haben darum, dass sie entdeckt werden könnten oder in der Bevölkerung auffallen könnten - das ist ja auch ganz normal -, dass sie darum bitten, dass man sich in einem geschützten Raum trifft oder in einem Fahrzeug. Dann gab es die anderen, mit denen man sich öffentlich treffen konnte. Gab es denn auch Treffen im Camp Masar-i-Scharif? Für den BND können Sie das ja nicht sagen, weil der Ihnen nicht unterstellt ist oder weil Sie da natürlich nichts mit zu tun haben. Aber für die Feldnachrichtenkräfte, war das möglich für die menschlichen Quellen, ins Camp zu kommen und da dann mit den Soldaten zu reden?

Zeuge Ansgar Meyer: Das war grundsätzlich möglich, wobei auch hier - ich hatte das ja gerade schon geschildert - stark eingeschränkt durch die Gesamtlage Corona, in der wir ja standen. Das heißt, das war schon eher schwierig, aber durchaus möglich. Also die Örtlichkeiten waren gegeben dafür.

Hannes Gnauck (AfD): Hatten Sie in Ihrer Dienstzeit in Masar-i-Scharif mal das Gefühl oder sind Ihnen Berichte zu Ohren gekommen, dass einem,



Nur zur dienstlichen Verwendung

ich sage mal, diese Quellen, ich will jetzt nicht sagen, aufgezwungen wurden, aber schon Menschen empfohlen wurden? Oder war das eher nicht der Fall?

Zeuge Ansgar Meyer: Nein. Erstens. Was die Auswahl der Quellen selbst betraf, also dieses Netzwerk: Darauf habe ich wenig Einfluss genommen; das bestand ja. Es ist natürlich immer wieder auch in meinem Gespräch mit den Key Leadern das ein oder andere angesprochen worden, aber jetzt nicht, dass man gesagt hätte: Das ist jemand, um den muss man sich besonders kümmern oder der hat besondere Informationen; das eher nicht.

Hannes Gnauck (AfD): Okay. - Inwieweit konnten diese Quellen dann zum eigenen Lagebild - - bzw. Ihnen zutragen? Also vielleicht können Sie ja mal ein Beispiel nennen. Ging es da um, ich sage mal, Stimmung in der Bevölkerung, oder ging es da um rein militärische Sachen, also dass eine Operation geplant ist oder so was? Wie muss man sich das vorstellen?

Zeuge Ansgar Meyer: Wie gesagt, das Lagebild, das mir letztlich geschildert wurde, ist ja ein aufbereitetes Lagebild gewesen, durch meinen Abteilungsleiter „Militärisches Nachrichtenwesen“. Und das setzte sich eben aus vielen einzelnen Facetten zusammen, aus unterschiedlichsten Quellen. Das reichte wirklich von der Stimmung in der Bevölkerung bis hin zu: Achtung, da braut sich möglicherweise etwas zusammen; wir haben gehört, dass die Taliban da irgendwie in einer Ortschaft aktiv werden wollen.

Hannes Gnauck (AfD): Die Quellen, auf die man da zurückgreifen konnte, das waren ja sicherlich dann auch Angehörige bzw. Menschen, die dann darum geworben haben bzw. natürlich die Bitte gestellt haben, nach Deutschland evakuiert zu werden. Denn ich sage mal: Die unterliegen ja schon einer besonderen Gefährdung. Wenn das irgendwie im Nachhinein rausgekommen ist bzw. bekannt geworden ist in der Bevölkerung, dass die mit der Bundeswehr zusammengearbeitet haben oder mit der westlichen Koalition, dann stehen die ja da unter besonderer Gefährdung. Sind Ihnen da Fälle bekannt, in denen da, ich sage

mal, die Quellen darauf hingewiesen haben bzw. drum gebeten haben, dann auch evakuiert zu werden?

Zeuge Ansgar Meyer: Also, mir persönlich ist da kein konkreter Fall bekannt. Das schließt natürlich nicht aus, dass Quellen möglicherweise an Kontingentangehörige herangetreten sind.

Hannes Gnauck (AfD): Okay, danke. - Dann, kleiner Break. Das war's zur Feldnachrichtengeschichte BND.

Dann etwas anderes. Sie nahmen am 10. Dezember 2020 im Rahmen einer Videokonferenz mit den Obleuten des Verteidigungsausschusses des Deutschen Bundestages zur Lage in Afghanistan teil; Quelle: MAT A BMVg-5.158. Können Sie sich an dieses Gespräch erinnern und, ich sage mal, an den Verlauf dieses Gespräches? Ist Ihnen das noch bekannt?

Zeuge Ansgar Meyer: Also, ich kann mich daran erinnern. Ich könnte jetzt nicht konkret sagen, weil ich viele VTCs durchgeführt habe, nicht nur mit dem Verteidigungsausschuss, was konkret dort besprochen wurde. Aber ich gehe davon aus, dass im Grunde, wie bei ähnlichen Veranstaltungen auch, ich zunächst einmal einen Lageüberblick gegeben habe, um ein Gefühl dafür zu entwickeln, wie sich die Lage im Augenblick in Afghanistan widerspiegelt.

Hannes Gnauck (AfD): Hatten Sie den Eindruck, dass die Obleute, ich sage mal, kein besonders großes Interesse an der tatsächlichen militärischen Lage vor Ort hatten?

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Entschuldigung, solche Suggestivfragen - - Wenn Sie sich Mühe geben könnten, das anders zu formulieren.

Hannes Gnauck (AfD): Mhm, gerne. - Sie schrieben einige Tage später, also im Anschluss an dieses Gespräch, an General Schütt. Aus dem Gedächtnisprotokoll zur Videokonferenz mit den Obleuten hielten Sie fest, dass sich die Obleute offenbar nicht so sehr für die Zukunft der Mission RS und die daraus folgenden Konse-



Nur zur dienstlichen Verwendung

quenzen für die deutschen Truppen interessieren; Quelle: MAT A BMVg-5.151. Was genau meinten Sie damit?

Zeuge Ansgar Meyer: Das kann ich jetzt nicht mehr in den richtigen Zusammenhang bringen, muss ich zugeben.

Hannes Gnauck (AfD): Ich kann Ihnen das - -

Zeuge Ansgar Meyer: Ich gehe davon aus, dass wir über die Lage gesprochen haben und sich offensichtlich das Interesse in eine andere Richtung entwickelte. Ansonsten müsste ich mir das Papier noch mal anschauen.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Das müsste dann allerdings in der nächsten Runde geschehen. Denn das Fragerecht ist jetzt erschöpft und wechselt zur FDP-Fraktion. Herr Kollege Müller.

Alexander Müller (FDP): Ja, von uns, Herr General, vielen Dank, dass Sie uns heute hier zur Verfügung stehen, auch für Ihren Dienst und auch dafür, dass Sie uns helfen wollen, die Geschehnisse in Afghanistan aufzuklären, weil wir ja alle davon lernen wollen auch für zukünftige Bundestagsmandate, Bundeswehreinsetze.

Ich komme noch mal zurück und knüpfe an die Kollegen der Grünen an, die Sache mit den Charterflügen, die damals beraten wurden und geplant wurden und dann abgesagt wurden. Die Erklärung habe ich eben noch nicht ganz verstanden. Sie hatten gesagt: Es wären Sicherheitskräfte - - oder Ihre Eigensicherung würde darunter leiden. Wie viele von den Ortskräften waren denn zur Eigensicherung eingesetzt? Ich hätte mir das jetzt so vorgestellt, also von meinem naiven Verständnis, dass Ortskräfte hauptsächlich übersetzen, vielleicht reinigen, vielleicht andere Arbeiten innerhalb der Liegenschaften machen, aber eher wenige zur Sicherung eingesetzt waren. Ist das eine falsche Annahme?

Zeuge Ansgar Meyer: Also, für den Großteil der Ortskräfte trifft das sicherlich zu. Aber ohne mich jetzt auf eine konkrete Zahl festlegen zu wollen: Ich meine, 60, wären es gewesen, waren

tatsächlich als Wachleute eingesetzt in dem sogenannten Pre-Check. Das muss man sich so vorstellen: Das Haupttor zum Lager hatte noch mal ein vorgelagertes Tor, das durch diese afghanischen Sicherheitskräfte überwacht wurde, die sogenannten Guards.

Alexander Müller (FDP): Und dann hatten Sie ja von diesem „Saigon-Effekt“ - in Anführungsstrichen - geschrieben, also dieser Befürchtung, dass, wenn man jetzt 300 ausfliegt, vielleicht eine Massenpanik passieren könnte und die anderen Ortskräfte eine Panik bekommen. Haben Sie denn eine ungefähre Zahl in Ihrem Bereich, mit wie vielen Kräften zu rechnen gewesen wäre? Weil 300 ist ja schon relativ viel. Was hätten Sie denn geschätzt, was über die 300 hinaus noch hätte dazukommen können? Haben Sie ungefähr eine Zahl noch in Erinnerung?

Zeuge Ansgar Meyer: Also, das haben wir nicht konkret abgeschätzt, wie viel das sein könnten. Aber wir haben ja gerade die Zahlen gehört. Das sind auch die, die ich so in Erinnerung habe: etwa 2 500 mit den Familienangehörigen, die entsprechend registriert waren und mit einem Visum ausgestattet waren. Unsere Sorge war halt, wenn man nur 300 davon anspricht, das bleibt nicht geheim, sondern das wird sich sofort rumsprechen, dass möglicherweise, weil sich ja auch in diesem Zeitraum die Lage gerade im Norden deutlich verschlechterte, eben nicht nur diese 300 auf den Flugplatz drängen, sondern möglicherweise viele Hundert mehr, die dann versuchen, auf diese Flieger noch mit draufzukommen. Und das wollten wir vermeiden, insbesondere auch, weil wir, wie ich das schon geschildert habe, mit Blick auf die Eigensicherung in einer sehr verwundbaren Phase waren.

Alexander Müller (FDP): Um noch mal zu rekonstruieren, wie das damals ging: Ich verstehe aus den Unterlagen, die wir gesehen haben, dass das BMVg eine Planung gemacht hat mit diesen Charterflügen und die Kommandantur vor Ort gefragt hat: „Können wir das so machen?“, und Sie dann große Bedenken gemeldet haben. Ist denn dann überlegt worden, wie kann man es alternativ machen? Haben Sie Vorschläge gemacht, wie man anders die Ortskräfte hätte evakuieren können?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Ansgar Meyer: Nein, das habe ich nicht. Ich habe keine konkreten Vorschläge gemacht. Und wie der Entscheidungsprozess dann hier in Deutschland weitergelaufen ist, das entzieht sich meiner Kenntnis, da ich ja nur für das Kontingent vor Ort verantwortlich war.

Alexander Müller (FDP): Ich beziehe mich jetzt mal auf ein Dokument, was wir gefunden haben. Das ist MAT A BMI-3.321, Blatt 2445 bis 2447. Das ist ein DokMBw-Dokument, eine Nachricht vom 20. Juni 2021, ein Begleitzettel, auf dem Bedenken und Bauchschmerzen formuliert wurden, wo jede Menge - ich formuliere es mal mit eigenen Worten - bürokratische Voraussetzungen für die Evakuierung dieser Ortskräfte aufgeführt wurden, also PCR-Testungen, Durchsuchung der Ortskräfte, eindeutige Identifikation. Alleine für die Identifikation ist die Rede von, ich glaube, Feldjäger ist das - großes F - großes J - kleines G; müsste „Feldjäger“ wahrscheinlich sein - - alleine sechs Linien für die Identifikation. Das kommt einem Außenstehendem doch sehr viel vor. War es so aufwendig, die Ortskräfte einzeln zu identifizieren? Ich hätte naiv jetzt mal angenommen, dass Sie die kennen, weil die ja bei Ihnen gearbeitet haben.

Zeuge Ansgar Meyer: Zunächst muss man sagen, dieses Kontingent stand ja nicht, so wie ich, ein Jahr da, sondern das hat dann durchgewechselt. Wir sprechen über Ortskräfte, die in den letzten zwei Jahren unserer Anwesenheit im Norden angestellt waren beim Kontingent. So, und dadurch alleine war schon unmöglich, zumindest bei der Masse, ein persönliches Kennverhältnis zu haben, zumal es ja nicht nur um die Ortskräfte ging, sondern auch um die engsten Familienmitglieder, die mit dabei waren. Also der Aufwand, so wie Sie gerade geschildert haben, wäre vergleichbar mit einer Sicherheitskontrolle an einem Flughafen, wenn es um eine entsprechende Aus- oder Einreise ginge.

Alexander Müller (FDP): Jetzt haben wir ja für uns als Untersuchungsausschuss den Anspruch, daraus zu lernen und für die Zukunft besser zu werden. Wenn Sie jetzt selber mal zurückblicken mit Ihren Erfahrungen und sich mal die Ortskräf-

teevakuierung insgesamt noch mal vergegenwärtigen: Hätten Sie Ratschläge mit Ihrer Erfahrung vor Ort, was wir hätten besser machen können oder was die Bundesrepublik Deutschland in Zukunft besser machen muss, um Ortskräfte zu evakuieren?

Zeuge Ansgar Meyer: Ich glaube, das liegt fast offensichtlich auf der Hand. Im Grunde muss, wie beim Operationsplan für die militärische Rückverlegung, das schon ein Bestandteil der Planung von Anfang an sein, wie man mit Ortskräften umgeht, in welchem Umfang man Ortskräfte zurück- - also von Vornherein festlegt: wen umfasst das? -, und tatsächlich, wie die praktische Umsetzung dann erfolgen kann.

Alexander Müller (FDP): Das heißt, höre ich damit indirekt heraus, dass die Planung der Evakuierung der Ortskräfte damals nicht sonderlich gut organisiert worden war? Verstehe ich das richtig?

Zeuge Ansgar Meyer: Also, ich sage mal so: Soweit das Kontingent betroffen war, ging es im Wesentlichen darum - und darauf war es ja beschränkt in der damaligen Phase -, zunächst einmal, die Ortskräfte zu identifizieren, zu registrieren und dann für die notwendigen - - oder für die Einleitung des Visumsverfahrens zu sorgen. Ich glaube, als das Verfahren eingeführt wurde - das ist ja nun nicht erst im Juni passiert -, war von der Sicherheitslage her noch nicht klar, wie schnell sich diese Sicherheitslage verschlechtern würde. Sonst hätte man - da bin ich fest von überzeugt - auch schon von Anfang an sich intensivere Gedanken darum gemacht, wie denn eine tatsächliche Rückführung erfolgt. Das hat sich auch so ein bisschen aus dem Gespräch mit den Ortskräften ergeben.

Also, ich bin mehrfach auch im Bereich der Registrierung gewesen. Das lief sehr, sehr ordnungsgemäß ab; das muss man sagen. Die sind da angekommen im Sonntagsstaat wirklich. Also, die wollten auch was repräsentieren. Und einige - das haben uns dann unsere Sprachmittler gesagt - haben dann gesagt: Jawohl, und die gehen jetzt daran und planen, das Land zu verlassen, im Sinne von: Ich verkaufe mein Haus, oder ich muss noch hier eine Erbschaft regeln;



Nur zur dienstlichen Verwendung

ich muss mich darum kümmern, dass meine Eltern entsprechend versorgt sind usw. usf. Also, in der ersten Phase der Registrierung war auch kein Druck seitens der Ortskräfte erkennbar, dass man jetzt Sorge hat, dass man nicht mehr rauskäme. Das ist wirklich eine Entwicklung so der letzten Tage gewesen und natürlich im engen Zusammenhang zu sehen mit der deutlichen Verschlechterung der Sicherheitslage im Norden.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Letzte Frage für Sie.

Alexander Müller (FDP): Okay. - Eine letzte kurze Frage. Wir hatten durch andere Zeugenbefragungen hier den Eindruck bekommen, dass innerhalb der Bundesregierung nicht über verschiedene Ressorts hinweg die Rückführung der Ortskräfte koordiniert wurde, sondern jedes Ressort für sich seine eigenen Ortskräfte evakuiert hat. Können Sie das bestätigen für das Ressort BMVg, oder haben Sie auch versucht, andere Ortskräfte - - oder hatten Sie den Auftrag, auch andere Ortskräfte, zum Beispiel die für das BMI gearbeitet haben, die für die Entwicklungshilfe gearbeitet haben, zu evakuieren?

Zeuge Ansgar Meyer: Also, wir hatten uns natürlich mit der Einsatzwehrverwaltung - und auch nur für diese Ortskräfte hatten wir die entsprechenden Unterlagen - - zunächst einmal konzentriert. Gleichwohl hat es auch vor Ort, solange die anderen Ressorts noch vor Ort waren, entsprechenden Austausch gegeben. Also, es entzieht sich jetzt meiner Kenntnis, inwieweit da ressortübergreifende Absprachen auch hier in Deutschland stattgefunden haben, um das zu koordinieren.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Vielen Dank. - Das Fragerecht wechselt an die Kollegin Büniger.

Clara Büniger (DIE LINKE): Danke. - Ich möchte gleich daran anschließen, was Herr Müller gefragt hat in Bezug auf die Evakuierung der Ortskräfte. Sie haben ja selbst gerade gesagt, dass es besser wäre, wenn es von Anfang an Bestandteil gewesen wäre, die Ortskräfte auch zu evakuieren, also man das von Anfang an organisiert und geplant

hätte. Sie haben selber vorhin gesagt, dass absehbar war, dass innerhalb von drei Monaten die Taliban quasi de facto die Macht übernehmen würden spätestens. Und deshalb meine Frage an Sie: Warum hat man das nicht früher geplant? Warum ist man erst im Juni zu dem Komplex Charterflüge gekommen?

Zeuge Ansgar Meyer: Die Frage kann ich leider nicht beantworten, weil diese Pläne nicht im Kontingent entwickelt worden sind, sondern das ist hier in Deutschland passiert.

Und vielleicht, um das noch mal richtigzustellen: Es waren drei bis sechs Monate. Da handelt es sich um die Durchhaltefähigkeit der afghanischen Streitkräfte, nicht sofort verbunden mit einer Übernahme der Taliban oder nicht zwingend damit verbunden, sondern wir haben uns da konzentriert, was die Prognose betrifft, oder beschränkt im Wesentlichen auf die Durchhaltefähigkeit der afghanischen - - auch wenn das zusammenhängt sicherlich. Nur um das noch mal richtigzustellen.

Clara Büniger (DIE LINKE): Sind denn auch Ortskräfte auf Sie zugegangen? Also, Sie haben ja ein Registrierungsverfahren etabliert; die Ortskräfte konnten sich registrieren; man hat in Deutschland auch darüber diskutiert, dass es Charterflüge geben soll. Sind auch Ortskräfte auf Sie zugekommen und haben nachgefragt, ob eine Evakuierung möglich ist?

Zeuge Ansgar Meyer: Also, auf mich selbst ist niemand zugekommen und hat konkret um eine Evakuierung gefragt. Wie gesagt, als wir die Phase der Registrierung durchgeführt haben, stellte sich die Sicherheitslage im Norden noch nicht so dar, dass tatsächlich ein Zeitdruck auch für die Ortskräfte, die aus Afghanistan herauswollten, auftrat. Das war so eine Sache, die sich wirklich so in den letzten zwei Wochen - - baute sich dieser Druck auf.

Clara Büniger (DIE LINKE): Und vorher sind keine Ortskr - Ich meine jetzt auch nicht, auf Sie persönlich; das ist schon klar. Aber haben Ortskräfte darum gebeten, evakuiert zu werden? Also, für mich ist klar, wenn man eine Registrierung



Nur zur dienstlichen Verwendung

etabliert, muss ja auch eine Evakuierung in Planung sein. Sonst müsste man ja die Registrierung nicht etablieren. Deshalb meine Frage noch mal: Wann haben denn die ersten Ortskräfte angezeigt oder um Evakuierung gebeten, oder dass man sich da bemüht, sie zu unterstützen?

Zeuge Ansgar Meyer: Also, vom Verfahren her war eigentlich keine Evakuierung geplant, sondern, wenn ich das noch richtig in Erinnerung habe - wobei das nicht federführend bei uns lief, sondern das haben wir aus Deutschland bekommen; und ich glaube, da war federführend das Auswärtige Amt, ohne mich da festlegen zu wollen -, geplant war tatsächlich, den Ausreisewilligen die Möglichkeit zu bieten, mit kommerziellen Flügen auszufliegen, ich glaube sogar - aber da will ich mich nicht festlegen -, gegen Kostenersatzung von den Tickets. Aber mit dem Verfahren bin ich wirklich nicht vertraut gewesen.

Clara Bünger (DIE LINKE): Kennen Sie ein Datum, wann Ortskräfte eine Unterstützung erbeten haben, zu welchem Zeitraum?

Zeuge Ansgar Meyer: Also, konkret bei mir oder dass es mir konkret vorgetragen worden wäre, nicht. Wir haben natürlich zuletzt, in den letzten Tagen, immer wieder Anfragen gehabt auf Unterstützungsmöglichkeiten. Wir haben - das hat sich ja über einen längeren Zeitraum auch gezogen - von Ortskräften, die nicht berücksichtigt wurden, regelmäßig auch Demonstrationen vorm Tor gehabt, die also gesagt haben: Achtung, nicht beschränken auf die wenigen, die ihr registriert, sondern wir wollen auch mit. - Aber es ist jetzt - zumindest soweit ich mich erinnern kann, ist mir das auch nicht gemeldet worden - niemand direkt an uns herangetreten mit dem Wunsch: Jetzt müsst ihr uns sofort hier rausholen.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Wir sind leider schon am Ende der ersten Runde angekommen. - Ich eröffne nun die zweite, und das Wort geht an die SPD-Fraktion. Kollege Nürnberger.

Jörg Nürnberger (SPD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Ich möchte mich gern in der zweiten Runde auf die Fähigkeiten und den dann überraschenden Nichteinsatz der afghanischen Armee

bis zum Fall von Kabul konzentrieren. Es war ja eine der Voraussetzungen aus dem Doha-Abkommen, dass sich die Taliban mit den afghanischen Regierungsstellen im Wege eines Friedensprozesses verständigen sollten und es dann zu einem friedlichen Ausgleich in Afghanistan kommen sollte.

Jetzt war die NATO über eigentlich zwei Jahrzehnte daran beteiligt, afghanische Truppen mit auszubilden. Beschreiben Sie uns doch bitte die Motivation und die Einsatzfähigkeit und, wenn Sie so wollen, um das in einer militärischen Kategorie zu definieren, den Kampfwert der ehemaligen afghanischen Armee und der Sicherheitskräfte in dem Zeitraum und also auch die Entwicklung dieser Begriffe bzw. der Werte zwischen dem Zeitpunkt des Abschlusses des Doha-Abkommens und in der Zeit bis zum Beginn des Abzuges der internationalen Truppen, also, sagen wir, Juni 2021.

Zeuge Ansgar Meyer: Als ich nach Afghanistan kam, stand ich noch unter dem Eindruck meines letzten Einsatzes aus 2008. Damals begann die Koalition im Rahmen ISAF, die ersten Bataillone der afghanischen Armee aufzustellen und durch Ausbildung zu unterstützen. Ich habe dann relativ schnell kennengelernt die beiden Korpskommandeure und zum Teil eben auch deren nachgeordneten Bereich und musste feststellen, dass von der Führung her die afghanische Armee sehr professionell aufgestellt war.

Ich hatte gerade beim 209. Korps - das war das Korps, das in Masar-i-Scharif stationiert war - den ersten Kommandeur - - Der hatte ja die britische Generalstabsausbildung genossen. Der zweite Kommandeur, der ihn nach etwa einem halben Jahr abgelöst hat, hatte die amerikanische Generalstabsausbildung abgeschlossen, kam aus dem Bereich der Spezialkräfte. Beide hochmotiviert und durchaus auch militärische Führer, wie wir uns das vorstellen. Das heißt, die haben vorne geführt. Die haben nicht irgendwo hinten gesessen in irgendeinem Gefechtsstand, sondern sie waren wirklich vorne mit dabei.

Das gilt auch für den Kommandeur 217. Korps, der über den fast gesamten Zeitraum bis auf die



Nur zur dienstlichen Verwendung

letzten Wochen in Kunduz geführt hat, der zum Teil ganz vorne mit dabei war und mit den bloßen Händen Minen aus dem Boden gebuddelt hat, weil er sagte: Wir müssen ein Beispiel geben, damit unsere Männer uns folgen. - Das vielleicht so zur Führung.

Sicherlich ist Führung damals nicht vergleichbar gewesen mit unserem Führungsverständnis, sondern da gab eine etwas andere Kultur, etwas strikter auch, was das Ganze betraf, sehr auf den militärischen Führer fokussiert; deswegen auch das Vorbild notwendig.

Wenn man jetzt so ein bisschen sich davon löst und in die unteren Ebenen reinschaut, dann war ein Hauptproblem in Afghanistan, dass die Sicherheitskräfte - und das schließt auch die Polizeikräfte mit ein - nicht in Verbänden so zusammengefasst waren, dass man reagieren konnte, zum Beispiel auf Feindmeldungen, sondern sie waren verstreut in Checkpoints. Das war auch einer der Ansätze der schon erwähnten Joint Order 125, das so weit wie möglich zu reduzieren, also nicht in der Fläche zu stehen und angreifbar zu sein, sondern flexibel reagieren zu können.

Wenn man auf die Motivation schaut - und das haben wir sehr genau gemacht -, gibt es Beispiele, die möglicherweise erklären, warum letztlich in einer Kampfsituation gegen Ende, als die Lage wirklich kippte, der ein oder andere Soldat kampfflos das Gefechtsfeld verlassen hat. Ein afghanischer Soldat hat nicht ausreichend Sold gehabt, um eine Familie zu ernähren; er hatte nicht ausreichend Sold, um zu heiraten. Also kann man schon mal unterstellen, dass ein gewisses Maß an Eigenmotivation schon da sein musste, um überhaupt zu dienen.

Die Führung auf den unteren Ebenen war, vorsichtig ausgedrückt, sehr rigoros. Zum Teil waren die Soldaten nicht wirklich gut ausgebildet. Und der Informationsfluss, so wie wir das kennen, dass wir wirklich bis ins letzte Glied jeden informieren, um auch mitzunehmen, war nicht überall gegeben. Ich glaube, insgesamt gesehen war der Ausbildungsstand nicht vergleichbar mit unserem, aber grundsätzlich nicht schlecht.

Gelitten hat natürlich die Moral erheblich im letzten Jahr unter den Verlusten, die die Sicherheitskräfte hinzunehmen hatten. Zum Teil ging das in einer Woche von der reinen Anzahl her, dass wir im Norden bis zu einer Kompanie an Sicherheitskräften verloren haben durch Tod oder Verwundung. Auch das wirkt sich natürlich negativ aus.

Letztlich - und wenn man jetzt so ein bisschen schaut auf die letzten Wochen, auf die Sie ja auch abgezielt haben - kamen viele unterschiedliche Dinge auch noch zusammen. Der besagte Kommandeur 209. Korps, der auch von vorne geführt hat, der wirklich von Front zu Front gesprungen ist, immer wieder motiviert hat, immer wieder auch die Richtung vorgegeben hat, fiel - ich meine, es wäre etwa zwei Wochen, bevor wir das Land verlassen haben - aus; 35 Jahre alt, sehr agil, Herzinfarkt, musste ausgeflogen werden. Und das hatte einen Effekt auf das Korps: Das war paralysiert. Es war einfach: Der Führer fehlte, der Kitt fehlte auf einmal. Er ist zwar relativ schnell ersetzt worden, aber dann durch einen Kommandeur, der im Süden schon mal ein Korps geführt hatte und abgelöst worden war und dort jetzt kurzfristig in dieser sehr kritischen Situation übernehmen musste.

Die Luftstreitkräfte - das hatte ich heute auch schon erwähnt -, sehr professionell ausgebildet, sehr hocheffektiv, waren im Grunde immer der Nothammer im wahrsten Sinne des Wortes, wenn es krisenhafte Entwicklungen gab. Und man muss eben abseits der regulären Streitkräfte noch mal besonders betrachten die Spezialkräfte sowohl bei der Polizei wie auch bei der Armee, die hochgradig ausgebildet waren, sehr effektiv waren, auch im Gefecht, allerdings auch aufgrund ihrer hohen Einsatzbereitschaft von einer Front an die andere geworfen wurden, damit hohe Verluste letztlich erlitten und im Grunde auch irgendwann entsprechend ermüdet waren.

Jörg Nürnberger (SPD): Vielen Dank. - Das Stichwort Luftwaffe führt mich zur nächsten Frage. Es gibt eine E-Mail von Oberst Groeters, Referatsleiter SE II 1, aus dem BMVg vom 20. April 21 - MAT A BMVg-4.317, Blatt 184 bis 185 -, und das war gerichtet an Herrn Krüger, Referatsleiter



Nur zur dienstlichen Verwendung

AP 05 im AA. Und da heißt es, dass auf der Commanders Conference - wenn Sie möchten, können wir es Ihnen auch gerne vorlegen - zum Teil sehr deutliche Worte gesprochen wurden. Das Combined Security Transition Command Afghanistan, CSTC-A, hätte unter dem Hinweis „Realitätscheck“ ein düsteres Bild der Durchhaltefähigkeit der afghanischen Sicherheitskräfte gezeichnet. Weiter wird aufgelistet:

--> **AAF:**

- Afghan Air Force -

mangelnde Fähigkeit der Selbstorganisation, Wartung und Versorgung - AAF lebt von der Substanz; ohne eines fortwährenden Austauschs an fliegenden Systemen [u.a. Wartungsflüge in die USA] ist mit einem **Zusammenbruch der AAF in 90 bis 120 Tagen** zu rechnen,

Sind diese Informationen Ihnen auch bekannt gewesen? Haben Sie diese Einschätzung geteilt?

Zeuge Ansgar Meyer: Sie bildeten zum Teil die Grundlage unserer Einschätzung der Reichweite oder Durchhaltefähigkeit von drei bis sechs Monaten. Das lag im Grunde daran, dass die Luftwaffe wirklich an jede Front geworfen wurde, also nicht nur im Schwerpunkt eingesetzt da, wo wirklich der Einsatz gerechtfertigt war, sondern im Grunde überall und jede Nacht unterwegs war. Das ging natürlich auf die Substanz des Gerätes. Und das hat natürlich auch einen enorm hohen Einsatz an Munition erfordert, die ganz einfach so schnell nicht nachgeliefert werden konnte.

Jörg Nürnberger (SPD): Vielleicht für mich noch mal zur Information und zur Ergänzung Ihrer Informationen: Commanders Conference und Combined Security Transition Command Afghanistan: Welche Funktionen hatten die? Und vielleicht als technische Frage: Woraus bestand denn die afghanische Luftwaffe zu diesem Zeitpunkt?

Zeuge Ansgar Meyer: Ich bin leider kein Luftwaffenoffizier. Das heißt, auf die letzte Frage kann

ich nur eine rudimentäre Antwort geben. Es waren tatsächlich, ich würde jetzt sagen, Jagdbomber. Das waren Propellermaschinen amerikanischen Typs, die entsprechend mit unterschiedlichen Bomben und Raketen bestückt eingesetzt werden konnten in der - also wir nennen das Closed Air Support - unmittelbaren Unterstützung der Truppe am Boden.

Die Commanders Conference war für General Miller das Mittel, alle Kommandeure der Commands und seine Abteilungsleiter zusammenzuholen, manchmal in Präsenz, manchmal auch als VTC, um dann in bestimmten Abständen Operationsplanung zu besprechen, Force Protection zu besprechen, also Themen allgemeingültig für das Gesamtkontingent Resolute Support.

CC K Alpha*(?) war eine Sonderorganisation - das ist also die Abkürzung -, im Grunde damit beschäftigt, im Bereich des Ministeriums oder der Ministerien zu beraten, und auch verantwortlich für den Bereich der Beratung und Unterstützung Logistik und Haushaltsmittel. Dem stand ein amerikanischer Dreisternegeneral vor, der im Grunde die Überwachung mehr oder weniger unter sich hatte, und damit auch die entsprechenden Schlüsse ziehen konnte, insbesondere was Logistik betraf.

Jörg Nürnberger (SPD): Vielen Dank. - Wenn wir jetzt diese Zeitlinie, die in diesem E-Mail genannt wurde, in die Zukunft prognostizieren, dann betrifft das ja den Zeitraum eigentlich Ende Juli 2021 bis August 2021, wo dieses nicht mehr funktionale Dasein der afghanischen Luftwaffe vorausgesagt wurde. Wurde aus dieser Diagnose irgendeine Konsequenz gezogen? Hat man Maßnahmen ergriffen, um dort militärführerisch durch Unterstützung, durch logistische Maßnahmen einzugreifen? Oder hat man es dabei bewenden lassen, die Tatsache festzustellen?

Zeuge Ansgar Meyer: Nein, hat man nicht. Also, das war tatsächlich - - Besagter Dreisternegeneral ist tätig geworden. Es wurde meines Wissens - wobei ich das jetzt nicht mehr abschließend wirklich mit Sicherheit sagen kann - - Aber ich bin mir ziemlich sicher, dass noch mal aus den USA gerade logistisch nachgebessert wurde und



Nur zur dienstlichen Verwendung

unterstützt wurde. Es wurden Möglichkeiten zumindest geprüft, die Maschinen zur Wartung nicht in die USA geben zu müssen, sondern in einem der Nachbarländer warten zu können und da eine entsprechende Kapazität aufzubauen.

Insgesamt wurde durch diese Maßnahmen die Durchhaltefähigkeit wieder verlängert, aber wesentlich war halt - und das lag im taktischen Bereich und lag auch in der Beratung -, unmittelbar Einfluss zu nehmen auf die Streitkräfte, besser zu haushalten - so wie wir das ja eigentlich auch machen, indem wir unsere Mittel nicht alle gleichzeitig einsetzen, ohne an morgen oder übermorgen zu denken.

Jörg Nürnberger (SPD): In einem DKOR-Bericht zur Reise des ehemaligen Außenministers Heiko Maas auch aus dem April 22 wird die Bedeutung einer nicht funktionalen afghanischen Luftwaffe auch noch mal sehr herausgehoben. Dieser Bericht zitiert den Befehlshaber der Mission Resolute Support, den von Ihnen auch erwähnten General Austin Miller. Dabei handelt es sich um MAT A AA-9.140, Blatt 22. Die beiden Herren sind aufeinandergetroffen in Kabul, und General Miller hat betont, dass der Zusammenhalt und die Einsatzfähigkeit der afghanischen Luftwaffe ohne die Unterstützung der internationalen Truppen sehr unwahrscheinlich wären. Ich zitiere: „Vor allem die Kampfkraft der afg. Luftwaffe ..., die essenziell für die Einsätze der“ gesamten Streitkräfte „sei, könne schnell einbrechen ohne die Wartung durch ausländische Fachkräfte.“ Lassen sich aus dieser Aussage - - die Rückschlüsse zu, dass eine afghanische Armee, die nicht aus der Luft eben im Rahmen des Closed Air Supports - und ich habe, glaube ich, vor 35 Jahren auch mal eine Offiziersausbildung bei der Luftwaffe genossen - - eben nicht mehr dauerhaft sichergestellt werden konnte, also spätestens in dem Moment, wo man wusste, dass die Luftwaffe nicht mehr eingreifen kann und auch andere Nationen diese Fähigkeit, diese Capability, nicht zur Verfügung stellen können, dass dann die afghanischen Streitkräfte in einer sehr schwierigen bis aussichtslosen Situation sein werden?

Zeuge Ansgar Meyer: In jedem Fall in einer sehr schwierigen Situation, weil die Luftwaffe natürlich auch über weite Entfernungen ein schnell einsetzbares und schnell wirksames Mittel war. Wie gesagt, insbesondere nach dieser Commanders Conference wurden Maßnahmen eingeleitet, das zu verbessern, das Ganze. Aber - auch das gehört zur Wahrheit mit dazu - das gesamte System der Unterstützung auch im Bereich der Logistik - Logistik, was Nachschub betraf, aber auch was Instandsetzung betraf - der afghanischen Streitkräfte war sehr stark abgestützt auf Kontraktoren, die eben in dem Bereich eingesetzt waren - ich hatte das vorher schon ausgeführt -, wo nicht ganz sicher war, ob sie wirklich über den Zeitraum auch des Abzugs in Afghanistan verbleiben würden. Und - ich meine, das ist uns allen, denke ich, klar - wenn Sie Spezialisten haben für die Wartung eines Flugzeuges, das dauert schon eine Zeit, eigene Spezialisten entsprechend auszubilden auch, um dann die Durchhaltefähigkeit zu verlängern.

Jörg Nürnberger (SPD): Ich darf Sie mit einer Aussage konfrontieren, die Sie nach Ende des Abzuges am 6. Oktober 2021 bei einer Auftaktveranstaltung des BMVg mit dem Titel „20 Jahre Afghanistan - Startschuss für eine Bilanzdebatte“ getroffen haben. In dem Protokoll der Veranstaltung MAT A BMVg-5.108 VS-NfD, Blatt 35 heißt es:

- Brigadegeneral Ansgar Meyer, Führer des letzten deutschen Einsatzkontingents Resolute Support, sei davon überzeugt gewesen, dass der Aufbau afghanischer Sicherheitskräfte erfolgreich war. Er habe nicht erwartet, dass diese so schnell in sich zusammenfallen.

Wie kamen Sie zu dieser Aussage, und steht das nicht zum Teil im Widerspruch mit dem, was wir zumindest mal exemplarisch an der Teilstreitkraft afghanische Luftwaffe hier vor Kurzem miteinander besprochen haben?

Zeuge Ansgar Meyer: Also, meine Aussage bezog sich nicht auf die logistische Durchhaltefähigkeit der Streitkräfte, sondern ich bin ausgegangen



Nur zur dienstlichen Verwendung

vom Aufbau, der Struktur. Der Zusammenhang dieser Aussage war im Übrigen das, was ich gerade auch schon gesagt habe, also was ich vorgefunden habe, als ich nach Afghanistan kam. Nachdem ich 2008 gesehen hatte, die ersten Kompanien waren aufgestellt, waren da auf einmal funktionsfähige Korps, die verfügbar waren. Darauf bezog sich meine Aussage, dass dort tatsächlich einsatzbereite Streitkräfte aufgebaut worden sind.

Die Aussage umfasst natürlich nicht - und ich meine, das hätte ich auch im zweiten Teil deutlich gemacht - dann den tatsächlichen Hergang in Afghanistan, also zum Teil das kampflose Verlassen des Gefechtsfeldes und Den-Raum-den-Taliban-Überlassen, so wie es dann tatsächlich passiert ist. Ich glaube, das hat viele von uns in der Schnelligkeit überrascht.

Jörg Nürnberger (SPD): Ich darf noch eine Aussage zitieren. Die bezieht sich auf die Reise von Herrn Außenminister Maas nach Afghanistan. Und wie bereits von einem der Kollegen oder Kolleginnen erwähnt wurde, haben Sie sich auch persönlich getroffen. In MAT A AA-9.140, Blatt 25 steht:

Gen. Meyer unterrichtete zur Lage der ANDSF,

- afghanischen Sicherheitskräfte -

die trotz Fortschritten mittelfristig vss. nicht selbständig durchhaltefähig seien ...

Lässt diese Aussage den Rückschluss zu, dass bei einem Abzug der ausländischen Unterstützung für die afghanischen Streitkräfte, also auch der deutschen Soldatinnen und Soldaten, eigentlich auf mittelfristige Frist - und das bitte ich Sie zeitlich näher zu spezifizieren - bei einem Druck der Taliban und entsprechenden militärischen Maßnahmen der Taliban die afghanische Armee tatsächlich nicht mehr in der Lage gewesen wäre, dagegenzuhalten? Was verstehen Sie unter „mittelfristig“ in diesem Zusammenhang?

Zeuge Ansgar Meyer: Also, kurzfristig war für mich das, was wirklich vor Ort passierte, Auswirkungen auf die nächsten Wochen und Monate. Mittelfristig war mehr so der Blick auf das kommende Jahr damals noch. Dazu muss man sich immer zurückversetzen in die damalige Lage. Als der Außenminister vor Ort war, war die Lage im Norden angespannt. Es gab Distrikte, die umkämpft waren. Aber es gab noch nicht diesen Dominoeffekt, den wir in den letzten Wochen des Einsatzes erlebt haben, wo wirklich ein Distrikt nach dem anderen mehr oder weniger fiel.

Die tatsächliche Durchhaltefähigkeit, die haben wir im Grunde nicht festgemacht an „Das hält noch drei Monate oder sechs Monate“. Das war eher auf die Logistik bezogen. Das war wichtig für die Entscheidungsträger in Kabul, die dann versucht haben, diese Durchhaltefähigkeit zu verlängern durch logistische Maßnahmen, weitere Unterstützung, wie ich schon gesagt hatte, Instandsetzung ins Ausland Verlegen. Es war auch geplant, nach dem Abzug der Kräfte aus dem nahen Ausland heraus weiter diese Unterstützung sicherzustellen.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Das Fragerecht - - Aber ganz kurz.

Jörg Nürnberger (SPD): Sie haben vorhin - und die Frage ist wirklich ganz kurz - erwähnt, dass die afghanische Armee in ihren obersten Führungsstrukturen sehr professionell war und das tatsächlich dann auch bis nach unten durchgewirkt hat. Ist die Annahme richtig, dass, wenn diese Strukturen wegfallen, wenn sich also die oberen Führer auf Regimentsebene, Brigadeebene irgendwo absetzen, ihre Standorte verlassen, dann quasi - und Sie haben das Bild des Dominoeffektes selber erwähnt, oder man kann auch ein Kartenhaus als Modell heranziehen - das in sich zusammenstürzen wird?

Zeuge Ansgar Meyer: Ja, ich glaube, die militärischen Führer auf den höheren Ebenen haben eine wichtige Rolle gespielt, was das betrifft. Sie haben wirklich die Truppe zusammengehalten. Aber das betrifft nicht nur die Korpskommandeure. Wir hatten auch exzellente Brigadekom-



Nur zur dienstlichen Verwendung

mandeure und zum Teil Bataillonskommandeure, von denen auch nicht wenige in den letzten Monaten gefallen sind vorne an der Front, also die ein Beispiel gegeben haben. Aber ja, das ist natürlich ein Effekt, den man nicht unterschätzen darf.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Gut. - Dann wechselt das Fragerecht an die Union. Kollege Röwekamp.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Herr General Meyer, ich würde mit Ihnen gern noch mal über die Abzugsplanungen sprechen. Da waren wir vorhin so ein bisschen stehen geblieben bei der Frage: Wie hat sich das eigentlich eskaliert von Doha bis April 21 mit dem endgültigen Abzugstermin? Mich interessiert jetzt ein bisschen die Aufgabenverteilung. Also waren Sie, was den geplanten Abzug betrifft, nur Befehlsempfänger aus dem BMVg? Oder wie wurde im Detail die Planung mit dem Einsatzkontingent vor Ort abgestimmt?

Zeuge Ansgar Meyer: Also, ich hatte gleich am Anfang, in den ersten Tagen einen entsprechenden Brief vom Befehlshaber Einsatzführungskommando erhalten, der mir im Grunde für die Rückverlegung die Planungshoheit übertragen hat, dem Gedanken folgend, dass das Kontingent mit, wir nennen das, Blick ins Gelände die Rahmenbedingungen vor Ort am besten einschätzen kann. Das heißt, wir haben die entsprechenden Planungen entwickelt und dann zur Billigung vorgelegt. Oben wurden die geprüft. Wir haben das aus taktischer Sicht gemacht und aus operativer Sicht. Weil eben mit Nachbarn abzustimmen war, mit anderen militärischen Organisationsbereichen beispielsweise, sind diese Planungen auch zum Teil angepasst worden. Aber ich hatte zumindest die Möglichkeit, mich da intensiv einzubringen.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Sie hatten angesprochen, dass die Planung mehrfach evaluiert oder lageangepasst wurde. Mit dem Blick aufs Ende würden Sie sagen, der Abzug ist tatsächlich am Ende so erfolgt, wie Sie ihn geplant haben?

Zeuge Ansgar Meyer: Er ist nicht erfolgt, wie ich ihn im August 20 geplant habe oder hätte, das sicherlich nicht. Aber die Durchführung selbst - ohne ins Detail zu gehen, weil ich - - Meines Wissens ist die eigentliche Operationsplanung noch Geheim eingestuft, aber das ist tatsächlich abgelaufen wie ein Uhrwerk. Sie können sich vorstellen, das war unheimlich Material, das zurückzubringen war mit zivilen Flügen, Antonow. Da musste genau berechnet werden: Was geht wann raus? Welches Personal kann wann rausgehen? Welche Fähigkeit kann ich aufbauen*? Welche Reserve muss ich mir noch halten? Es hat natürlich auf dem Weg Friktionen gegeben; das ist völlig - - Die hat es in der letzten Nacht sogar noch gegeben, bevor wir abgeflogen sind. Aber alles in allem lief das planmäßig.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Bei der Erstellung dieser immer wieder angepassten und von Friktionen durchbrochenen Planung würde mich noch eine Frage interessieren. Sie waren ja so was wie ein Doppelkommandeur. Also, Sie waren einmal sozusagen Kommandeur des Train Advise Assist Command, also hatten dafür eine Verantwortung, für den Einsatz sage ich jetzt mal. Auf der anderen Seite als Führer des deutschen Einsatzkontingents, haben Sie eben schon gesagt, waren Sie auch beauftragt oder sogar befohlen sozusagen, die Abzugsplanung vorzubereiten. Inwieweit hat es insoweit Abstimmungen mit den anderen Nationen im Kontingent gegeben? Also, gab es da Absprachen darüber, wie wechselseitig sozusagen die Rückzugsplanung erfolgen soll, und wie würden Sie diesen Austausch beschreiben?

Zeuge Ansgar Meyer: Es war ein regelmäßiger Austausch. Wir hatten dazu eine Extrarunde sogar eingerichtet. Das war einmal in dem logistischen Bereich natürlich, aber dann auch mit den sogenannten SNRs, den Senior National Representatives, um genau aufeinander abzustimmen: Welche Fähigkeit können wir herausgeben?

Wir haben also einige Nationen gehabt, die Einzelfähigkeiten bereitgestellt haben, die wir relativ lange noch brauchten, und andere Nationen, die auch von vornherein schon signalisiert haben, dass sie mit ihren Kontingenten entsprechend



Nur zur dienstlichen Verwendung

früh rausgehen. Also, es war immer ein Abwägen auf der einen Seite der militärischen Notwendigkeit mit dem taktischen Blick, aber auch auf das, was aus den jeweiligen nationalen Hauptquartieren vorgegeben wurde. Und dann haben wir versucht, einen planerischen Kompromiss zu finden. Und ich glaube, das ist letztlich auch gut gelungen. Also, es war alles im Einvernehmen.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Während des gesamten Untersuchungszeitraums, also von 29. Februar 2020 bis zum Ende der Mission und dem Deployment, haben Sie ja trotzdem auch noch eine Verantwortung für die Auftragserteilung gehabt. Meine Frage ist jetzt: Was hat eigentlich sozusagen der sukzessive Rückzug, der ja schon stattgefunden hat ab Juni, zumindest mit Material, teilweise auch mit Personal, mit dem Auftrag selbst gemacht? Bis wann konnten Sie die Mission eigentlich noch inhaltlich erfüllen?

Zeuge Ansgar Meyer: Also, wir haben den Kernauftrag Train, Advise, Assist durchgeführt bis zum 1. Mai 21. Da sind wir offiziell von diesem Auftrag entbunden worden, und der Schwerpunkt richtete sich in Richtung Redeployment, also der Rückverlegung.

Wir haben, als ich nach Afghanistan kam, noch über zwei Mentorenteamen verfügt, eins für das Korps in Kunduz, eins für das Korps in Masar-i-Scharif, mit der Entscheidung, unsere permanente Präsenz aus Kunduz abzuziehen. Eine regelmäßige Anpassung der Planung war letztlich dann - - Im November des Jahres 20 habe ich - und das ging einher mit dem Kontingentwechsel, den wir national durchgeführt haben - diese beiden Beraterteams fusioniert, sodass ein etwas größeres Team für beide Korps zuständig war. Aber wir haben unter Nutzung unserer Hubschrauber im sogenannten Fly-to-Advise, also anlassbezogen diese Beratung durchzuführen, die Beratung aufrechterhalten bis weit in den April 21 hinein.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Dieser Begriff des „Aggressive Housekeeping“, den wir vorhin schon mal besprochen, den Sie nicht so gerne mögen und eher von „Optimierung“ - so habe ich mir das notiert - gesprochen haben, führte ja

offensichtlich auch dann ab Anfang 21 zu einer weiteren Reduzierung. So habe ich das zumindest entnommen. In dem Zusammenhang taucht, auch von Ihnen verwendet, der Begriff des sogenannten operativen Minimums auf. Können Sie uns noch mal sagen, was sich dahinter verbirgt, hinter diesem Begriff?

Zeuge Ansgar Meyer: Das ist keine Erfindung von mir, sondern dieser Begriff wurde kreiert im Ministerium. Da ging es im Grunde darum, deutlich zu machen diese Phase der Optimierung, wie weit man da gehen kann mit Blick auf eine Vermeidung der Gefährdung des Kernauftrages, weil im Vordergrund immer stand - das war so die rote Linie, wenn Sie so wollen - also der End Stage* dieses operativen Minimums. Das war eben: Wir können den Kernauftrag TAA durchführen, auch bei längerer Verwendungsdauer über den 30.04. hinaus, also ungefährdet, um eben einer politischen Entscheidung nicht vorzugreifen. Das war eine klare Auflage. Das war auch abgestimmt im Grunde auf allen Ebenen.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Vielen Dank. - Es klang eben sozusagen in der Endphase Ende Juni bei Ihnen in den Antworten im Hinblick auf die Ortskräfte und Ihrer Stellungnahme zu den Charterflügen schon mal an: Das Thema „Force Protection“ interessiert uns natürlich auch. Also, mit den zurückgehenden Fähigkeiten und insbesondere auch - das wissen wir aus den Akten - mit der Einschätzung und Befürchtung, dass mit Ablauf der Frist aus dem Doha-Abkommen 30.04. sich auch die Sicherheitslage für die Koalition, also auch für Ihr Kontingent, verändern würde, würde mich interessieren: Welche Veränderung haben Sie in der Sicherheit der eigenen Kräfte wahrgenommen, und waren dort zusätzliche Anstrengungen ab Mai 2021 erforderlich?

Zeuge Ansgar Meyer: Ja. Das Ganze setzte schon etwas früher an. Im Grunde, als wir diesen Zeitpunkt überschritten, zu dem deutlich wurde, also zumindest die geordnete Rückverlegung bis zum 30.04. ist nicht mehr möglich, da haben wir uns natürlich Gedanken darüber gemacht, wie wir jetzt das Kontingent so aufstellen, dass es im Bereich des Schutzes auch möglichen Angriffen sich erwehren kann.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Das waren unterschiedliche Maßnahmen. Wir sind unter anderem - ich meine, es wäre im März gewesen - verstärkt worden durch einen niederländischen und einen deutschen Mörserzug und einen zusätzlichen Infanteriezug der Niederländer. Wir haben geschützte Fahrzeuge, die wir schon abgegeben hatten, die schon in Deutschland waren, zurückgefordert, um den geschützten Transportraum auch weiterhin sicherstellen zu können und damit einer möglichen Bedrohung durch die Taliban zu begegnen. Da gibt es ein sehr bezeichnendes Zitat - ich habe mir das mal aufgeschrieben, das fand ich damals schon beeindruckend -, und zwar vom Sprecher der Taliban in Doha, Zabiullah:

Whoever wants to extend ... 20 years of war will suffer more losses, and the best option is for all foreign troops: leave as per Doha Deal. (?)

Also die klare Ansage: Haltet euch an den Deal, ansonsten werden wir kämpfen. - Das war die Grundlage dafür, den Schwerpunkt auf den Schutz der eigenen Kräfte zu legen oder die Erhöhung des Schutzes.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Auch wenn ich bei diesem Zitat nicht weiß, ob es von Ihnen stammt oder aus dem Ministerium, haben Sie zumindest verwendet für den Leitsatz der Rückverlegung die Überschrift „Speed ist our best friend“. Kann ich daraus schließen, dass für Sie eigentlich ein möglichst schneller Rückzug nach dem 30.04., dem ursprünglichen Abzugstermin, sozusagen Ihre Leitlinie war?

Zeuge Ansgar Meyer: Also, ich kann hier keine Urheberrechte für mich in Anspruch nehmen. Tatsächlich kommt dieser Spruch von General Miller. Und wenn Sie sich daran erinnern: Präsident Biden hatte damals festgelegt für den Abzug 9/11, also den September als Symbol für den Abzug. Und das Ganze ist ja relativ schnell nach vorne gerutscht Richtung 4. Juli, durchaus auch symbolisch. Die Idee von General Miller - und das hat er in mehreren Konferenzen auch noch mal sehr deutlich gemacht -: diese Phase, in der die Koalition in Afghanistan sehr verwundbar

sein würde, so kurz wie möglich zu halten. Deswegen sagte er: Speed is our best friend.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): In dem Zusammenhang ist uns bekannt, dass zumindest diskutiert wurde auf Ebene der Leitung Abteilung SE die Frage des fortgesetzten Einsatzes von - zu dem Zeitpunkt ja noch unbewaffneten - Drohnen. Können Sie dem Ausschuss etwas darüber sagen, ob auch diese Fähigkeit zur Force Protection durchgehend sichergestellt war?

Zeuge Ansgar Meyer: Also, das war für uns ein wesentliches Aufklärungsmittel, insbesondere als wir uns noch in der Phase Fly-to-Advise, also der Beratung in Kunduz, befanden, weil wir im Grunde mit Aufklärungsdrohnen immer vorab sichergestellt haben, dass es keine Bedrohung vor Ort gab. Das wurde zum Teil mit eigenen Mitteln sichergestellt, zum Großteil, gerade in der späteren Phase, nachdem wir unsere eigenen Mittel abgebaut haben, dann im Wesentlichen durch amerikanische Mittel.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Insgesamt, wenn Sie ein Fazit unter Force Protection unter diesen schwierigen Abzugsbedingungen ziehen würden, würden Sie sagen, dass die Sicherheit der eigenen Soldaten und des Kontingents auch während dieser - aus Ihrer Sicht ja fast planmäßig verlaufenen - Abzugsplanung durchgehend sichergestellt war?

Zeuge Ansgar Meyer: Ja. Ich glaube, das ist immer eine Balance, weil man natürlich irgendwo Kompromisse eingehen muss, was die Force Protection betrifft, je weiter man nach unten geht. Ich mache das mal fest am Beispiel der geschützten Fahrzeuge. Die müssen ja irgendwann verladen werden und gehen dann raus, und dann kann man sich eben nicht mehr mit geschützten Fahrzeugen bewegen, wobei wir das dann auch nicht mehr außerhalb des Camps gemacht haben.

Um Ihre Frage kurz zu beantworten: Ja, ich glaube, dass wir da die richtige Balance gefunden haben und der Schutz, soweit das möglich war, sichergestellt war.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Okay. Vielen Dank. - Dann wissen wir, dass Sie zumindest gezeichnet, wenn nicht auch verfasst haben einen sogenannten Erfahrungsbericht vom 22.06.2021. Das ist MAT A BMVg-4.579, Blatt 125 bis 147. Können Sie sich an den erinnern, oder - - Ich würde Ihnen daraus Vorhalte machen. Ich lese es Ihnen einfach vor. Wenn Sie es vorgelegt haben wollen, können wir es Ihnen auch gern vorlegen. Da schreiben Sie auf Seite 3, dass:

Eine der größten Herausforderungen

- sei -

... die enge Bindung an „Friedensvorschriften“, die jegliche taktische Flexibilität zur Reaktion auf neue Lagen nimmt.

Dies führe dazu, dass man auch „bei kritischer Sicherheitslage“ einen Teil „der Kampfbelastung getrennt“ vom militärischen Verband „transportieren“ müsse. Sie kritisieren das Verfahren als „nicht einsatz- und kriegstauglich“. Können Sie uns erläutern, was Sie damit meinen? Und was hätte man in dieser Situation besser machen können?

Zeuge Ansgar Meyer: Also, im Wesentlichen ging es, ohne jetzt wirklich auf Einzelheiten einzugehen, weil das Teil der Operationsplanung war, die, wie gesagt, nach wie vor, glaube ich, Geheim eingestuft ist, wenn ich das richtig sehe - -

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Ist VS-NfD.

Zeuge Ansgar Meyer: Ja? Okay.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Die Einsatzplanung ist sicher eingestuft, aber der Bericht ist offen.

Zeuge Ansgar Meyer: Okay. - Also, was das betraf, da ging es im Wesentlichen um den Abzug der letzten Kräfte tatsächlich, also die letzten 24 Stunden. Wir waren ja unter Waffen. Wir hatten unsere Munition dabei. Da ging es auch darum, eben mit Blick auf den Selbstschutz, zum Beispiel Sprengmittel zur Verfügung zu haben, Handgranaten usw., um eine entsprechende

Abstandswaffe zu haben. Und zumindest bis vor dem Abflug - das hat sich dann geklärt, das Ganze, Gott sei Dank - war es tatsächlich so, dass wir quasi bei laufenden Motoren auf dem Airfield noch uns von Waffen und Munition hätten trennen müssen. Das wollten wir natürlich nicht in dieser letzten Phase. Das ist der Hintergrund des Ganzen. Das hat sich aber dann in den letzten wenigen Tagen entsprechend geklärt.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Okay. Also, daraus schließe ich, dass sozusagen die Anregung ist, dass diese Verfahrensweise, so wie sie dann am Ende geändert worden ist, auch praktikabel ist für die Zukunft bei solchen vergleichbaren Deployment-Missionen, ja.

Zeuge Ansgar Meyer: Ja. Man muss sich halt von vornherein Gedanken darüber machen, unter welchen Rahmenbedingungen das stattfindet, unter welcher Bedrohung das stattfindet und was dafür dann notwendig ist. Und da müssen halt unsere Vorgaben entsprechend angepasst werden.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Dann will ich noch zwei weitere Stellen aus dem Bericht zitieren und um Erläuterung bitten.

Das eine ist: Sie schreiben, dass es schneller nationaler Entscheidungsprozesse bedürfe, um internationale Synchronisation sicherzustellen. Sie hatten eben gesagt, die Gespräche vor Ort über die Abzugsplanung seien sehr konsensual gewesen. Meine Frage vielleicht ganz kurz: Was verbirgt sich dahinter, und was könnte man da verbessern?

Und der zweite Teil, der mich noch interessiert, ist: Sie kritisieren, dass es eine gewisse Tendenz zahlreicher deutscher Stellen in Deutschland gäbe, während des bereits laufenden Redeployment-Verfahrens zu ändern und/oder vorgelegte Materialbewegungen noch zu beeinflussen. Vielleicht mögen Sie auch dazu kurz den Hintergrund schildern.

Zeuge Ansgar Meyer: Ja. Ich fange mal mit dem Zweiten an. Das mag so ein bisschen die Frustration des Kontingentführers bei einigen Vorgaben



Nur zur dienstlichen Verwendung

widerspiegeln. Ich mache das nur fest an einem Beispiel. Ich wurde kurzfristig aufgefordert, eine Liegenschaftszählung durchzuführen im Einsatz, das heißt Tische, Stühle, Bänke, Betten, vor Übergabe an die afghanischen Partner. Eine solche Liegenschaftszählung hatte es in den zehn Jahren davor nicht gegeben. Das heißt, da wäre ich noch mal von vorne angefangen. Und im Grunde war das ein Vorgang, der gebraucht wurde für die buchungstechnische Verarbeitung dieses Materials, das ja in Afghanistan blieb, um zu sagen: Ja wohl, das - - Und da gab es eben mehrere Beispiele. Das ist jetzt eins von diesen Beispielen, wo uns so ein bisschen der deutsche Friedensbetrieb eingeholt hat.

Was war denn der erste Teil der Frage, wenn ich noch mal fragen darf?

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Der erste Teil - -

Zeuge Ansgar Meyer: Ich war jetzt so gefangen in der Frustration.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Der erste Teil bezog sich auf die Frage der Geschwindigkeit nationaler Entscheidungsprozesse zur Synchronisation mit internationalen Partnern.

Zeuge Ansgar Meyer: Ja, sorry. - Tatsächlich ist es so, dass wir in der internationalen Abstimmung vor Ort relativ schnell einen gemeinsamen Plan entwickelt haben, aber dann natürlich alle Nationen noch mal Rücksprache halten mussten mit ihren Nationen zu Hause, also mit ihren Mutterhäusern zu Hause, und das hat zum Teil die Verfahren verlängert. Und gerade in einer Abzugsphase, wenn man eng getaktet vorgeht, wenn es eine Friktion gibt, dann muss man innerhalb von Stunden möglicherweise eine Entscheidung treffen können. Darauf bezog sich das.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Habe ich noch eine letzte Frage? Dann wäre ich mit dem Bericht auch durch.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Dann machen wir das wie bei der SPD auch.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Okay. - Ich habe zu diesem ganzen Komplex nur noch eine abschließende Frage zu diesem Erfahrungsbericht. Da kritisieren Sie als Letztes dann auch noch auf Seite 23, dass „die Bundeswehr in eigenen Vorschriften und Verfahren strengere Richt- und Zeitlinien eingeführt“ habe, „als von ziviler Seite“ vorgesehen - also, in dieser Situation kritisieren Sie das -, etwa bei „Anmeldefristen für Flüge“. Also, haben Sie tatsächlich auch sozusagen hier bürokratische Hürden trotz der besonderen Situation des Deployments wahrgenommen?

Zeuge Ansgar Meyer: Ich kann mich jetzt an den genauen Zusammenhang dieser Aussage nicht mehr erinnern; aber es ist tatsächlich so, dass wir mit sehr langen logistischen Vorläufen gearbeitet haben. Ich hatte ja gesagt, es gab eine Planung, die immer weiter verschoben wurde auch zum Teil. Und der Neuanfang dieser Planung - das haben wir auch unseren Koalitionspartnern immer deutlich gemacht - braucht drei bis vier Wochen, um die entsprechenden Anmeldungen zu machen usw. usf. Und zum Teil kam es vor, dass dann eigene Vorschriften das Ganze noch mal verlangsamt haben.

Ich kann Ihnen jetzt kein konkretes Beispiel nennen. Diesen Erfahrungsbericht - das bezieht sich ja ganz wesentlich auf den logistischen Anteil des Abzugs - habe ich natürlich mit meinem Director Redeployment gemeinsam verfasst, der sicherlich in der Lage wäre, Ihnen illustrativ Beispiele zu nennen.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Vielen Dank.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Danke schön. - Dann geht das Fragerecht zu dem Kollegen Wagener, Bündnis 90/Die Grünen.

Robin Wagener (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank. - Ich gehe zurück zur Thematik der Charterflüge, bei der wir vorhin unterbrochen wurden durch Zeitablauf. Aber glücklicherweise gibt es ja immer mehrere Runden hier.

Parallel zu Ihrer Stellungnahme, die Sie verfasst haben, wurde auch seitens der Botschaft in Kabul am 20.06.21 eine DKOR verfasst zur Thematik.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Der damalige Botschafter Zeidler hat in drastischen Worten folgende Empfehlungen formuliert - ich zitiere aus MAT A BMVg-5.06, Blatt 189 bis 192 -:

„Perzeptionen sind wirkmächtiger als Realitäten!“, ein Phänomen, das auch aus innenpolitischen Prozessen in DEU bekannt ist. Die Botschaft rät dementsprechend von Plänen, Ortskräfte der Bundeswehr in Masar-e Scharif mit Charterflügen nach Deutschland auszufliegen, dringend ab.

Solche Flüge würden wahrgenommen als weiterer klarer Punktsieg für die Taliban. Sie hätten nach hiesigem Erachten schwerwiegende Auswirkungen auf die weitere DEU Zusammenarbeit mit AFG und würden das Vertrauen der AFG Bevölkerung auf eine friedliche Konfliktlösung ohne gewaltsame Machtübernahme durch die Taliban weiter untergraben.

„... stattdessen“, so die Handlungsempfehlung in dem Brief, solle „auf die weiterhin mögliche Ausreise mit kommerziellen Fluglinien“, so steht es da drin, gesetzt werden. War Ihnen diese DKOR bekannt?

Zeuge Ansgar Meyer: Also direkt jetzt im Wortlaut nicht. Ich wusste - das habe ich durch unseren eigenen Strang aus dem Einsatzführungskommando erfahren -, dass auch das Auswärtige Amt eine kritische Stellung zu diesen Charterflügen eingenommen hätte.

Robin Wagener (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber Sie hatten vor Ort keinen Austausch mit der Botschaft darüber?

Zeuge Ansgar Meyer: Nein. Wir hatten zu dem Zeitpunkt - - Wenn ich das richtig in Erinnerung habe, war das Generalkonsulat schon abgezogen worden, und ich hatte persönlich keinen direkten Austausch mit dem Botschafter.

Robin Wagener (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. Vielen Dank. - Wissen Sie, ob dann nach

Abzug der Bundeswehr irgendwann kommerzielle Fluglinien weiter eingesetzt wurden für den Abzug von Ortskräften?

Zeuge Ansgar Meyer: Also, ich kann nur sagen, dass kommerzielle Flüge weiter auch aus Masar-i-Scharif herausgegangen sind. Das war auch der Fall, solange wir noch da waren. Also, es sind jetzt nicht nur Ortskräfte, auch andere, afghanische Familien beispielsweise, in Richtung Kabul geflogen, um sich möglicherweise in Sicherheit zu bringen, weil sich der Ring auch um Masar-i-Scharif langsam schloss.

Robin Wagener (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. Danke schön. - Dann würde ich jetzt aus dem Auswärtigen Amt wieder ins BMVg zurückgehen zu dem gleichen Vorgang. Ihre Bewertung ist ja da auch maßgeblich in den Meinungsbildungsprozess mit eingeflossen.

Aus einer Gesprächsvorbereitung von Generalleutnant Schütt, dem Abteilungsleiter SE damals, für ein sogenanntes Tischgespräch mit der Ministerin geht zum Beispiel hervor, dass auch der Befehlshaber des Einsatzführungskommandos, Generalleutnant Pfeffer, aufgrund Ihrer Meldung beantragt hatte, von einer Durchführung der Charterflüge abzusehen, und auch Generalleutnant Schütt selbst empfahl, die Ministerin dahin gehend zu beraten, auf diese Flüge zu verzichten.

Haben Sie sich im Vorfeld mit Generalleutnant Pfeffer oder Generalleutnant Schütt ausgetauscht?

Zeuge Ansgar Meyer: Ja, ich habe mich auf jeden Fall mit dem General Pfeffer ausgetauscht. Wir haben regelmäßig wenigstens einmal in der Woche und anlassbezogen telefoniert, auch dazu. Ich hatte auch Gelegenheit, mehrfach mit General Schütt zu sprechen, kann jetzt aber nicht sagen, ob das in diesem Fall auch so gewesen ist. Ich meine, ich hätte mit dem General Pfeffer gesprochen.

Robin Wagener (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wissen Sie von irgendwelchen Stimmen aus dem Bundesverteidigungsministerium, die dem



Nur zur dienstlichen Verwendung

Wunsch der damaligen Verteidigungsministerin positiv gegenüberstanden?

Zeuge Ansgar Meyer: Das kann ich Ihnen jetzt so nicht sagen, weil ich in Afghanistan war. Also, das hat sich zumindest bis zum Kontingent nicht rumgesprochen.

Robin Wagener (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau. Das ist auch klar, dass Sie nicht beantworten können, ob es sie gab. Ich habe ja nur gefragt, ob Sie von welchen wissen. Und das klingt mir so, als ob Sie es nicht wissen; genau. - Wann haben Sie erfahren, dass die Flüge tatsächlich storniert wurden?

Zeuge Ansgar Meyer: Ich meine, das wäre fast unmittelbar nach meinem - - also nicht nach meinem Brief, sondern ein, zwei Tage später muss das gewesen sein. Ich bin mir nicht ganz sicher. Ich meine, ja.

Robin Wagener (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank. - Ich würde zeitlich jetzt ein bisschen zurückspringen zum 26. Februar 21. Da fand ein Überraschungsbesuch der Verteidigungsministerin in Afghanistan statt. Können Sie sich erinnern, ob es bei diesem Besuch einen direkten Austausch zwischen der Ministerin und afghanischen Ortskräften gegeben hat? Und wenn nicht, warum nicht?

Zeuge Ansgar Meyer: Es hat, wenn ich das noch richtig in Erinnerung habe, kein Gespräch stattgefunden mit Ortskräften. Das Programm war so gestaltet, dass wir nach einem Gedenkgottesdienst Gesprächsrunden hatten. Es gab natürlich eine Einweisung vorab in die Sicherheitslage und die Lage des Kontingents. Dann hatten wir Gesprächsrunden. Die Ministerin hat unter anderem dann auch noch Einzelgespräche geführt mit dem - - ich meine, zu dem Zeitpunkt wäre der Generalkonsul auch vor Ort gewesen, nicht sein Stellvertreter, und mit dem damaligen Chief of Staff Resolute Support, der durch einen deutschen Dreisterner gestellt wurde. Und wir hatten halt Gesprächsrunden mit Vertrauenspersonen usw. usf.

Im Wesentlichen kam es der Ministerin - so hat sie es damals deutlich gemacht - darauf an, noch mal im Kontingent ein klares Gefühl über die Lage insgesamt und die Lage im Kontingent zu bekommen, bevor es in die Diskussion einer Mandatsverlängerung geht.

Robin Wagener (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das heißt, es gab auch vonseiten der Ministerin keinen Wunsch, mit Ortskräften vor Ort zu sprechen?

Zeuge Ansgar Meyer: Also, zumindest ist das nicht in unsere Richtung kommuniziert worden. Das Programm ist ja vorher abgestimmt worden, relativ kurzfristig sicherlich; aber das war schon zumindest einige Stunden vorher vorbereitet.

Robin Wagener (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. - Ich würde einmal zitieren aus Programmänderungsvorschlägen, die Sie an Generalleutnant Schütt geschickt haben. Das ist MAT A BMVg-5.186, Blatt 168. Das ist vom 15.02.21. Da haben Sie geschrieben:

Der Wunsch nach einer Gesprächsrunde mit Ortskräften ist grundsätzlich nachvollziehbar. Ich empfehle, dennoch Abstand zu nehmen. Wir haben in den vergangenen Wochen die endgültigen Kündigungen für das Personal ausgesprochen, das wir durch ... COVID-19 Auflagen bereits im vergangenen Jahr freigesetzt hatten. Durch hohe Abfindungen und eine frühe und umfangreiche Kommunikation verlief der Prozess reibungslos. Eine Runde mit einer so hochrangigen Vertreterin der Bundesrepublik Deutschland könnte überhöhte Erwartungen an das künftige Ortskräfteverfahren wecken. Zudem findet der Besuch an einem Freitag, dem afghanischen Sonntag, statt.

Das heißt, irgendwer hatte ja offenbar den Wunsch, diesen Austausch mit Ortskräften zu machen.

Zeuge Ansgar Meyer: Ja.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Robin Wagener (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Können Sie sich noch erinnern, von wem der Wunsch dann kam, wenn nicht von der Ministerin?

Zeuge Ansgar Meyer: Daran kann ich mich nicht - - Die Stellungnahme hatte ich auch nicht mehr in Erinnerung; das muss ich zugeben. Das kann ich nicht genau sagen. Ich denke mal, das wird wie üblich über das Einsatzführungskommando kommuniziert worden sein.

Robin Wagener (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, okay. Danke. - Ich gehe mal zurück zu dem Thema, was wir in der letzten Runde hier im Ausschuss hatten, nämlich als wir Herrn Grotian hier als Zeugen hatten, den Vorsitzenden des Patenschaftsnetzwerks, der ausgesagt hat, dass es seines Erachtens nach durchaus möglich gewesen wäre, den afghanischen Ortskräften der Bundeswehr anzubieten, im Rahmen des Abzugs mit nach Deutschland zu fliegen. Teilen Sie die Sichtweise, dass das möglich gewesen wäre, afghanische Ortskräfte mit der Bundeswehr zusammen auszufliegen? Wäre das bei frühzeitiger und rechtzeitiger Planung so möglich gewesen, den Willen vorausgesetzt, das zu tun?

Zeuge Ansgar Meyer: Also, ich muss - - In die damalige Planung ohne zusätzliche Mittel, Möglichkeiten wäre es sicherlich kurzfristig schwierig gewesen, das zu integrieren. Bei langfristiger Planung, zum Beispiel einem Einsatz von kommerziellen Maschinen parallel zum Abzug, würde ich jetzt nicht sagen, dass das unmöglich gewesen wäre.

Robin Wagener (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wissen Sie, neben den reinen Bundeswehro Ortskräften, wie der Militärische Abschirmdienst mit seinen Ortskräften auch im Rahmen der Evakuierung umgegangen ist?

Zeuge Ansgar Meyer: Also, ich gehe davon aus, als Teil der Bundeswehr, dass die Ortskräfte ähnlich behandelt wurden wie beispielsweise Sprachmittler auch. Im Detail ist mir das allerdings nicht bekannt.

Robin Wagener (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und haben Sie dann, als Sie wieder zurück in Deutschland waren, mitbekommen, ob es seitens der Bundeswehr ein weiteres Kümmern um die Ortskräfte gegeben hat, die vor Ort gewesen sind, bzw. Bundeswehr oder Bundesverteidigungsministerium, sage ich jetzt mal, beides zusammen, als Sie dann im Juni wieder zurück waren und in den weiteren Monaten sich die Lage noch weiter problematisiert hat?

Zeuge Ansgar Meyer: Nein, tatsächlich bin ich nach dem 30.06. unmittelbar in Urlaub gegangen nach elf Monaten Afghanistan und habe - - Das nächste Mal war ich wieder befasst, mehr oder weniger konfrontiert durch die Berichterstattung der Evakuierungsoperation und natürlich dann später durch die Veranstaltung hier in Berlin, die einläuten sollte, das Ganze entsprechend aufzubereiten, sodass ich jetzt nicht sagen kann, dass in den Monaten dazwischen - - Jetzt unmittelbar kann ich nicht sagen, was da für Ortskräfte möglicherweise noch gemacht worden ist.

Robin Wagener (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke schön. - Ich weiß gar nicht, wie es mit meiner Zeit aussieht.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Geht noch.

Robin Wagener (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Geht noch weiter? Wunderbar. - Können Sie schildern als jemand, der auch - - Also, Sie waren ja selber eine ganze Zeit in Afghanistan, da und davor auch schon mal; aber auch in dieser Zeit waren Sie ja tatsächlich länger vor Ort und haben sicherlich einen der umfassendsten Überblicke gehabt über den Einsatz von Ortskräften im Bereich der Bundeswehr. Können Sie schildern, in welchen Bereichen Ortskräfte insgesamt so eingesetzt wurden - wir haben es vorhin einmal ganz kurz angerissen, aber vielleicht noch mal ein bisschen detaillierter - und ob Sie der Einschätzung zustimmen würden, die wir hier schon verschiedentlich gehört hatten, dass der Einsatz vor Ort ohne Ortskräfte so nicht möglich gewesen wäre?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Ansgar Meyer: Tatsächlich ist es so gewesen, dass wir durch die Coronaschutzmaßnahmen einen relativ eingeschränkten Einsatz von Ortskräften hatten, als ich nach Afghanistan kam, und das hat sich im Grunde auch fortgesetzt. Das hat sich auch widergespiegelt in dem, was Sie gerade zitiert haben, dass afghanische Ortskräfte zunächst mal unter Bezahlung freigesetzt worden sind, und dann ist der Arbeitsvertrag irgendwann gekündigt worden mit entsprechenden Abfindungen.

Im Wesentlichen - das hatte ich gerade schon erwähnt - war es die Wachmannschaft, die wir am Pre-Check hatten, die nach wie vor eingesetzt war. Wir hatten einen Pool an Sprachmittlern. Im Bereich der Kontraktoren, die im Lager eingesetzt waren, gab es auch Arbeitsbeziehungen; das waren jetzt nicht unmittelbar Arbeitsbeziehungen mit dem Kontingent. Und es gab den einen oder anderen Spezialisten, würde ich jetzt mal sagen, also zum Beispiel bei Betrieb unseres Kraftwerks vor Ort. Das haben afghanische Ortskräfte damals wahrgenommen, ein relativ geringer Anteil allerdings; das muss man sagen. Also, der gesamte Bereich Service beispielsweise, Reinigungskräfte, alles, was da noch zusätzlich ursprünglich mal im Kontingent eingesetzt war, das fand da nicht mehr statt in der Phase, in der ich vor Ort war.

Robin Wagener (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Kann man denn die Tätig-

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Alle kriegen eine Frage extra, Sie auch.

Robin Wagener (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bitte?

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Alle kriegen eine Frage extra, Sie auch.

Robin Wagener (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ah, das ist natürlich wunderbar. - Können Sie unterscheiden bei den Tätigkeiten der Ortskräfte zwischen direkt angestellten und solchen, die über Werkverträge oder andere Vertragsbeziehungen für die Bundeswehr tätig geworden sind?

Oder war das sozusagen eher zufällig, wer welche Aufgaben gemacht hat, und man konnte es anhand der Aufgaben nicht direkt unterscheiden?

Zeuge Ansgar Meyer: Ich glaube, das war klar geregelt; aber ich war nicht persönlich damit befasst. Das hat die Einsatzwehrverwaltung im Wesentlichen gemacht. Die waren auch für die Vertragsgestaltung zuständig. Und ich glaube, wenn ich jetzt beispielsweise schaue auf den Bereich der Guards oder der Sprachmittler, die waren meines Wissens unmittelbar angestellt bei uns.

Robin Wagener (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank für diese Runde.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Dann wechselt das Fragerecht zur AfD.

Hannes Gnauck (AfD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Herr General, ich möchte zu sprechen kommen auf eine Aussage von vorhin, auf die afghanischen Streitkräfte. Sie haben gesagt, dass Sie alleine in Ihrer Dienstzeit, ich glaube, fünf oder sechs Kommandeure der Korps erlebt haben. Warum wurden die so oft gewechselt?

Zeuge Ansgar Meyer: Also, der erste Wechsel, der stattgefunden hat, war tatsächlich beim 209. Korps nach etwa einem halben Jahr. Der amtierende Kommandeur dieses Korps sollte förderlich eingesetzt werden als Kommandeur der Spezialkräfte der afghanischen Streitkräfte und wurde dann ersetzt durch den G3 des Generalstabes. Das hatte ich schon geschildert. Das war der 35-Jährige mit der amerikanischen Generalstabsausbildung, der da übernommen hat und der dann eben durch Herzinfarkt in den letzten zwei Wochen ausgefallen ist und noch mal kurzfristig ersetzt wurde durch einen dritten. Das waren also drei der Kommandeure, die ich bei 209 kennengelernt habe.

Beim 217. war das so, dass der Kommandeur, den ich am Anfang kennengelernt habe, relativ lange eingesetzt war, obwohl es immer wieder auch Bestrebungen gab, gerade aus dem Bereich des Gouverneurs der Provinz Kunduz, ihn ablösen zu lassen, vordergründig mit dem Hinweis, er würde nicht kooperieren. Letztlich ist er dann,



Nur zur dienstlichen Verwendung

ich meine, im Mai abgelöst worden und ersetzt worden durch den stellvertretenden Kommandeur des 209. Korps, der dann diese Aufgabe übernommen hat. Und so komme ich dann auf fünf.

Hannes Gnauck (AfD): Das wäre nämlich auch meine nächste Frage gewesen. Der Kommandeur des 209. Korps wurde ja relativ spät, in einer Spätphase des Abzuges ausgewechselt, im Juni, glaube ich, oder Mai, haben Sie jetzt davon gesprochen. Sie schrieben dann am 21. Juni eine E-Mail an General Pfeffer. Ich zitiere mal aus der Fundstelle MAT A BMVg-5.48, Blatt 182:

Soeben hatte ich ein erstes Gespräch mit dem neuen Kommandeur des 209. Korps. Er berichtet von Auflösungserscheinungen bei den Sicherheitskräften und schien hilflos einer zerfahrenen Lage gegenüberzustehen. Offensichtlich besuchten zum Beispiel Soldaten ihre Bank und erzählten den Angestellten, dies sei die letzte Auszahlung eines Gehalts, weil die Taliban die Macht übernehmen würden.

Können Sie sich an diese Mail noch erinnern und an das Gespräch mit dem damaligen Kommandeur?

Zeuge Ansgar Meyer: Ja, ich kann mich an das Gespräch noch erinnern. Das war tatsächlich ein mehr oder weniger Vorstellungsgespräch, fand im Camp Marmal statt, weil wir keine Möglichkeiten mehr hatten, nach draußen zu gehen. Er bat also um Unterstützung und machte insgesamt einen relativ hilflosen Eindruck, was die Lage im Norden Afghanistans oder im Nordwesten - das war ja sein Zuständigkeitsbereich - betraf.

Hannes Gnauck (AfD): Das lässt ja dann sicherlich auch Rückschlüsse auf die Kampfkraft der ANA in den Monaten Mai und Juni ziehen, die ja im Prinzip nicht mit, ich sage mal, der Aussage zusammentreffen bzw. übereinstimmen, dass die afghanischen Streitkräfte gut ausgebildet wurden bzw. schlagkräftig waren. Ist das richtig?

Zeuge Ansgar Meyer: Man muss die Gesamtsituation sehen. Also, grundsätzlich waren die Soldaten gut ausgebildet. Das ist natürlich durch die hohen Verluste gerade im letzten Jahr nicht immer mit gleichwertig gut ausgebildetem Personal kompensiert worden. Das ist das eine. - Es konnte auch in der Nachwuchsgewinnung nicht komplett aufgefangen werden. Es waren halt, wir würden sagen, Vakanzen, es waren Lücken da, was das Ganze betraf. Und nicht unwesentlich - es ist ja heute schon die Frage nach dem Kampfwert gestellt worden - hatte das natürlich - - also gerade der Verlust dieses charismatischen Führers, des Korpskommandeurs, auch Einfluss auf die Soldaten.

Ich kann das mal schildern, wie man sich das ungefähr vorstellen muss, wie das Ganze abgelaufen ist. Also, die Taliban haben, und das über den gesamten Zeitraum, den ich in Afghanistan war, eine sehr erfolgreiche Propagandaarbeit geleistet - das muss man ganz einfach sagen -, zum Teil mit sehr drastischen Terrormethoden auch. Und jetzt gerade in der letzten Phase nur zwei Beispiele, wie sich das abspielte:

Das eine, ohne dass Gewalt angewendet werden musste, das war - ich meine, auch in den letzten beiden Wochen, wenn ich mich recht entsinne - in Masar-i-Scharif. Da ist ein Auto vorgefahren am Tor nach Masar-i-Scharif - das ist ein altes, historisches Tor, sehr markant -, dann ist ein Talibankämpfer rausgesprungen mit einer Kalaschnikow, hat sich vor dieses Tor gestellt, hat sich dann in Pose fotografieren lassen, ist wieder ins Auto gesprungen, und die sind geflohen. Und das ist sofort gepostet worden. Im Ergebnis ging sofort das Gerücht: Die Taliban haben Masar-i-Scharif genommen. - Ein Kämpfer mit Waffe, ohne einen Schuss abzugeben.

Zweites Beispiel - das ist uns berichtet worden aus dem Bereich des Korps -: Nachdem wir die Beratung eingestellt hatten, war trotzdem noch die Verbindung da. Das heißt, wir hatten Verbindungsoffiziere bei uns, die telefonisch immer wieder ein Lage-Update auch aus den Korps bekommen haben. Und da wurde unter anderem die Situation geschildert, dass Talibankämpfer zu Dorfältesten gegangen sind und gesagt haben: So,



Nur zur dienstlichen Verwendung

ihr habt jetzt zwei Möglichkeiten. Möglichkeit eins ist: Ihr geht jetzt dahinten zu diesem Checkpoint und überzeugt die Soldaten davon, dass sie ihre Waffen niederlegen und nach Hause gehen; dann passiert keinem was. Oder wir werden diese Soldaten töten und euch auch.

Das führte dazu, dass tatsächlich dann die Dorfältesten versucht haben, diese Soldaten davon zu überzeugen, dass es sinnlos ist, sich zu opfern. Und das führte unter anderem dazu - natürlich neben Kampfhandlungen; das steht außer Frage -, dass in einigen Bereichen ganz einfach diese Checkpoints oder diese Stellungen kampfflos übergeben wurden.

Hannes Gnauck (AfD): Diese, ich sage mal, Propagandaaktionen bzw. Anwerberversuche, wie erfolgreich waren die denn bei den afghanischen Streitkräften? Also, sind Ihnen Fälle bekannt von Überläufern bzw. Deserteuren?

Zeuge Ansgar Meyer: Also, ich glaube, weniger Überläufer, sondern vielmehr - ja, man kann das mit „Desertion“ bezeichnen. Die haben ihre Waffen niedergelegt und sind dann nach Hause gegangen. Das ist passiert.

Ich kann natürlich jetzt nicht sagen, in welchem Ausmaße insgesamt das passiert ist, weil dazu in den letzten Wochen einfach unser Lagebild nicht dicht genug war. Aber das sind zumindest Ereignisse, die uns geschildert wurden.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Sie kriegen auch noch eine Frage.

Hannes Gnauck (AfD): Vielen Dank für die Zusatzfrage. - Nur ein ganz anderer Bereich: Und zwar gab es einen, ich sage mal, Aufstand bzw. eine Möglichkeit der Petition, Küchenkräfte in Masar-i-Scharif, ja? Das Küchenpersonal hat eine Petition gestartet, und Sie sprachen davon, dass das ein erhebliches Sicherheitsrisiko wäre im deutschen Feldlager; Fundstelle MAT A AA-8.566, Blatt 295. - Können Sie da vielleicht noch mal beschreiben, was damals die Situation war? Das war im Mai 2021. Es gab eine Petition, dass diese, ja, Küchenkräfte nach Deutschland überführt werden sollten. Können Sie sich daran

erinnern? Und warum hat das ein erhebliches Sicherheitsrisiko für die verbliebenen deutschen Streitkräfte dargestellt?

Zeuge Ansgar Meyer: Also, das müsste ich noch mal lesen. Daran kann ich mich überhaupt nicht erinnern, muss ich zugeben.

Hannes Gnauck (AfD): Das machen wir dann sicherlich in der nächsten Runde, oder?

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: So machen wir das. - Das Fragerecht wechselt zur FDP. Frau Kollegin Dr. Jurisch.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Vielen herzlichen Dank. - Herr General Meyer, auch von meiner Seite vielen herzlichen Dank, dass Sie da sind und für Ihren Dienst.

Ich würde gerne auch noch mal zurückgehen an das Thema Charterflüge, wo mein Kollege Müller und auch der Herr Wagener vorher schon gefragt haben. Da möchte ich auch gern noch mal zurückgehen zu dem Schreiben vom 20. Juni 2021. Das ist MAT A BMI-3.321, Blatt 2430 bis 2433. In diesem Schreiben haben Sie ja dargelegt, warum das nicht so gut sei, diese Charterflüge durchzuführen, und haben ja eben auch von dieser Torschlusspanik gesprochen, dass das also zu einer Paniksituation führen könnte. Und als einen der Gründe, die Sie genannt haben, warum das nicht so praktikabel sei im Einzelnen, schreiben Sie, dass die Ortskräfte ja auch noch Zeit dafür bräuchten, um sich auf diese Ausreise vorzubereiten. Also, es ging hier gar nicht alles so schnell, weil die auch noch ihre Häuser verkaufen müssten und ausführlich von ihren Großfamilien Abschied nehmen müssten, bevor sie ausreisen.

Für mich ist das irgendwie wie zwei gegenläufige Narrative: einerseits diese Torschlusspanik und andererseits aber auch, dass es so furchtbar lange dauern würde, bis sie ausreisefähig seien. Können Sie vielleicht diesen Kontrast noch mal erläutern, wie Sie das gemeint haben?

Zeuge Ansgar Meyer: Das hatte ich ja gerade schon mit Blick auf Hausverkauf usw. ausgeführt.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Da ging es - - Das sind Erfahrungen, die wir aus dem Bereich der Registrierung - - Das ist uns also von den Ausreisewilligen so geschildert worden, dass sie ihre Angelegenheiten noch mal regeln wollen. Die Sorge, die wir hatten, dass es möglicherweise zu einer Panik kommen kann, war jetzt unbenommen davon. Also, das eine war, sie regeln ihre eigenen Angelegenheiten auch nach eigener Anlage, also ein Argument.

Ein zusätzliches Argument in eine völlig andere Richtung war die Planung, nur für 300 ausreisewillige Ortskräfte diese Charterflüge zur Verfügung zu stellen. Ich hatte das gerade auch schon mal in anderem Zusammenhang geschildert. Es waren eben knapp 2 500 Registrierte einschließlich der Familienmitglieder. Da war unsere Sorge, dass eben - das spricht sich sehr schnell rum, also so was kann man nicht geheim halten - nicht nur die 300 am Flughafen stehen, sondern dann auf einmal ein Großteil oder alle rausdrängen und auf diese Flieger draufwollen.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Gut. Ich lasse das mal so stehen. Für mich ist das einfach so ein bisschen ein Disconnect zwischen einerseits „Es dauert zu lang“, und andererseits drängen die alle zum Flughafen. Aber gut.

In Ihrem Schreiben an den Befehlshaber gehen Sie ebenfalls darauf ein, dass eine weitere Gefahrenquelle sei, dass circa 120 Ortskräfte, die in diesem Pre-Check-Auftrag gebunden und in dieser Funktion bewaffnet seien, auf dem Flug vom 25. Juni nicht würden mitfliegen können, da diese noch bis zum 26. im Dienst seien, also spricht: Die müssen eigentlich noch arbeiten, deswegen kann man die nicht mitfliegen lassen. Warum wurde hier nicht erwogen, diese Kräfte, die ja mehr oder weniger alle eine Aufnahmezusage gehabt haben, beim eigenen Ausflug einzuplanen, um einem solchen Risiko entgegenzuwirken? Also, wie hätte man die dann trotzdem irgendwie mitnehmen können, diese Leute? Die waren ja auch gefährdet.

Zeuge Ansgar Meyer: Bei diesen Charterflügen ging es ja nur um 300, es ging hier nicht um alle Ortskräfte. Wenn Sie das Papier lesen, dann sehen Sie ja auch, dass ich darauf hingewiesen

habe, dass ich es für ungünstig halte, diese Charterflüge für nur 300 anzubieten, wenn man keine Folgeoption aufzeigen kann, also: Wie geht denn der Rest eigentlich raus, was das Ganze betrifft?

Und bei den Guards am Pre-Check war das tatsächlich so: Es war die Übergabe dieser Verantwortung an afghanische Sicherheitskräfte geplant am 26. oder 27., also kurz vor unserem Abflug. Bis dahin waren sie noch bewaffnet. Und die Sorge war halt, dass, wenn das Ganze bekannt wird, auch die - möglicherweise sogar unter Androhung von Waffengewalt - einen Ausflug hätten erzwingen können.

Das sind unterschiedliche Szenarien gewesen, die wir da hatten, die jetzt in einem Schreiben zusammengefasst sind, für einen Außenstehenden möglicherweise auch widersprüchlich. Aber wir haben uns schon wirklich Gedanken darüber gemacht: Kann man das umsetzen? Wie kann man es umsetzen? Und welche Gefahren oder Risiken birgt das?

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Sie schreiben ja in dem Schreiben auch, dass es schwierig sei, eine Auswahl zu treffen. Sie sagen ja: Es waren nur 300; Sie können nicht alle mitnehmen. - Das habe ich verstanden, dass es in der Kürze der Zeit schwierig sei, da eine Auswahl zu treffen. Aber wie wir schon aus MAT A BMVg-5.48 VS-NfD, Blatt 73 bis 74 wissen, war die Problematik der Priorisierung ja schon viel früher bekannt, also schon Anfang Juni. Warum konnte man also Ende des Monats noch nicht eine Priorisierung sozusagen umsetzen?

Zeuge Ansgar Meyer: Also, da müsste ich wirklich noch mal nachlesen, was eine mögliche vorherige Priorisierung betrifft. Das kann ich nicht genau sagen. Ich kann nur noch sagen: Das Gesamtgebäude, das waren eben diese, ich glaube, 530 insgesamt, von denen wir 480 erreicht haben und dann letztlich 470 registriert worden sind. Diese Charterflüge, das war eben eine Möglichkeit, die relativ kurzfristig erst gegen Ende angekommen ist. Das hatte ich ja schon im Vorfeld heute Nachmittag im Grunde gesagt. Sicherlich ist das eine Lehre, die man daraus ziehen muss, dass diese Dinge gleich in die Anfangsplanung



Nur zur dienstlichen Verwendung

einer Rückverlegung miteingebracht werden müssen.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Wir haben hier ein Schreiben vom BMI - MAT A BMI-3.321, Blatt 2445 bis 2447 -, da werden aber auch noch mal diese ganzen Gründe zusammengefasst. Da ist auf dem Begleitzettel für die Führung im Haus sehr differenziert dargestellt, welches Kräfte-dispositiv für die von der Ministerin angefragte Abholung von diesen 300 Ortskräften benötigt würde. Diesen Ausführungen vorangestellt ist der Einschub, dass Sie, Herr General, von einer Aufnahme dieser Machbarkeitsauswertung in die Antwort BMVg ausdrücklich abgeraten hätten. - Warum haben Sie diese Information nicht für entscheidungsrelevant gehalten, dass man sie nach oben weitergibt, also dass man - - ja, also diese ganzen Punkte?

Zeuge Ansgar Meyer: Aus den genannten Gründen schon überwogen für mich in Abwägung zum Schutz des eigenen Kontingentes die Risiken, die wir gehabt hätten. Und die Einführung zusätzlicher Kräfte hätte möglicherweise unseren Abzug, der wirklich in der allerletzten Phase - - Es waren die allerletzten Tage. Wir sind abgeschmolzen bis auf ganz wenige, die dort noch unter Waffen standen und für die Sicherheit sorgen mussten. Das hätte möglicherweise unseren Abzug, unsere Rückverlegung erheblich gefährden können.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Aber warum wollten Sie nicht, dass diese Argumente faktisch an die Führungsebene weitergeleitet werden?

Zeuge Ansgar Meyer: Da kann ich mich jetzt nicht mehr genau dran erinnern. Das ist schon ein paar Tage her. Überrascht mich, dass ich beteiligt war, aber - -

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Also, hier steht:

G. Meyer hat von einer Aufnahme dieser Auswertung in die Antwort BMVg ausdrücklich abgeraten.

Zeuge Ansgar Meyer: Ja, also, ich will das nicht ausschließen.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Okay. - Da steht ja auch drin, dass man ungefähr 100 Mann zusätzlich gebraucht hätte, um diese Ausreise zu ermöglichen. Wie hätte man das denn umsetzen können? Also, wo hätte man diese 100 - - Wäre das möglich gewesen, 100 Personen zusätzlich anzubieten, dass die Ausreise von den Ortskräften hätte umgesetzt werden können?

Zeuge Ansgar Meyer: Also, aus dem Kontingent heraus wäre es nicht mehr gegangen, sondern das hätte man nur noch machen können, indem man Kräfte aus Deutschland nach Afghanistan gebracht hätte, um da eine Organisation aufzubauen, das entsprechend sicherzustellen und dann vor unserem Abzug, der ja nun kurze Zeit später anstand, auch noch sicherstellen zu können.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Habe ich noch eine Frage?

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Eine letzte.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Dann möchte ich gerne auf den offenen Brief von Ortskräften an Bundespräsident Steinmeier eingehen - MAT A BMVg-5.186 VS-NfD, Blatt 288 - vom 12. Mai 2021. Das ist ein offener Brief an den Bundespräsidenten. Da werfen afghanische Ortskräfte unter anderem auch Ihnen vor, nicht ausreichend auf deren Belange eingegangen zu sein und die Risiken, denen sie ausgesetzt sind, nicht zu bedenken. Kennen Sie diesen Brief?

Zeuge Ansgar Meyer: Nein, ist mir nicht bekannt.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Okay. - Können Sie sich vorstellen, wie bei den Ortskräften der Eindruck entstanden sein könnte? - Vielleicht muss man den Brief auch noch mal zeigen, wenn Sie möchten.

Zeuge Ansgar Meyer: Ja.



Nur zur dienstlichen Verwendung

(Dem Zeugen werden
Unterlagen vorgelegt - Er
liest in diesen Unterlagen)

Jawohl, vielen Dank. - Also, das Schreiben ist mir so nicht bekannt. Ich hatte ja gerade schon erwähnt, es hatte nach Bekanntwerden, dass auch Ortskräfte, die bei uns angestellt waren, zurückgeführt werden, regelmäßig Demonstrationen - wenn ich mich recht entsinne, war das jeden Freitag der Fall - auch vor dem Tor gegeben. Da haben wir auch entsprechend reagiert. Also, mit den Leuten ist gesprochen worden, das Begehrt ist aufgenommen worden. Wir unterlagen halt dem klaren Reglement - das wird ja aus dem Schreiben auch deutlich -, dass bei der Einreise nach Deutschland nur die Ortskräfte zu berücksichtigen sind, die innerhalb der letzten zwei Jahre im Kontingent oder beim Kontingent unmittelbar angestellt waren. Wie diese Regelung zustande gekommen ist, dazu kann ich nichts sagen. Die ist uns so ins Kontingent gegeben worden, ist auch bei uns sicherlich diskutiert worden: Warum nicht drei Jahre? Warum nicht vier Jahre?

Bei den Kräften, die demonstriert haben vor dem Tor, da gab es einen Sprecher unter anderem; an den Namen kann ich mich leider nicht erinnern. Das haben wir natürlich so ein bisschen auch überprüfen lassen: Wer ist das denn eigentlich? Wo kommen die her? In welchem Verhältnis, Arbeitsverhältnis standen die? Bei einem der Sprecher stellte sich dann heraus, dass er - ich glaube, 2018 oder 19 - auf Anraten des Militärischen Abschirmdienstes entlassen worden ist. Also, da gab es wohl einen triftigen Grund, ihn auch zu entlassen, was nicht heißt, dass er möglicherweise - - trotzdem gefährdet gewesen wäre oder ist oder war durch seine vorherige Tätigkeit im Kontingent.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Danke.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Vielen Dank. - Frau Kollegin Büniger.

Clara Büniger (DIE LINKE): Vielen Dank. - Ich schließe mich mal wieder dem an, was gerade schon gefragt wurde. Ich möchte noch mal nachhaken bei der Frage: Hätte man nicht auch

100 Personen einfliegen können, um die Evakuierung der Ortskräfte realisieren zu können? Sie haben gesagt, dass man 100 Personen zusätzlich gebraucht hätte zum Kontingent. Warum haben Sie das nicht vorgeschlagen, dass man diese 100 Personen zusätzlich holt, um die Ortskräfte rauszuholen?

Zeuge Ansgar Meyer: Das wäre ganz einfach in den letzten Tagen nicht noch umsetzbar gewesen. Wir sprechen hier vom 26.06. Das war drei Tage, bevor wir rausgegangen sind. Da ist ein Großteil des Personals rausgegangen. Wir hatten nur schwache Sicherungskräfte selbst vor Ort, waren quasi in der Übergabe an die afghanischen Sicherheitskräfte und hätten dann noch mal eine vom Ausmaß nicht zu unterschätzende Operation durchführen müssen. Das war einfach zu spät. Deswegen haben wir das nicht in Erwägung - Also ich als verantwortlicher Kontingentführer vor Ort habe davon abgeraten.

Clara Büniger (DIE LINKE): Sind in Ihren Erwägungen auch die Interessen der Ortskräfte - da geht es ja auch um körperliche Integrität - berücksichtigt worden? Und, wenn ja, wie haben Sie darüber nachgedacht?

Zeuge Ansgar Meyer: Natürlich war das - - Noch mal: Wir haben uns diese Entscheidung nicht leicht gemacht. Es war wirklich eine Abwägung: Geht das, oder geht das nicht mehr? Sind die Risiken ganz einfach zu groß für den Rest des Kontingentes in - wie gesagt; ich wiederhole mich - der verwundbarsten Phase dieser Operation? Ich sage nicht, dass man Ortskräfte nicht mit hätte zurückführen sollen, aber es hätte viel früher ansetzen müssen.

Clara Büniger (DIE LINKE): Wann sind denn die ersten - - Also, es waren ja - -

Zeuge Ansgar Meyer: Man darf - vielleicht darf ich das hinzufügen - jetzt nicht vergessen: Das Herausfliegen von diesen 300 Ortskräften ist zumindest nach meiner Wahrnehmung nicht in Erwägung gezogen worden, weil es lichterloh brennt - dann hätte man ja sagen müssen: 2 500 -, sondern um ein Zeichen zu setzen: Wir kümmern uns, dass ihr auch rauskommt. Und was mir



Nur zur dienstlichen Verwendung

fehlte bei dem Ganzen, war unter anderem das klare Signal: Was passiert danach, nach diesen zwei Fliegern? Was machen wir dann?

Clara Bünger (DIE LINKE): Da wäre auch eine Frage von mir gewesen: Warum hat man dann nicht über mehr als einen Flieger nachgedacht? Haben Sie das auch vorgeschlagen?

Zeuge Ansgar Meyer: Wie gesagt, diese ganzen Pläne sind gemacht worden hier in Berlin. Da bin ich nur insofern beteiligt gewesen, als dass man an das Kontingent rangegangen ist und gefragt hat: Ist das aus Sicht des Kontingentes noch durchführbar? Meine Stellungnahme dazu haben Sie gelesen.

Clara Bünger (DIE LINKE): Ja. - Ich hätte noch eine Frage anschließend an das, was Sie gerade erwähnt haben. Es waren ja 539 berechnete Ortskräfte, und 480 haben eine Gefährdungsanzeige gestellt. Wann sind die Gefährdungsanzeigen denn gestellt worden?

Zeuge Ansgar Meyer: Das war relativ am Anfang, als dieses Verfahren eingeleitet wurde. Ich kann mich jetzt nicht auf die genaue Woche festlegen. Bei der Überprüfung stellte sich raus, dass die Einsatzwehrverwaltung relativ gute Listen auf Stand hatte, wo auch Erreichbarkeiten waren. Das heißt, die sind wirklich auch von uns angesprochen worden und haben dann da, wo wir sie erreicht haben, sich auch entsprechend gemeldet. Das war ja nun auch der Großteil.

Clara Bünger (DIE LINKE): Was heißt denn „frühzeitige Gefährdungsanzeige“? Dann muss ja eine Gefährdungslage vorliegen. Wann sind die denn eingegangen?

Zeuge Ansgar Meyer: Na ja, ich glaube, das ist ein feststehender Begriff, wenn es um die Vergabe von Visa geht. Da bin ich jetzt kein Spezialist, was die Begrifflichkeit betrifft. Aber vom Verfahren her war es tatsächlich so, dass die Infragekommenden angesprochen wurden oder es eben über andere erfahren haben, wenn sie dafür infrage kamen, und diese Gefährdungsanzeige gestellt haben als Ausgangspunkt, dann registriert

zu werden, um dann in Besitz eines Visums zu kommen.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Eine Frage noch.

Clara Bünger (DIE LINKE): Ja. - Meine Frage wäre: Ich habe ja gefragt nach dem Zeitpunkt, wann diese Gefährdungsanzeigen gestellt wurden.

Zeuge Ansgar Meyer: Das kann ich Ihnen nicht genau sagen. Das muss ja vor der Registrierung gewesen sein. Die lief an, wenn ich das richtig in Erinnerung habe, im Mai. Also musste das zu diesem Zeitpunkt etwa gestellt werden.

(OTL i. G. Peter Röllig
(BMVg) meldet sich zu
Wort)

Man darf das, glaube ich, nicht an dem Begriff der Gefährdungsanzeige festmachen, sondern das ist aus meiner Sicht ein technischer Begriff, der genutzt wurde, weil ohne diese Gefährdungsanzeige das Beantragen eines Visums nicht möglich ist. Aber ich bin kein Spezialist in diesen Dingen.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Aber ein Spezialist zu diesem Thema hat das Wort gewünscht. - Bitte schön.

OTL i. G. Peter Röllig (BMVg): Vielen Dank. - Nur weil die Frage weiterhin offenbleibt: Wir haben Ihnen ja die gesamte Ortskräftedatenbank vorgelegt inklusive der gesamten eingestuften Daten. Die sind da. Jedes Datum ist da drin, wann eine Ortskraft jeweils den Antrag gestellt hat.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Vielen Dank für den Hinweis. Dann kann das da auch noch mal nachgeguckt werden.

Wir haben ja heute noch zwei weitere Zeugen. Deswegen würde ich Ihnen gerne den Vorschlag zum weiteren Verfahren machen, dass wir noch eine Runde aufrufen mit der Bitte an diejenigen, die mehr Redezeit haben, das nicht komplett auszuschöpfen, und mit der Bereitschaft bei denen,



Nur zur dienstlichen Verwendung

die weniger Redezeit haben, ein bisschen großzügiger zu sein, aber verbunden mit dem Ziel, dass wir mit dieser Runde zurechtkommen, dann eine Pause machen und den nächsten Zeugen hören. Das wäre das Ziel. Wenn wir das gemeinsam angehen könnten. Je kürzer und präziser man fragt, je weniger Fragen man wiederholt, umso näher kämen wir dem. Das ist ein Bemühen, dass wir so verfahren, nachdem wir rumgefragt haben.

Das erste Wort geht an die SPD-Fraktion. Herr Kollege Nürnberger.

Jörg Nürnberger (SPD): Ich werde versuchen, mich wie immer an die Maßgaben des Herrn Vorsitzenden zu halten. - Ich komme zurück auf dieses Bilanzgespräch oder die Auftaktveranstaltung „20 Jahre Afghanistan“; das war MAT A BMVg-5.108 VS-NfD, Blatt 35. Ich darf noch mal erneut Ihre Aussagen zitieren - da ist die Wiederholung dringend notwendig -, Sie seien davon überzeugt gewesen, dass der Aufbau afghanischer Sicherheitskräfte erfolgreich war. Nachsatz: Sie hätten nicht erwartet, dass sie so schnell in sich zusammenfallen. - Ich möchte gern fragen, wie ein politischer Führer in Berlin, der solche in sich zum Teil widersprüchlichen Informationen bekommt - Sie haben an anderer Stelle gesagt, ja wohl, die Aussicht, dass die afghanischen Luftstreitkräfte länger durchhalten, war beschränkt; trotzdem war der Fall von Kabul auch aus Ihrer Sicht nicht vorhersehbar -, auf Grundlage dieser doch sehr unsicheren Entscheidungsgrundlage oder Lageanalyse dann seinerseits die Entscheidungen treffen soll.

Ich darf an der Stelle noch daran erinnern, dass wir in einer der vergangenen Sitzungen auch den Begriff der sogenannten „Kipppunkte“ diskutiert haben, also Ereignisse, die eintreten müssten und die dann dazu führen, dass sich eine Entwicklung in eine völlig andere Richtung bewegt, als es vorher absehbar war. War auch bei der Bundeswehr eine derartige Definition vorhanden? Hat man gesagt, was müsste passieren, damit alle diese Erwartungen, dass vielleicht die afghanischen Armee noch über Monate hinweg in der Lage sein wird, die Sicherheit in Afghanistan gewährleisten zu können, sich ändern? Gab es solche Überlegungen: Was müsste denn passieren,

damit die Taliban vielleicht doch wesentlich schneller, als wir es jetzt erwarten, aus Ihrer Sicht vom Zeitraum Februar bis April oder dann bis Juni 2021 - -

Zeuge Ansgar Meyer: Vielleicht noch mal, um die zunächst zitierte Aussage einzuordnen: Das habe ich natürlich mit dem Wissen nach der Evakuierungsoperation im Fall Kabul gesagt. Und der erste Teil der Aussage, also der gelungene Aufbau der Streitkräfte, bezog sich wirklich auf den Zustand der Streitkräfte, wie ich sie vorgefunden habe, als ich nach Afghanistan kam, und das vergleichen konnte mit dem, was die Streitkräfte ausmachte im Aufbau 2008. Also, ich glaube schon, dass wir funktionsfähige Streitkräfte aufgebaut haben, die in vielen Bereichen - das haben wir heute ja schon rausgearbeitet - abhängig waren von Faktoren, zum Beispiel guter Führung.

Und wenn Sie nach Indikatoren fragen für Kipppunkte, dann glaube ich, war ein Kipppunkt, weil man das relativ gut deutlich machen kann, im letzten Monat in Afghanistan. Wir hatten, glaube ich, Anfang des Monats sechs oder sieben umkämpfte Distrikte im ganzen Norden Afghanistans. Es sind - das habe ich so in Erinnerung - um die 130 Distrikte insgesamt gewesen. Wir hatten dann - das muss so in der zweiten Woche gewesen sein - etwa elf Distrikte, die von den Taliban übernommen worden waren, im Wesentlichen im Westen. Da war die Hauptstadt Maimana von der Provinz Faryab mehr oder weniger abgeschnitten, und es gab Kämpfe um Kunduz. Die Taliban gingen dann nicht entlang des Highway 1, also der Hauptverkehrsader im Norden, sondern auf einer Parallelstrecke im geschilderten Verfahren. Und in der - ich glaube, eine Woche später war es dann - - waren schon 31 Distrikte gefallen. Ich glaube, wenn man von einem Kipppunkt sprechen kann - - Und das fiel zusammen mit dem Ausfall des Kommandeurs. Das war genau im Westen. Das war sein Verantwortungsbereich. Da fiel das zusammen.

Zum zweiten Teil der Frage: Natürlich haben wir uns Gedanken darüber gemacht, wie man die Durchhaltefähigkeit erhöhen kann. Das, was wir mit unseren wenigen Mitteln in der letzten Phase



Nur zur dienstlichen Verwendung

vor Ort noch machen konnten, war im Grunde nur, die afghanische militärische Führung vor Ort zu bestärken, mit Beispiel voranzugehen und gut zu führen. Parallel - das hatte ich auch schon kurz angerissen - gab es Überlegungen und - ich gehe auch davon aus - Maßnahmen, aus Kabul heraus dafür zu sorgen, dass die logistische Durchhaltefähigkeit verbessert wird, erhöht wird.

Jörg Nürnberger (SPD): Sie haben jetzt gerade erwähnt, dass Sie einen dieser Kippunkte erkannt hatten und auch den Eintritt dieses Indikators feststellen konnten. Haben Sie das in Ihre Lagebewertungen einbezogen, und haben Sie das dann auch an Ihre vorgesetzten Dienststellen und die dann in der Folge, soweit Sie davon Kenntnis haben, an die politische Führung weitergeleitet? Das ist ja ein ganz entscheidendes Moment.

Zeuge Ansgar Meyer: Also, ich habe das natürlich mit dem Befehlshaber des Einsatzführungskommandos besprochen, insbesondere die Entwicklung im Norden, wo man tatsächlich - das war in den letzten Tagen - erkennen konnte, wie ein Distrikt in so einem Dominoeffekt nach dem anderen fiel, wobei die Taliban sich sehr strikt an die Doha-Auflagen gehalten haben, keine Provinzhauptstadt anzugreifen, sondern die wurden einfach nur mehr oder weniger abgeriegelt. Es waren insgesamt gesehen, ich glaube, so um die 30 Prozent - - müssen das ungefähr gewesen sein der Distrikte, die die mittlerweile eingenommen haben. Also, wir haben das Ganze schon diskutiert. Nur hatten wir, also aus Sicht des Kontingentes jetzt und des Befehlshabers, auch keine großen Möglichkeiten mehr, in irgendeiner Form da einzuwirken, weil wir wirklich mitten im Abzug waren.

Jörg Nürnberger (SPD): Sie haben mehrfach erwähnt, dass Ihre Kontakte auf die Führungsebene der Korps beschränkt waren. Das heißt, Sie hatten, wie man so schön auf Deutsch sagt, das Ohr nicht so richtig an der Truppe. Das heißt, ist die Annahme richtig, dass die Informationen aus dem normalen Unteroffizierskörper, aus den Mannschaftsdienstgraden der afghanische Armee, wie dort die Stimmung, wie dort die Ein-

stellung war, gar nicht an Sie herandrängen konnten, weil immer der Filter der Korpsführung dazwischen war, wo Ihr Kontaktpunkt war?

Zeuge Ansgar Meyer: Das haben wir nur zum Teil mitbekommen, was tatsächlich unten stattgefunden hat. Das ergab sich natürlich insbesondere, als wir noch Beratungen durchgeführt haben im Ausbildungszentrum, da, wo man auch mit der Mannschaft und mit den jüngeren Offizieren und Unteroffizieren sprechen konnte. Aber das ist natürlich in einer solchen Beratungsmission, wenn man sich ja per Mandat auf eine Ebene beschränken muss, schwierig, wirklich ein gesichertes Lagebild zu haben. Deswegen werden Sie wahrscheinlich auch häufig auf die militärische Forderung stoßen: Wenn wir solche Missionen durchführen, müssen wir die Möglichkeit haben, auch vorne zu sehen: Wie wird das umgesetzt, und wie ist tatsächlich das Lagebild?

Jörg Nürnberger (SPD): Es muss auch nach menschlichem Ermessen Einfluss auf die Kampfkraft und Moral von Truppen haben, wenn sie schwerwiegende Verluste erleiden, die schwierig ersetzbar sind. Sie haben selber erwähnt, dass ein hoher Blutzoll bei den afghanischen Streitkräften zu verzeichnen war. Ließ das auch Rückschluss darauf zu, dass die Kampfkraft sich mit der Zeit wesentlich verringert hat, gerade in diesem entscheidenden Zeitraum im Frühjahr 2021?

Zeuge Ansgar Meyer: Das hatte natürlich nicht unerheblichen Einfluss auf die Kampfkraft für sich genommen, wobei wir festgestellt haben, dass viele Bereiche auch zäh umkämpft waren. Also, es war nicht so, dass man jetzt sagen könnte, das ist alles kampflos aufgegeben worden, sondern es wurde wirklich zäh gekämpft, wurden manchmal auch unter hohen Verlusten Abschnitte wieder genommen. Aber ja, bezogen auf die Kampfkraft - und die hat natürlich auch Einfluss auf Einsatzwert - kann ich nur beipflichten, das hat natürlich abgenommen.

Jörg Nürnberger (SPD): Waren Ihnen oder sind Ihnen Absprachen bekannt zwischen den Taliban und der afghanischen Regierung oder Regierungsteilen oder regionalen Regierungen, die zur



Nur zur dienstlichen Verwendung

Folge gehabt haben, dass die afghanischen Streitkräfte Gebiete kampfflos übergeben haben?

Zeuge Ansgar Meyer: Also, von offizieller Seite nicht. Wenn wir jetzt über Gouverneure beispielsweise sprechen, ich weiß, dass einige Kommandeure - - Gouverneure - das haben sie mir in den Key Leader Engagements auch gesagt - durchaus zu lokalen Taliban Verbindungen haben, um lokal auch zu verhandeln. Das war aber auch schon am Anfang des Kontingents so, da, wo wir wirklich ein Feedback auch bekommen hatten, so wie ich das schon geschildert hatte, dass zum Teil Dorfälteste angesprochen worden sind von Taliban, eben auf die Sicherheitskräfte einzuwirken, aufzugeben und nach Hause zu gehen und kampfflos den Bereich zu übergeben.

Jörg Nürnberger (SPD): Haben Sie auch diese Informationen dann entsprechend weitergeleitet, auch wenn sie nicht aus offiziellen Kanälen stammten?

Zeuge Ansgar Meyer: Also, das ist auch Gegenstand der Telefonate gewesen, die ich regelmäßig geführt habe, unter anderem mit dem Befehlshaber, dass es diese Fälle gegeben hat. Wir können natürlich, weil wir das nur aus zweiter Hand erfahren haben, nicht verifizieren, in wie vielen Fällen das tatsächlich so gewesen ist, ob Einzelfall oder wiederholt so vorgekommen, wobei die Wahrscheinlichkeit schon hoch war, dass die Taliban mit Blick auf Propaganda und ihr Verhalten bis dahin sicherlich in diese Richtung gewirkt haben.

Jörg Nürnberger (SPD): Ihnen ist sicher auch das Buch „Afghanistan Papers“ bekannt, das die Berichte des Generalinspektors für den Wiederaufbau Afghanistans, John Sopko, der uns demnächst auch zur Verfügung stehen wird - - Er führt darin aus, dass die Ausbildung der afghanischen Armee im Laufe der Mission immer kürzer wurde und quasi afghanische Soldaten als Kanonenfutter im Krieg gegen die Taliban benutzt wurden. Das ist die Einschätzung von Herrn Sopko.

Sie berichteten am 10.12.2020 - MAT A
BMVg-5.155, Blatt 40 - in einer Unterrichtung an

die Obleute hier im Verteidigungsausschuss, die afghanischen Streitkräfte ANDSF - ein militärischer Begriff, der sich nicht sofort erschließt, aber jeder, der sich mit der Materie beschäftigt, weiß, was gemeint ist -

zeigen trotz hoher Abnutzung eine sich stetig verbessernde Reaktionsfähigkeit.

Heißt das, sie waren militärisch erfolgreich, oder was muss ich unter einer stetig verbessernden Reaktionsfähigkeit verstehen? Das steht ja im Widerspruch oder zumindest scheinbar im Widerspruch zur Aussage des Herrn Sopko.

Zeuge Ansgar Meyer: Noch mal: Da ging es auch um die Umsetzung der Joint Order 125, die ja unter anderem zum Ziel hatte, Checkpoints aufzugeben und zu einer flexiblen Gefechtsführung überzugehen und das Ganze - wir nennen das „Intel-Driven“ - auf Feindmeldung hin auszurichten. Diese Aussage bezieht sich zum einen auf die Operationsführung selbst. Das kann man festmachen: Wir hatten im September/Oktobre eine Hochphase im Westen und um Kunduz. Da bestand die Gefahr tatsächlich, dass die Taliban trotz ihres Versprechens im Doha-Abkommen diese Provinzhauptstädte angreifen würden. Und die dort eingesetzten Kommandeure haben darauf eben flexibel reagiert. Darauf bezieht sich das, was die Gefechtsführung betrifft.

Jörg Nürnberger (SPD): Weiterhin haben wir uns die Unterrichtungen des Parlaments im Zeitraum zwischen August 2020 bis Ende Juni 2021 angesehen, und wir haben festgestellt, dass die Einsatzfähigkeit und damit auch der Kampfwert der afghanischen Armee niemals Teil der Unterrichtungen des Parlaments waren. Hat man Sie nicht danach gefragt, oder wurde das bei Ihnen im Hause absichtlich nicht in diese Unterrichtungen aufgenommen? Es geht ja auch darum, ob überhaupt die Erreichung des Missionsziels als noch wahrscheinlich eingeschätzt werden konnte.

Zeuge Ansgar Meyer: Also, ich war an der Entstehung dieser Unterrichtungen nicht beteiligt;



Nur zur dienstlichen Verwendung

deswegen kann ich nicht genau sagen, welche Erkenntnisse eingeflossen sind oder nicht eingeflossen sind.

Jörg Nürnberger (SPD): Ist es aus Ihrer eigenen Erfahrung als Soldat notwendig, solche Informationen zu bekommen, um eine vernünftige Lagebewertung und dann in der Folge eigene Entscheidungen zu treffen?

Zeuge Ansgar Meyer: Ich glaube, die Frage beantwortet sich fast von selbst. Natürlich braucht man das, um ein klares Lagebild zu haben. Das hatte ich, glaube ich, an einigen Stellen auch schon erwähnt. Das war ja unser Bestreben, immer ein möglichst gutes und ausgewogenes Lagebild zu haben, das sich auf mehrere Quellen und Eindrücke bezieht.

Jörg Nürnberger (SPD): Gab es aus Ihrer Sicht und aus Sicht Ihrer vorgesetzten Dienststelle eine realistische Einschätzung des Ziels der Erreichung einer Eigenständigkeit der afghanischen Armee? Wie war da die Bewertung bis zum Ende? Das war ja auch eine der Voraussetzungen für die Definition, ob diese Mission am Ende ein Erfolg war oder nicht.

Zeuge Ansgar Meyer: Ich glaube, dass insbesondere im Bereich der Operationsführung - immer vorausgesetzt, dass auch ausreichend Kräfte zur Verfügung stehen, und die Abnutzung war eben sehr hoch im letzten Jahr - eine Unabhängigkeit möglich gewesen wäre. Ich glaube, die wesentlichen Abhängigkeiten waren zu sehen im Bereich Bezahlung, Haushaltsmittel und Logistik tatsächlich.

Jörg Nürnberger (SPD): Das heißt, dass am Ende diese Einschätzung, dass es bis zum Ende hin noch für möglich gehalten wurde, dass die afghanischen Streitkräfte sich über einen gewissen Zeitraum halten könnten, auch als Entscheidungsgrundlage in die politischen Gremien, wie zum Beispiel auch in die Ministerien, das Auswärtige Amt oder ins Bundeskanzleramt, so weitergegeben wurde?

Zeuge Ansgar Meyer: Ich weiß natürlich nicht, was in die einzelnen Gremien hineingegeben

wurde; aber zumindest waren wir davon ausgegangen, als wir Afghanistan verlassen haben, dass die afghanischen Streitkräfte sich weiter wehrhaft den Taliban stellen würden.

Jörg Nürnberger (SPD): Wie erklären Sie sich aus militärfachlicher Sicht, dass es dann trotzdem zu diesem plötzlichen Zusammenbruch gekommen ist?

Zeuge Ansgar Meyer: Ich glaube, das war tatsächlich ein Dominoeffekt. Das war, wie Sie gerade schon gesagt haben, ein Kippunkt, und dann sind die Steine einer nach dem anderen relativ schnell gefallen. Das Ganze ging ja mehr oder weniger los im Nordwesten mit dem Beinahefall der Provinz Faryab, wo eigentlich nur noch die Provinzhauptstadt frei war, und hat sich dann im Grunde fortgesetzt. Ich räume offen ein, dass ich überrascht war, als ich dann im August gesehen habe, dass die Taliban Kabul genommen haben und dass sich dieser Effekt wie so eine Druckwelle quasi fortgetragen hat durch ganz Afghanistan. Ich kann da nur vermuten, dass irgendwann der Rückhalt, das Rückgrat und die Moral der Streitkräfte zusammengebrochen sind.

Jörg Nürnberger (SPD): Ich glaube, an dieser Stelle kann ich die Befragung so weit beenden. Wir haben die Minuten eingespart, die unser Vorsitzender gern gehabt hätte.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Ich bedanke mich herzlich und gebe das Wort weiter an den Kollegen Erndl von der CDU/CSU-Fraktion.

Thomas Erndl (CDU/CSU): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Herr General Meyer, ich habe eine Frage zum deutschen Kontingent. Und zwar haben sich ja in dem Zeitraum, in dem Sie vor Ort Verantwortung trugen, das Abzugsdatum und der ganze Abzugsprozess letztendlich immer verändert. Wie hat sich denn das auf die Befindlichkeiten, auf die Moral des deutschen Kontingents ausgewirkt, auch im Hinblick darauf, dass sozusagen Erreichtes möglicherweise dann auch in Gefahr gerät?

Zeuge Ansgar Meyer: Also, wir haben sehr früh und sehr offen im Kontingent kommuniziert, wo



Nur zur dienstlichen Verwendung

wir gerade stehen. Das war insbesondere wichtig im ersten Zeitraum, als wir noch auf eine politische Entscheidung gewartet haben: Wie geht es denn überhaupt weiter, was das Ganze betrifft? Das war aus meiner Sicht besonders wichtig, weil daran natürlich auch - wie sagt man so schön? - persönliche Einzelschicksale alleine schon mit Verwendungsdauer im Einsatz - - Bleibe ich länger? Gehe ich früher raus? Wird mein Dienstposten möglicherweise obsolet, und ich verlege früher zurück? Das haben wir sehr offen gemacht.

Im zweiten Teil - und ich habe, glaube ich, in alle Berichte unten reingeschrieben: „die Stimmung im Kontingent ist gut“, und das war nicht übertrieben, das war meine tatsächliche Wahrnehmung - kam dann der Effekt: Jetzt packen wir alle mit an, wir krempeln die Ärmel hoch, das ist ein gemeinsamer Auftrag, und den müssen wir jetzt gemeinsam zum Ende bringen. - Ich hatte - ich glaube, ich habe das sogar mal in eine Meldung reingeschrieben - wirklich Schwierigkeiten, davon zu überzeugen, dass nicht alle auf den letzten Flieger können, sondern dass wir natürlich reduzieren müssen, dass der eine oder andere früher rausgeht. Das ist dann auch wahrgenommen worden. Aber es war gerade so, als die Planungen konkreter wurden, als dann die Entscheidung auch klar war, dass viele auf mich zukommen sind und gesagt haben: „Ich muss auf den letzten Flieger“, bis hin zum Militärpfarrer, der gesagt hat: Ich muss auf den letzten Flieger, ich muss bis zum Ende dabei sein. - Ich glaube, dass es uns insgesamt - das ist sicherlich nicht mein Verdienst, sondern insbesondere Verdienst der vielen Vorgesetzten, die ich hatte, ein tolles Team - gelungen ist, das im Kontingent ordentlich zu vermitteln und jeden mitzunehmen. Ich hoffe, jeden mitgenommen zu haben.

Thomas Erndl (CDU/CSU): Waren die politischen Wendungen und Ereignisse für die Soldaten auch vor Ort nachvollziehbar?

Zeuge Ansgar Meyer: Ich glaube, das hat jeder eingesehen. Gerade so in der ersten Phase wurden natürlich Fragen gestellt: „Was ist denn jetzt eigentlich?“, weil die Amerikaner schon relativ forsch auch an die Rückverlegung und Rückver-

legeplanung gingen. Also, das wurde sehr kontinuierlich durchgeführt. Ich weiß nicht, ob das noch in Erinnerung ist, aber Präsident Trump hat ja, kurz bevor er dann sein Amt abgegeben hat, noch mal festgelegt, das amerikanische Kontingent auf 2 500 zu reduzieren bis Mitte Januar - ein ganz erheblicher Einschnitt. Das ist natürlich wahrgenommen worden auch im Kontingent. Aber ich glaube, auch da gab es durchgehend die Einsicht: Wir warten jetzt auf eine Entscheidung, und wir passen unsere Planungen entsprechend an. Dafür sind wir hier. Das ist unser Auftrag, und das müssen wir halt flexibel halten, so flexibel wie möglich.

Thomas Erndl (CDU/CSU): War das vor Ort denn ein Thema im Zusammenspiel mit den US-Streitkräften, dass wir sozusagen in gewisser Weise nicht besonders eingebunden waren in die Entscheidungen der Vereinigten Staaten und letztendlich dann nur vorgelegt bekommen haben, wie es am Schluss sein wird?

Zeuge Ansgar Meyer: Da hat es tatsächlich Diskussionen gegeben, natürlich. Mein stellvertretender Kommandeur war ja Amerikaner. Ich habe zwei gehabt, die aber wirklich vor Ort deutlich vorgelebt haben, dass wir Kameraden sind, dass das kameradschaftlich gelöst wird. Und letztlich konnte ich mich auf General Miller immer verlassen, insbesondere als diese Phase oder diese Entscheidung kam: Wir reduzieren auf 2 500; diese Kräfte werden sofort abgezogen. - Da hat er mich Stunden später angerufen, genauso wie meinen italienischen Kameraden in Herat, und hat deutlich gemacht: Diese Entscheidung ist eine nationale amerikanische Entscheidung, und die wird von den Amerikanern getragen. Es wird keine Auswirkungen haben auf das Command West und das Command North. - Darauf konnte man sich - - also, das Miteinander mit den Amerikanern vor Ort hat dadurch nicht gelitten.

Thomas Erndl (CDU/CSU): Vielen Dank. - Letzte Frage von mir, bevor ich an den Kollegen abgebe: Sie haben gerade den letzten Flug angesprochen. Da gab es ja auch hier eine kritische Diskussion im Nachgang. Wie haben denn Sie und die Solda-



Nur zur dienstlichen Verwendung

ten empfunden, ob das sozusagen politisch ausreichend gewürdigt wurde, oder die Diskussion um diesen Empfang herum?

Zeuge Ansgar Meyer: Ich glaube, da muss man ganz kurz in die Geschichte davor gehen. Tatsächlich hatten wir beantragt - und zwar kam das aus dem Kontingent und ist auch breit getragen worden -, dass der tatsächliche Abzug, also der Abzug der letzten Kräfte mit den letzten Maschinen, so lange geheim gehalten wird, bis wir in der Luft sind. Das hatte ganz einfach den Hintergrund, dass wir durchaus Hinweise hatten, dass der eine oder andere Talibanführer noch mal ein Zeichen setzen wollte. Und da wollten wir uns einfach keine entsprechende Blöße geben.

Ich glaube, der Empfang in Wunstorf dann selbst, wenn ich das noch mal für mich persönlich reflektiere - und ich habe ja auch mit vielen aus dem Kontingent später noch mal darüber sprechen können -, das war in dem Moment ganz einfach: Wir sind zurück. - Wir waren alle, ich denke mal, so 36 Stunden auf den Beinen. Das war eine Phase hoher Anspannung, die wir hinter uns hatten, und wir waren einfach nur froh, nach Deutschland gekommen zu sein - alle heil - und so schnell wie möglich zu unseren Familien zu kommen.

Ich glaube, das kam natürlich auch - das kann man auch nicht wegdiskutieren - bei dem einen oder anderen, der mit dabei gewesen ist, dann später im Nachhinein, dass man gesagt hat: Okay, das hätte man vielleicht etwas liebevoller gestalten können, das Ganze. - Aber in dem Augenblick war das im Grunde - - Zumindest habe ich das nicht wahrgenommen, dass es da irgendeine Diskussion - - oder jemand gesagt hat: Das geht ja gar nicht. - Ganz im Gegenteil. Das kam später.

Thomas Erndl (CDU/CSU): Vielen Dank. - Ich gebe weiter an den Kollegen.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Herr Kollege Zippelius.

Nicolas Zippelius (CDU/CSU): Ich danke Ihnen, Herr Vorsitzender. - Herr General Meyer, ich

habe auch nur noch wenige Fragen. Vieles hat sich auch schon beantwortet.

Ich würde gerne noch mal kurz auf die Ortskräfte zu sprechen kommen, und zwar: Es ging vorhin schon um die Gefährdungsanzeigen. Diese Gefährdungsanzeigen und die Visaanträge im Camp, wie kann man sich das vorstellen? Wurden die in einem Zug gestellt? Waren dafür mehrere Durchläufe, Termine notwendig? Wie kann man sich das vorstellen vom Ablauf?

Zeuge Ansgar Meyer: Also, tatsächlich haben wir das umorganisiert. Ursprünglich war mal der Ansatz, dass man sich zu Hause an den Computer setzt und dann diese erste Gefährdungsanzeige online quasi macht.

Das hat sich als nicht praktikabel erwiesen. Wir haben das dann so gemacht, dass wir die Ortskräfte informiert haben, und haben dann vorne im Pre-Check einen eigenen Bereich aufgebaut. Das ist betrieben worden im Wesentlichen durch die Einsatzwehrverwaltung mit den Sprachmittlern, und dann wurden gemeinsam mit den Ortskräften diese Anträge ausgefüllt.

Die eigentliche Registrierung fand dann später statt. Dazu haben wir einen Teil des zivilen Flughafens angemietet, eine eigene Sicherheitschleuse eingerichtet, Container aufgestellt, in denen dann Personal nicht nur aus der Einsatzwehrverwaltung, sondern zum Teil aus dem Kontingent heraus - also Männer und Frauen, die eigentlich vorgesehen waren, schon zurückverlegt zu werden - - haben wir dann in diesen Prozess mit reingebracht, die dann die tatsächliche Registrierung der Ortskräfte und ihrer Familien durchgeführt haben.

Nicolas Zippelius (CDU/CSU): Und die Annahme der Visaanträge und das Erfassen der biometrischen Daten, war das zwingend notwendig, dass das Soldaten der Bundeswehr durchführen, oder hätten das auch zivile Mitarbeiter durchführen können, grundsätzlich?

Zeuge Ansgar Meyer: Sicherlich hätten das grundsätzlich auch zivile Mitarbeiter machen können. Wir haben uns dazu entschlossen - weil



Nur zur dienstlichen Verwendung

wir das Personal eben schon freigesetzt hatten und wir das Ganze natürlich so schnell wie möglich anlaufen lassen wollten -, das selbst zu machen.

Wir haben so ein bisschen gebaut auf Erfahrungen, die 2015/16 damals in der Flüchtlingshilfe schon gemacht worden sind, was Registrierung betrifft. Da fand eine entsprechende Ausbildung statt vor Ort, sodass der Prozess, glaube ich, was die Registrierung betrifft, relativ geordnet und zügig ablief.

Nicolas Zippelius (CDU/CSU): Entschuldigen Sie, wenn das vorhin schon angesprochen wurde. Ich muss nur noch mal für mich fragen, weil ich da ganz kurz draußen war. Am 14. Juli 2021 wurde die Erfassung der Visaanträge eingestellt. Darauf weist auch MAT A BMVg-5.48, Seiten 75 bis 78 hin. Hatten damals zu dem Zeitpunkt - - Die Anzahl der Ortskräfte: Hatten da die meisten schon eine Gefährdungsanzeige gestellt?

Zeuge Ansgar Meyer: Wir haben ja die Zahlen heute schon gehört. Das waren etwas über 530, glaube ich, die infrage kamen, 480 plus/minus, die die Gefährdungsanzeige gestellt haben, die dann auch - die haben ihre Erreichbarkeiten hinterlassen - konkret angesprochen worden sind, also angerufen worden sind. Letztlich haben sich dann zur Registrierung gemeldet, ich glaube, 470. Die Zahl war gerade schon mal genannt worden. Ich meine, 470 wären es dann gewesen.

Es gibt da so ein kleines Delta. Das ist damals daraus erklärt worden, dass einige nicht erreicht wurden oder man bei anderen schon annahm, dass sie möglicherweise schon Masar-i-Scharif verlassen haben.

Nicolas Zippelius (CDU/CSU): Dann die letzte Frage: Ist es richtig, dass der Generalinspekteur selbst die Pässe mit den Visa für einen Großteil der Bundeswehrkräfte auf dem dienstlichen Flug nach Masar-i-Scharif mitgebracht hat?

Zeuge Ansgar Meyer: Ja. Ich hatte ja schon gesagt, die Visa sind bei den Flügen in das Einsatzgebiet mitgebracht worden. Tatsächlich waren auf der Maschine des Generalinspekteurs - - also

nicht der Großteil, aber einen Teil der Visa hatte er mitgebracht. Das ist richtig.

Nicolas Zippelius (CDU/CSU): Ich danke Ihnen vielmals. - Keine weiteren Fragen, Herr Vorsitzender.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Vielen Dank, Herr Kollege Zippelius. - Wir wechseln wieder zu Bündnis 90/Die Grünen. Der Kollege Wagener hat das Wort.

Robin Wagener (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank. - Wir haben eben schon hier gesprochen - also noch nicht wir, sondern Sie mit dem Kollegen eben gerade - über die Unterrichtung des Parlaments. Davor war ja auch die Obleuterunde, an dem Tag davor direkt. In dem Kurzbericht über die Obleuterunde an General Schütt, in MAT A BMVg-5.151, Blatt 192 bis 196 haben Sie festgehalten:

Die Sicherheitslage beschrieb ich mit „nicht sicher und nicht stabil“. Einige Abgeordnete zeigten sich verwundert über das hohe Maß an Gewalt, das die augenblicklichen Friedensverhandlungen begleitet.

Das war am 10.12.

Am 09.12. ist diese Unterrichtung des Parlaments rausgekommen, über die ja auch schon gesprochen wurde und die natürlich eine wichtige Grundlage bildet für die Informationslage von Abgeordneten, auch im weiteren Geschäft, aber eben gerade auch hier über diesen Einsatz. Wir würden Ihnen ganz gerne diese Unterrichtung des Parlaments einmal zeigen mit dem Abschnitt „Bedrohungs- und Sicherheitslage“ dadrin und der Frage, ob Sie die Darstellung, wie sie da ist, als eine adäquate Beschreibung, wie Sie sie auch gemacht hätten, empfinden, auch angesichts Ihrer persönlichen Eindrücke der damaligen Situation und der Schilderungen, die Sie gemacht haben.

(Dem Zeugen werden
Unterlagen vorgelegt - Er
liest in diesen Unterlagen)



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Ansgar Meyer: Grundsätzlich sicher nicht falsch, natürlich in der Darstellung relativ an der Oberfläche. Ich glaube, was hier nicht abschließend deutlich wird, ist sicherlich der Ansatz der Taliban, von Anfang an, das Prinzip des „Talk and Fight“, also wirklich permanent den Druck aufrechtzuerhalten. Ich hatte schon gesagt: etwa 120, nicht durchgehend, aber so im Schnitt 120 bis 140 Vorfälle in ganz Afghanistan, etwa ein Drittel davon im Norden Afghanistans, wirklich in der Bandbreite von: „Da hat jemand mit dem Gewehr mal aus großer Entfernung auf einen Checkpoint geschossen“, bis hin zu komplexen Hinterhalten. Und - das muss man auch sagen - diese Lage variierte tatsächlich, weil auch die Schwerpunkte der Taliban sich im Norden beispielsweise ständig verlagerten, immer wieder. Das, was sich deutlich immer gezeigt hat, ist, dass die Taliban vielleicht keine großräumige Kontrolle hatten, aber wir haben das „Freedom of Action“ genannt. Das heißt, sie konnten für sich entscheiden, wo sie zuschlagen. Und das hat sie eben unberechenbar gemacht und die gesamte Sicherheitslage unkalkulierbar. Also, das ist auf ein sehr abstraktes Niveau gehoben.

Robin Wagener (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Vielen Dank. - Dann ein anderes Thema; da geht es um die Rückverlegung jetzt gerade. Wenn ich gefragt werde, warum wir diesen Untersuchungsausschuss machen, dann zählt für mich zu der Antwort auch immer, dass wir das tun aus Verantwortung für die Ortskräfte, die uns unterstützt haben und von denen wir viele Menschen zurückgelassen haben, aber auch aus Verantwortung für die Soldatinnen und Soldaten, die in Afghanistan gedient haben, die verwundet wurden und die auch gefallen sind in Afghanistan.

Bei der Rückverlegung war ja ein wichtiges - - oder in dem Kontext ist ein wichtiges Thema der sogenannte Ehrenhain - der Wald der Erinnerung jetzt auch hier. Wer da schon mal war, weiß auch um die Bedeutung und spürt auch, was die Bedeutung ist. Können Sie auch für die breitere Öffentlichkeit vielleicht einmal darstellen, warum auch der Rücktransport des Ehrenhains von besonderer Bedeutung und Symbolik war?

Zeuge Ansgar Meyer: Ja. Das hat tatsächlich - - Das war eine sehr emotionale Angelegenheit. Man muss dazu wissen, an diesem Ehrenhain war für jeden gefallenen Soldaten eine Plakette angebracht, und wir haben im Gedenken an die gefallenen Soldaten - zumindest solange ich zuständig war als Kommandeur - an jedem Jahrestag eine Gedenkveranstaltung durchgeführt am Ehrenhain, haben dort am Volkstrauertag und den entsprechenden Tagen der Verbündeten Gedenkfeiern veranstaltet. Das war für Einzelne, die zum Teil das selbst miterlebt hatten, das eine oder andere Attentat, den einen oder anderen Tod, auch immer ein Ort, an den man gegangen ist, um sich ganz einfach zu erinnern.

Deswegen war es aus meiner Sicht wirklich wichtig, enorm wichtig, dass man diesen Ehrenhain nicht zurücklässt oder einfach schleift, so dass da kein Unsinn getrieben werden kann und das als falsches Symbol genutzt wird, sondern er so weit wie möglich im Original zurückgebracht wird. Es war für uns von vornherein klar, dass das in der Rückverlegung - auch was Transportraum und alles, was logistisch da mit dranhängt, zusammenhängt - - von vornherein mit einzuplanen ist.

Robin Wagener (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank für diese wichtige Schilderung, auch, sich das immer noch mal wieder ins Bewusstsein zu rufen, wie wichtig so was ist.

Jetzt komme ich auch zum letzten Punkt. Die Verlegung der letzten deutschen Soldaten verlief trotz der extremen Kurzfristigkeit ja durchaus planmäßig und ohne Zwischenfälle; so haben wir es jedenfalls den Akten entnommen. Am 29.04. verließen zwei A400M vom Flughafen Masar-i-Scharif den afghanischen Luftraum dann um 21.24 Uhr.

Sie waren dabei, und wir können natürlich nur erahnen, wie besonders und auch wie angespannt wahrscheinlich der Moment für Sie und die 264 Soldatinnen und Soldaten war, die an Bord der Maschine gewesen sind. Können Sie uns, zum Abschluss jedenfalls meiner Befragung, gedanklich mitnehmen auf diesen letzten Flug, was Ihnen damals durch den Kopf gegangen ist,



Nur zur dienstlichen Verwendung

als Sie Afghanistan abschließend verlassen haben?

Zeuge Ansgar Meyer: Tatsächlich war es eine Operation, die sich über den gesamten Tag zog. Das waren die beiden letzten Maschinen, die rausgegangen sind. Wir hatten noch andere Maschinen, die vorher rausgegangen sind. Ich habe natürlich nach außen deutliche Gelassenheit gezeigt, damit auch keine Unruhe aufkommt, war aber innerlich - das gebe ich zu - durchaus angespannt, weil man immer noch mit Friktionen rechnen musste, auch weil wir Hinweise darauf hatten, dass, wenn das Ganze durchsickert, möglicherweise noch der eine oder andere ein Zeichen setzen will.

Nicht meine größte Sorge, aber ganz wichtig war mir - und das habe ich dreimal überprüfen lassen -: Es bleibt keiner zurück. Es wird dreimal gezählt. Ich will die Meldung haben, dass alle an Bord sind. Ich bin als Letzter auf die Maschine gegangen. Erst als ich wusste, es ist jeder in der Maschine - - Wir haben dreimal durchgezählt usw. Und nicht nur ich bin auf Nummer sicher gegangen. Ich habe mich dann auf meinen Platz gesetzt, brav in der Mitte irgendwo, war schon angeschnallt, wurde dann noch mal nach vorne geholt, weil auch der Pilot von mir persönlich wissen wollte: Es sind alle an Bord, und wir starten jetzt. - Also, das war schon ein entsprechender, auch bewegender Augenblick.

Ich hatte mit an Bord auch viele, die nicht zum ersten Mal in Afghanistan gewesen waren und die in dem Bewusstsein in die Maschine gestiegen sind, möglicherweise das letzte Mal in Afghanistan gewesen zu sein. Das hat sich auch aus den Gesprächen dann ergeben.

Als wir dann die Nachricht gehört haben aus dem Cockpit, dass wir den afghanischen Luftraum verlassen haben, das war - - da fiel es ab, erst mal. Ich will nicht sagen, totale Erschöpfung, aber da merkte man schon, dass man einige Stunden in den Knochen hatte. Und als wir dann zwischengelandet sind, muss ich sagen, da wurde einem so langsam erst klar: Okay, wir haben es geschafft, wir sind alle gesund raus.

Robin Wagener (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank, General Meyer.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Ich danke Ihnen. - Das Fragerecht wechselt zur AfD.

Hannes Gnauck (AfD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Herr General, ich möchte noch mal auf die vorhin angesprochenen Küchenkräfte zu sprechen kommen. Das mag sich vielleicht profan irgendwie anhören, stellte aber anscheinend doch ein erhebliches Sicherheitsrisiko dar. Wir legen Ihnen mal die Fundstelle vor; es handelt sich hier um MAT A AA-8.566, Blatt 291.

Im Mai 2021 haben offenbar frühere afghanische Küchenkräfte des Camps Marmal versucht, mittels einer Petition eine Aufnahme in Deutschland zu erwirken. Sie haben mit Herrn Frank Horst vom Generalkonsulat Masar-i-Scharif über diesen Vorgang gesprochen. Offenbar haben Sie hierbei darauf gedrungen, dass man diesen Küchenkräften Hoffnungen auf eine Ausreise nach Deutschland machen sollte. Ich zitiere mal aus der Fundstelle:

Gen. Meyer hat mich auf den Vorgang angesprochen. Aus Gründen der Eigensicherung benötigt er einen Verweis am Ende des Briefs auf eine Alternative zum OKV

- Ortskräfteverfahren -,

sei ein Erfolg im Einzelfall auch noch so unwahrscheinlich. Die „unerfreulichen und abweisenden Tatsachen“ hier vor Ort in aller Deutlichkeit

anzusprechen

... birgt Risiken für Camp Marmal und die Bw.

Zitat Ende.

(Dem Zeugen werden Unterlagen vorgelegt - Er liest in diesen Unterlagen)



Nur zur dienstlichen Verwendung

Andernfalls wäre wohl die Eigensicherung deutscher Kräfte in Gefahr und entstünden Sicherheitsrisiken für das deutsche Feldlager.

Ihr Stellvertreter, Oberst Gellekum, schrieb im selben Zusammenhang von einem „erhebliche[n] ‚Unruhepotential‘“; Fundstelle hier MAT A AA-8.566, Blatt 295. Können Sie uns noch mal jetzt dann erläutern, warum das so ein erhebliches Risiko für die deutschen Kräfte dargestellt hat?

Zeuge Ansgar Meyer: Na ja, Unruhe insgesamt ist immer ein Gefährdungspotenzial, was das Ganze betrifft.

Ich hatte ja schon gesagt, wir waren mehr oder weniger konfrontiert mit der Regelung: Es werden nur Ortskräfte betrachtet, die in den vergangenen zwei Jahren eine Festanstellung im Kontingent hatten, und wir wollten im Grunde - das war Gegenstand des Gesprächs, das ich damals mit dem stellvertretenden Generalkonsul geführt habe - zumindest eine Tür aufmachen in eine Richtung, einfach um zu verhindern zum Beispiel Massendemonstrationen, Blockaden vor dem Tor, möglicherweise - wir waren ja zu dem Zeitpunkt zumindest sporadisch noch außerhalb des Camps - mögliche Angriffe auf Patrouillen usw. von enttäuschten und aufgebrachten ehemaligen Ortskräften - das wollten wir ganz einfach mit Blick auf die Sicherheit verhindern - und gleichzeitig - das hatte ich gerade auch in anderem Zusammenhang schon gesagt - einfach versuchen, aufzuzeigen: Es gibt eine Alternative.

Man hätte das sicherlich, insbesondere was die Begrenzung betrifft, auch anders angehen können, aber das lag außerhalb unserer Entscheidungsmöglichkeiten.

Hannes Gnauck (AfD): Gab es denn von diesen Personengruppen jetzt konkrete - ja, ich weiß nicht - Drohungen gegen das deutsche Kontingent oder Vorfälle, die gemeldet wurden?

Zeuge Ansgar Meyer: Nein, keine konkrete Drohung. Das ist einfach eine Analyse gewesen eines latenten Risikos; so möchte ich das mal nennen.

Hannes Gnauck (AfD): Ja, gut. - Dann kommen wir mal von den, ich sage mal, eher ungefährlichen, unbewaffneten Locals, die da in der Verpflegung eingesetzt waren, zu den doch etwas gefährlicheren, zu den Guards nämlich.

Sie haben am 16. Juni 21 in einem Schreiben an Brigadegeneral Faust im Zusammenhang möglicher Ausreisen von Ortskräften darauf hingewiesen, dass einige für die Bundeswehr arbeitende afghanische Ortskräfte, sogenannte Guards, bewaffnet seien. Diese sollten erst am 26. Juni 21 entwaffnet werden, und für einige dieser bewaffneten Guards seien offenbar noch keine verbindlichen Aufnahmezusagen erfolgt bzw. keine gültigen Pässe ausgestellt worden; Fundstück MAT A BMVg-5.48, Blatt 77 und 78.

Darin sahen Sie dann offenbar, wie man wahrscheinlich nachvollziehen kann, eine erhebliche Sicherheitsgefahr. Wie groß war denn Ihrer Meinung nach die Gefahr, dass diese Guards, die ja bewaffnet waren, ihre Waffen auch gegen deutsche Kräfte einsetzen würden?

Zeuge Ansgar Meyer: Wie gesagt, das war eine Risikoanalyse ausgehend von einem latenten Risiko, keine konkrete Gefährdung, aber gleichwohl aus meiner Sicht die Pflicht, darauf hinzuweisen und vor allen Dingen die Gelegenheit zu nutzen, darauf hinzuwirken, dass für alle, die einen Antrag gestellt haben, auch zeitnah die entsprechenden Unterlagen nach Afghanistan gebracht werden.

Hannes Gnauck (AfD): Wie war das im Kameradenkreis? Also, nahm jetzt zum Ende der Mission das Misstrauen gegenüber den afghanischen Guards zu, oder konnten Sie das nicht beobachten?

Zeuge Ansgar Meyer: Nein. Ansonsten, wenn wir da den Verdacht gehabt hätten, dass sich da irgendwas entwickelt, hätten wir sicherlich die Betroffenen vom Dienst fernhalten müssen, ganz einfach um die Sicherheit weiterhin zu gewährleisten.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Hannes Gnauck (AfD): Können Sie kurz noch mal diesen Auftrag beschreiben, den so ein afghanischer Guard - - Also, wie vielfältig ist dieses Aufgabengebiet? Was machen die? Oder: Was haben die konkret gemacht?

Zeuge Ansgar Meyer: Na ja, man kann das vergleichen vielleicht mit einer Wach- und Schließgesellschaft. Das heißt, die waren in einem Checkpoint quasi dem Haupttor vorgelagert. Das war so abgesichert, dass links und rechts auch niemand rauskonnte bis zum Haupttor. Und da wurde dann die erste Personenkontrolle und Fahrzeugkontrolle durchgeführt. Das heißt, die Fahrzeuge wurden mit Spiegeln untersucht, ob irgendwelche Sprengstoffe eingebracht werden können. Die Insassen mussten sich ausweisen. Die Besucher, die zu Fuß reinkamen, mussten auch durch eine entsprechende Schleuse durch und sind dann am Haupttor später auch noch mal entsprechend kontrolliert worden, also ein echter Pre-Check, also Vor-Check.

Hannes Gnauck (AfD): Wie lief dann diese Entwaffnung dieser Guards ab? Sind die dann nach Deutschland verbracht geworden, oder wie lief das dann?

Zeuge Ansgar Meyer: Der Arbeitsvertrag ist ausgelaufen am 26. Das war im Grunde dann quasi die letzte Schicht. Das heißt, es wurde schichtweise dafür gesorgt, dass die Guards - nicht: Soldaten - entsprechend bezahlt wurden und dann aus dem Dienst quasi entlassen wurden. Das war am letzten Tag genauso. Die haben ihre Waffen übergeben - der Pre-Check ist übernommen worden von afghanischen Sicherheitskräften -, und danach sind sie ganz normal nach Hause gegangen.

Hannes Gnauck (AfD): Okay. - Ganz anderes Thema: Drohnenfrage. Uns liegt eine E-Mail vor von Andreas Hoppe an General Schütt vom 29. April 2021; MAT A BMVg-5.47, Blatt 274 und 275. Hierin ging es unter anderem um die Drohnenfrage. Offenbar herrschte Unklarheit über die Nutzung von Aufklärungsdrohnen vom Typ Heron während der letzten Einsatzmonate des deutschen Kontingents. Herr Hoppe will dazu mit

Ihnen telefoniert haben. Können Sie kurz beschreiben, welche Fehler aus Ihrer Sicht gemacht wurden und warum es damals so schwierig war, zu einer Einigung über die weitere Nutzung von Drohnen zu kommen?

Zeuge Ansgar Meyer: Also, wenn ich mich recht entsinne - - April, hatten Sie gesagt, war das?

Hannes Gnauck (AfD): Das war am 29. April 21, ja.

Zeuge Ansgar Meyer: Also, da ging es nicht um die Heron selbst. - Es ging schon um die Heron selbst, es ging um den Rückbau der Heron. Da war vertraglich zugesichert worden, dass die Firma - das war eine Vertragsfirma, die das Ganze betrieben hat - acht Wochen braucht, um Heron zurückzubauen. In dem Gespräch ging es darum, diesen Rückbau zu forcieren bei gleichzeitiger Kompensation der Aufklärungsfähigkeit durch amerikanische Systeme, das noch mal deutlich zu machen, wie vor Ort dieses Risiko, also ein Aufklärungsmittel aufzugeben, mitigiert werden kann.

Hannes Gnauck (AfD): Okay. Danke. - Auch wieder ein ganz anderer Themenbereich, und zwar Besuch der niederländischen Verteidigungsministerin. Offenbar beabsichtigte diese im Mai 2021, an der von Ihnen geplanten feierlichen Zeremonie zum Einsatzen der Ausbildungsmission im Norden teilzunehmen. Im BMVg war man offenbar aufgrund des damit verbundenen Aufwands nicht einverstanden, und Sie selbst sahen in diesem Zusammenhang militärpolitische Wolken aufziehen; Fundstück MAT A BMVg-5.47, Blatt 285 und 286. Wo lag da Ihrer Meinung nach das Problem?

Zeuge Ansgar Meyer: Es ging ganz einfach darum: Wir hatten diese Absicht - das hatte ich mit meinen Kommandeuren und mit den beteiligten Nationen schon lange besprochen - - Es ging darum, wie wir einen würdigen Abschluss schaffen. Dann haben wir uns darauf geeinigt: Wir machen einen gemeinsamen Appell - vorher hatten wir die Nationen, die uns vorher verlassen haben, immer einzeln verabschiedet mit einem Appell -, wir machen einen großen Appell, „Flag down



Nur zur dienstlichen Verwendung

Ceremony“ haben wir das genannt, da werden die Flaggen eingeholt und feierlich an die jeweilige Nation übergeben. Und zwar war die Vereinbarung: Wir machen das intern im Kontingent unter Beteiligung unserer afghanischen Partner und der Führung aus Kabul.

Mit Blick auf die Coronalage, die damals immer noch virulent war - ich muss daran erinnern: das war der Zeitpunkt, da hatten wir gerade, wenn ich das noch richtig in Erinnerung habe, die erste Impfung bekommen, es gab also noch keinen Vollschutz; es gab sehr, sehr strikte Auflagen wie, vor dem Einsatz noch in Quarantäne zu gehen, usw. usf. -, wollten wir ganz einfach vermeiden, dass es möglicherweise zu dem Effekt kommt: „Aha, die kommt; dann komme ich auch“, und dann das Ganze ein Riesenunternehmen wird, dass man dann schon mit Blick auf Corona und damit auf Erhalt der Einsatzbereitschaft - - Denn - das hatte sich vorher schon gezeigt - wir haben im Vorjahr einen Ausbruch gehabt - keinen Ausbruch, es waren drei Fälle, die dazu geführt haben - weil wir keine andere Möglichkeit hatten, das einzudämmen -, dass ich fast 120 Männer und Frauen in Quarantäne nehmen musste, und das hat schon erhebliche Auswirkungen. Das waren zwei Kompanien, die auf einmal nicht verfügbar waren. Also das war der Hintergrund.

Das hat sich dann im Laufenden geklärt. Die Ministerin kam gar nicht zur Zeremonie, sondern später erst und hat ihr Kontingent besucht. Das war ähnlich vom Format her wie bei unserer Ministerin vorher gewesen.

Hannes Gnauck (AfD): Dann vielleicht noch eine letzte Frage, und zwar auch noch mal ein kleiner Sprung, noch mal zurück zu den afghanischen Streitkräften: Laut MAT A AA-8.286, Blatt 199 hat General Schütt im März 2021 vor dem Verteidigungsausschuss im Bundestag dargelegt, dass der Kommandeur des 217. Armeekorps der ANDSF Ministerin Kramp-Karrenbauer dargelegt habe, dass der Verbleib der RS-Kräfte auch deswegen wichtig sei, um die immensen Geldflüsse des Westens, die den ANDSF zuflossen, zu kontrollieren. Sahen Sie das damals genauso?

Zeuge Ansgar Meyer: Da müsste ich noch mal genau reinschauen. - Die Ministerin hat mit General Yazdani gesprochen?

Hannes Gnauck (AfD): Es ist auf dem Weg.

(Dem Zeugen werden
Unterlagen vorgelegt - Er
liest in diesen Unterlagen)

Zeuge Ansgar Meyer: Okay, jetzt habe ich den Zusammenhang. Also, da geht es um die Personalflüsse innerhalb der ANDSF. Das hat etwas damit zu tun - das ist übrigens auch ein Zeichen dafür, dass wir es durchaus mit guten Kommandeuren zu tun hatten, die das selbst erkannt haben -, dass es natürlich auch bei den Sicherheitskräften Korruption gibt.

Ich mache das mal fest am Beispiel des Betriebsstoffs. Wir hatten, ich glaube, über die gesamte Dauer immer wieder Unregelmäßigkeiten, was Lieferungen von Betriebsstoffen betraf. Das war so Teil der Beratung, auch mit da draufzuschauen, Kontrollinstrumente einzuführen, weil Betriebsstoff unter anderem ein Bezahlungsmittel in Afghanistan ganz einfach war.

Ich beziehe das jetzt - das ist ja nun ein Gesprächsvermerk offensichtlich - darauf, dass der Kommandeur des Korps insbesondere auch mit Blick auf eine solche Unterstützung darum geworben hat, dass wir länger verbleiben. Das ist insgesamt so gewesen. Also, die afghanischen Streitkräfte wären froh gewesen - so, glaube ich, behaupten zu können -, wenn wir länger präsent gewesen wären. Auf der anderen Seite haben sie dann aber auch gesagt - ich zitiere sinngemäß -: Aber eigentlich ist es auch an der Zeit, dass wir damit alleine klarkommen.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Vielen Dank. - Dann wechselt das Fragerecht zur FDP-Fraktion. Kollege Müller.

Alexander Müller (FDP): Ich starte und übergebe dann an die Kollegin Dr. Jurisch. - Ich habe auch nur eine Frage, Herr General. Sie haben ein Stück Geschichte geschrieben am 30.06.21, indem Sie das allerletzte Kontingent heimgeführt haben -



Nur zur dienstlichen Verwendung

aus einem Bundeswehreininsatz, der 20 Jahre gedauert hat; der sicher Geschichte geschrieben hat, weil die Bundesrepublik Deutschland damit ein Stück weit erwachsen geworden ist im internationalen Kontext, bei internationalen Einsätzen; der auch knapp 60 Kameraden das Leben gekostet hat -, und sind dann in Deutschland gelandet, ohne dass die Inhaberin der Befehls- und Kommandogewalt da war. Auch wir Abgeordneten hatten keine Möglichkeit, dort vorbeizukommen. Wie empfanden Sie das damals, an so einem historischen Tag, dass das nicht gewürdigt wird, dass Ihnen vonseiten der deutschen Politik an diesem Tag so wenig Respekt entgegengebracht wurde?

Zeuge Ansgar Meyer: Ich hatte das ja gerade schon ausgeführt. Ich glaube, bei Ankunft in Wunstorf war das nicht so im Bewusstsein. Das ist erst eine Sache - - Das ist in der Diskussion später - - Ich habe häufig - das passiert mir jetzt noch - rein zufällig jemanden aus dem damaligen Kontingent - - zu treffen - - ich glaube, auch so ein bisschen im Zusammenhang zu sehen mit der Begrüßung der Soldaten nach der Evakuierungsoperation - das war ja dann ein etwas anderer Empfang -, dass da der eine oder andere dann gefragt hat: Warum war das bei uns nicht so?

Wie gesagt, die Absprachen vorab waren - das war auch meine Bitte und mein Antrag gewesen -, die Ankunft oder den tatsächlichen Abzug der letzten Kräfte so lange geheim zu halten, bis wir tatsächlich im Luftraum sind bzw. den Luftraum verlassen haben.

Die Gestaltung dann tatsächlich vor Ort, das haben wir gesehen, als wir aus dem Flieger gestiegen sind.

Also, wir hatten eine Vorwarnung, es wird einen Appell geben. Wir hatten zwischendurch auch mal die Information bekommen, dass möglicherweise auch die Ministerin da sein wird. Aber da war nichts tatsächlich festgelegt.

Ich glaube, in dem Augenblick in Wunstorf - und da muss man immer verstehen, in welchem physischen und psychischen Zustand wir damals

waren; wir waren ziemlich erschöpft - - Die Familien warteten wenige Meter entfernt, und viele wollten einfach nur, dass das Zeremoniell so kurz wie möglich gehalten wird, damit man die Familie in den Arm nehmen kann. Ich denke, das war damals vor Ort das Gefühl.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Vielen Dank für die Schilderung; das war, glaube ich, auch noch mal sehr wichtig: in diese Situation einzutauchen.

Ich habe noch eine andere Frage; ich würde gerne noch mal fragen dazu - sozusagen das Big Picture -: Joe Biden hat ja im April 2021 schon gesagt, dass jetzt der 4. Juli dieses Abzugsdatum sein könnte für die Am- - oder vielleicht auch später oder so. Dieser ganze Konditionalitätsgedanke war aber damit, dass es einen festen Abzugstermin gegeben hat, vom Tisch. Inwiefern hatten Sie das Gefühl, dass die Abzugsplanungen auf Ihrer Seite so umfassend dann losgerollt sind, dass man nicht nur deutsche Staatsangehörige, sondern auch die Ortskräfte rechtzeitig, wenn nötig, da rausholen könnte? Beziehungsweise: Als Sie im Flugzeug nach Wunstorf saßen, was war Ihre Vorstellung, wie es mit den Ortskräften jetzt weitergehen würde?

Zeuge Ansgar Meyer: Ich möchte jetzt nicht kaltherzig klingen, aber ich glaube, wenn ich mich recht zurückentsinne, habe ich einfach nur gedacht: Wir haben es jetzt geschafft, die Operation ist erfolgreich abgeschlossen.

Ich glaube, diese ganze Brisanz um die Ortskräfte ist erst wieder so richtig ins Bewusstsein gekommen, als es um die Evakuierungsoperation ging. Das war hart. Ich kann Ihnen sagen: Ich habe damals vor dem Fernseher gesessen, und mein Herz hat gepocht die ganze Zeit. Eigentlich hatten wir gedacht, wir haben - - Das war ein Auftrag, den die Kanzlerin mir persönlich im Januar oder Dezember gegeben hatte: Ich möchte kein Bild haben wie in Saigon. - Deswegen kam dieses Saigon-Bild mal zwischendurch als Zitat auf. - Wenn wir das Land verlassen, dann verlassen wir das Land geordnet. Es wird alles übergeben, und wir gehen geordnet raus. - Und das haben wir,



Nur zur dienstlichen Verwendung

zumindest was den militärischen Anteil betrifft, geschafft.

Und dann, wenige Wochen später, habe ich Saigon im Fernsehen gesehen. Also, das hat mich tief getroffen. Selbst wenn ich damals in meiner Stellungnahme geschrieben habe, dass ich es aus Sicht des deutschen Kontingentführers, aus militärischer Sicht, für nicht sinnvoll halte, zu einem so späten Zeitpunkt diese Charterflüge durchzuführen, ohne eine klare Perspektive zu haben, wie es denn danach auch weitergehen soll, heißt das nicht, dass die Ortskräfte mir gleichgültig waren, ganz im Gegenteil. Ich habe mit denen eng zusammengearbeitet - und nicht nur mit denen.

Es ist danach immer wieder die Frage hochgekommen - jetzt in der gedanklichen Vorbereitung auf den Untersuchungsausschuss auch immer wieder -: Was ist eigentlich aus den Kommandeuren geworden? Was ist aus denen geworden, die eben nicht, weil reich und ein Standbein im Ausland, die Chance hatten - - was ist mit denen passiert? Sind die massakriert worden? Sitzen die irgendwo in einem Lager der Taliban? Ich weiß, dass viele - gerade im Bereich der Gouverneure; auch bei einigen Kommandeuren ist das der Fall gewesen - ihre Familien die ganze Zeit im Ausland hatten. Das war auch so ein bisschen für die eigene Sicherheit, zu sagen: Okay, meine Familie kann nicht gefährdet werden, egal was ich hier jetzt gerade mache, welche Operation ich führe. Aber das galt sicherlich nicht für die jüngeren Offiziere, für die Bataillonskommandeure, für die Kompaniechefs und schon gar nicht für die Unteroffiziere und die Mannschaften. Also, die Gedanken kommen nach wie vor hoch.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Das ist sicherlich eine sehr, sehr große militärische Leistung, sozusagen alle rauszuziehen, ohne dass das groß Wirbel macht, und dass Sie alle wirklich mitnehmen konnten, so wie Sie sich das vorgestellt haben, mit all den verschiedenen Facetten, die heute auch angesprochen worden sind. Aber trotzdem noch mal die Frage: Was war denn Ihre Vorstellung, wie die gefährdeten Ortskräfte dann im Nachhinein rauskommen würden? Hatten Sie einen Plan dafür oder eine Idee, oder hatten Sie Gefühl, das macht jemand anders? Könnten Sie

da vielleicht einfach noch mal drauf eingehen? - Das wäre dann auch meine letzte Frage.

Zeuge Ansgar Meyer: Nein, ich war - - Also, tatsächlich bin ich davon ausgegangen - ich hatte das gerade schon geschildert -, dass es, meines Wissens, ein Verfahren gab, was die Flugkosten beispielsweise betrifft, dass diese Ortskräfte, sobald sie alles geregelt haben oder eben mit Verschlechterung der Lage, so schnell wie möglich auf kommerziellem Wege das Land verlassen können.

Als wir Afghanistan verlassen haben, war der Flughafen in Masar-i-Scharif noch voll funktionsfähig - wir hatten vorher das afghanische Personal dafür ausgebildet; wir hatten Feuerwehr ausgebildet; er konnte komplett betrieben werden -, sodass ich eigentlich zuversichtlich war, dass das noch möglich ist.

Das kam tatsächlich - das muss ich einräumen - erst wieder hoch, als ich im Fernsehen die Bilder gesehen habe.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Vielen Dank.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Ich danke Ihnen sehr. - Das Fragerecht wechselt. Frau Kollegin Büniger.

Clara Büniger (DIE LINKE): Vielen Dank. - Von mir noch zwei abschließende Fragekomplexe: Herr Wagener hat vorhin aus einem Dokument zitiert; da ging es um Wünschäußerungen der Ministerin, sich mit Ortskräften auszutauschen, ein Gespräch zu führen, wo Sie davon abgeraten haben, das durchzuführen, weil sonst mögliche Erwartungen bei den Ortskräften geweckt werden können. Können Sie vielleicht schildern, welche Erwartungen bei den Ortskräften das gewesen sein könnten?

Zeuge Ansgar Meyer: Also, ich kann mich jetzt an den genauen Zusammenhang nicht mehr erinnern. Ich kann das nur zeitlich festmachen, also am Besuch der Ministerin. Ich bin mir nicht ganz sicher, ob es damals schon eine klare Regelung gab, wie wir mit den Ortskräften umgehen. Ich



Nur zur dienstlichen Verwendung

meine, das wäre gerade in der Entstehung gewesen - - und somit noch nicht klar, ob die Ortskräfte, mit denen sie gesprochen hätte, wirklich in diesen Bereich reingefallen wären.

Was ich vermeiden wollte, ich persönlich vermeiden wollte, war tatsächlich - das habe ich auch versucht, über das gesamte Kontingent - - Also, ich war mal eine Zeit lang in der Personalführung eingesetzt, und da gibt es einen Grundsatz, an den habe ich mich immer gehalten: Verspreche nichts, was du nicht halten kannst; aber was du versprichst, das halte. - Das war so das Motto, das wir auch in diesem Bereich durchzusetzen versucht haben, also keine falschen Erwartungen wecken, sondern wenn wir etwas versprechen, dann auch in der Lage sein, das tatsächlich umzusetzen.

Clara Bünger (DIE LINKE): Vielen Dank, auch für Ihre selbstreflektierenden Worte dann im Nachhinein. Das ist auch gut für unsere Einordnung.

Ich habe noch eine andere Frage, weil es wurde angesprochen - - Sie haben ja selber gesagt, dass Sie das Land geordnet verlassen haben und auch alle Mittel übergeben haben. Nun ist jetzt bekannt geworden - das wurde auch vorhin gesagt -: Es wurden biometrische Daten aufgenommen auch von Ortskräften. Ende des letzten Jahres ist bekannt geworden, dass die Geräte, auf denen biometrische Daten aufgenommen wurden, auch frei verkäuflich auf eBay zur Verfügung standen und da auch noch Datenrückstände von Ortskräften drauf zu finden gewesen waren. Haben Sie mal darüber gesprochen, dass Mittel wie zum Beispiel die technischen Geräte nach der Übergabe unter Umständen in die Hände der Taliban fallen könnten? Und, wenn ja, wie hat sich diese Unterredung dargelegt?

Zeuge Ansgar Meyer: Also, nach meiner Kenntnis haben wir die mit zurückgenommen. Die sind nicht in Afghanistan geblieben. In Afghanistan ist auch kein Computer stehen geblieben, aus dem wir nicht die Festplatte ausgebaut haben.

Clara Bünger (DIE LINKE): Das heißt, Sie haben keine Mittel übergeben, mit denen biometrische Daten aufgenommen werden?

Zeuge Ansgar Meyer: Nein, meiner Kenntnis nach nein. Wir haben alles, was Informationstechnik betraf - da waren ja auch eigene Daten drauf - - Also, jeder, der sich ein bisschen mit IT auskennt, weiß, dass man bestimmte Dinge wiederherstellen kann, selbst wenn sie überschrieben sind oder gelöscht sind - - die haben wir ausgebaut. Das ging bis zum letzten Tag so. Wir haben zuletzt noch mit, ich glaube, zwei oder drei Computern gearbeitet, die in der Hardware zwar stehen geblieben sind, Bildschirme usw.; aber wir haben alle Festplatten ausgebaut.

Clara Bünger (DIE LINKE): Aber dass solche Gerätschaften gefunden wurden und auf eBay verkauft wurden, dieser Vorgang ist Ihnen nicht bekannt?

Zeuge Ansgar Meyer: Der ist mir so nicht bekannt, nein.

Clara Bünger (DIE LINKE): Okay. Ich glaube, das wäre eigentlich alles. - Vielen Dank.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Vielen Dank. - Ich bedanke mich auch bei Ihnen, General Meyer, für die ausdauernde Beantwortung der Fragen hier.

Im Rechtssinne abgeschlossen ist Ihre Vernehmung noch nicht. Sie bekommen das Protokoll. Sie kennen das: Innerhalb von zwei Wochen haben Sie dann Zeit, das gegebenenfalls zu korrigieren.

Ich darf mich herzlich bei Ihnen bedanken. Ich wünsche Ihnen einen guten Tag und unterbreche die Sitzung bis 18.30 Uhr; dann setzen wir sie mit dem zweiten Zeugen fort.

(Unterbrechung von
17.59 bis 18.30 Uhr)



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vernehmung des Zeugen Chris Gonter

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Es ist 18.30 Uhr, wir fahren fort. Ich begrüße jetzt unseren zweiten Zeugen, Herrn Gonter, der bereits Platz genommen hat.

Ich stelle fest, dass der Zeuge ordnungsgemäß geladen ist. Herr Gonter, Sie haben den Erhalt der Ladung am 30. Januar 2023 bestätigt. Ich heiße Sie herzlich willkommen und bedanke mich dafür, dass Sie dem Ausschuss als Zeuge zur Verfügung stehen, und auch dafür, dass Sie vermutlich ein bisschen Wartezeit investiert haben, bis das hier losgeht.

Ich bin zunächst gehalten, Sie über Ihre Rechte und Pflichten als Zeuge aufzuklären. Sie verstehen, dass die Belehrung nicht für Sie formuliert ist, sondern allen Zeugen so vorgetragen wird.

Sie sind als Zeuge geladen worden. Als Zeuge vor einem Untersuchungsausschuss sind Sie verpflichtet, die Wahrheit zu sagen. Das heißt, Sie müssen richtige und vollständige Angaben machen. Sie dürfen nichts weglassen, was zur Sache gehört, und nichts hinzufügen, was der Wahrheit widerspricht. Wer vor einem Untersuchungsausschuss vorsätzlich falsche Angaben macht, kann sich nach § 162 in Verbindung mit § 153 des Strafgesetzbuches strafbar machen. Solch eine uneidliche Falschaussage kann eine Geldstrafe oder eine Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren nach sich ziehen.

Auf bestimmte Fragen dürfen Sie allerdings die Auskunft verweigern. Das gilt zum einen für Fragen, deren Beantwortung Sie oder einen Ihrer Angehörigen der Gefahr zuziehen würde, einer Untersuchung nach einem gesetzlich geordneten Verfahren ausgesetzt zu werden. Das können Verfahren wegen einer Straftat oder einer Ordnungswidrigkeit sein, aber auch Disziplinar- oder berufsgerichtliche Verfahren.

Darüber hinaus dürfen sogenannte Berufsgeheimnisträger und ihre Gehilfen grundsätzlich die Auskunft in Bezug auf Dinge verweigern, die

ihnen in dieser Eigenschaft anvertraut oder bekannt geworden sind.

Haben Sie dazu Fragen?

Zeuge Chris Gonter: Nein, keine Fragen.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Dann möchte ich Sie darauf hinweisen, dass es eine Tonaufnahme gibt, um die Protokollierung der Sitzung zu erleichtern. Deshalb ist es wichtig, dass Sie Ihr Mikrofon einschalten, wenn Sie das Wort ergreifen, und sich in der Nähe aufhalten. Die Aufnahme wird nach Abschluss der Protokollerstellung gelöscht. Das Protokoll wird Ihnen vor seiner endgültigen Fertigstellung übersandt.

Sollten Sie während der Vernehmung zu der Auffassung gelangen, dass Sie als VS-Vertraulich oder höher eingestufte Informationen oder sonstige Dinge zur Sprache bringen müssen, deren öffentliche Erörterung überwiegend schutzwürdige Interessen verletzen würde, bitte ich um einen Hinweis. Der Ausschuss hätte dann über den Ausschluss der Öffentlichkeit oder den Geheimhaltungsgrad der Sitzung zu beschließen.

Ich weise Sie aber darauf hin, dass es sich dabei um ein Regel-Ausnahme-Verhältnis handelt. Der Öffentlichkeitsgrundsatz für Beweiserhebungen in Untersuchungsausschüssen hat nach Artikel 44 des Grundgesetzes Verfassungsrang. Die Gründe für eine Ausnahme müssen daher von besonderem Gewicht sein, und der Ausschuss wacht streng darüber, dass das auch so ist.

Haben Sie zu diesen Hinweisen noch Fragen?

Zeuge Chris Gonter: Nein, keine.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Dann komme ich nun zum Ablauf der Vernehmung. Eingangs werde ich Sie kurz zu Ihrer Person befragen. Zu Beginn der Vernehmung zur Sache haben Sie nach § 24 Absatz 4 des Untersuchungsausschussgesetzes Gelegenheit, zum Beweisthema im Zusammenhang vorzutragen, wenn Sie das wünschen. Anschließend oder wenn Sie darauf verzichten, werden Sie von den Mitgliedern des Ausschusses befragt. Die Fragezeit richtet sich



Nur zur dienstlichen Verwendung

nach dem Stärkeverhältnis der Fraktionen: je stärker, desto länger. - Haben Sie zu dem Ablauf noch Fragen?

Zeuge Chris Gonter: Nein.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Dann darf ich Sie nun bitten, sich dem Ausschuss zu Beginn Ihrer Ausführungen mit Ihrem Namen, Ihrem Alter, Ihrem Beruf und einer ladungsfähigen Anschrift vorzustellen.

Zeuge Chris Gonter: Ja. - Mein Name ist Chris Gonter, vom Dienstgrad Oberstleutnant. Ich bin vom BMVg aus der Stauffenbergstraße 18 hier in Berlin, 10785 die Postleitzahl.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Können Sie noch Alter und Ihren Beruf angeben?

Zeuge Chris Gonter: Ja. Also, Beruf ist klar: Berufssoldat, Alter: 57 Jahre.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Vielen herzlichen Dank. - Herr Gonter, Sie können nun, wenn Sie das wünschen, im Zusammenhang darlegen, was Ihnen über den Gegenstand der Vernehmung bekannt ist.

Zeuge Chris Gonter: Ich möchte vielleicht kurz was zu meiner Rolle dort auch sagen, die ich während des Untersuchungszeitraumes eingenommen habe. Meine Aufgabe ist es, als Beauftragter für das Nationale Risiko- und Krisenmanagement der Division Schnelle Kräfte - weil das ist die Division, die praktisch als Hauptkräftesteller den Kern der Kräfte auch für solche Evakuierungsoperationen stellt - - Und deshalb hat auch diese Division die Funktion eines Leitkommandos bekommen. Das kann man vielleicht vergleichen mit einem Krisenstab, der dann eingerichtet wird, wenn es zu so einer Operation kommt.

Ich bin auch dafür verantwortlich, entsprechend die Grundlagen dafür zu erstellen, dass wir alle Prozesse, die bei so einer Operation dann greifen sollen, vorbereiten, einschließlich auch das Bereitstellen der Kräfte. Und darüber hinaus bin ich auch zuständig, entsprechende Übungen

anzulegen für dieses Thema, damit wir eine sehr hohe Kaltstartfähigkeit mit unseren Kräften haben. Dazu werden auch beispielsweise Beiträge geliefert zu Eventualfallplanungen, wenn beispielsweise eine Krise zu erwarten ist.

Ich war in meiner Funktion während der Vorbereitung befasst, weil es für Afghanistan mehrere entsprechende Eventualfallplanungen gab; da war ich dran beteiligt. Und während der Operation habe ich in meinem Standort in diesem Leitkommando in Stadtallendorf Dienst geleistet. Ich war also nicht in Afghanistan und habe dort auch entsprechend keine Eindrücke mitnehmen können. Ich habe mich die ganze Zeit auf der taktischen Ebene bewegt und habe dort entsprechend der operativen und der strategischen Ebene zu gearbeitet. Das geht praktisch los von der Alarmierung beginnend bis über die Operation begleitend, die parallele Planung bis einschließlich dann auch die Nachbereitung der Operation, die praktisch mit Anpassung von Grundlagenpapieren auch noch läuft derzeit.

Meine Erfahrung, damit Sie einschätzen können, wie lange ich in der Thematik „militärische Evakuierungsoperationen“ unterwegs bin: Meine erste Befassung war [REDACTED] bei der Operation [REDACTED], und ich bin seitdem auf verschiedenen Ebenen - auch auf der ministeriellen Ebene - in dieser Thematik unterwegs; also jetzt bereits über zehn Jahre. Ich habe da an diversen Übungen und vorbereitenden Maßnahmen teilgenommen und habe auch an Konzepten mitgearbeitet, um entsprechend diese Dinge weiterzuentwickeln, um hier diese hohe Kaltstartfähigkeit zu haben.

Vielleicht zum Ende noch mal ganz kurz die Besonderheit, sofern es nicht schon bekannt ist, die militärische Evakuierungsoperationen an sich immer haben - und das haben wir in vielen Einsätzen und Übungen auch festgestellt -: Wir haben grundsätzlich immer eine sehr hohe Kräftebereitstellung, nämlich mit höchster Verfügbarkeit: 365 Tage. Das heißt immer, dass es hier ad hoc in solche Situationen kommt und von heute auf morgen diese Kräfte in der Lage sein müssen, auch abgerufen zu werden. Meistens ha-



Nur zur dienstlichen Verwendung

ben wir immer eine unklare Lage, weil, wie gesagt, diese Lage halt schnell entsteht und der Informationsfluss unter Zeitdruck immer eingeschränkt ist. Und dieser Zeitdruck, der ist auch, sage ich mal, permanent zu spüren, weil es halt schnell gehen muss, weil die Krise ja gerade am Laufen ist.

Wir haben auch immer eine unklare Lage, was die zu Evakuierenden angeht, die Schutzbefehlenden. Das ist auch immer schwierig. Das stellen wir auch immer in den Übungen dar, weil dieses Lagebild - das umfassende, was wir immer gerne hätten - lässt es leider nicht zu. Auch müssen wir immer mit begrenzten Ressourcen umgehen können, wenn nicht genügend Luftfahrzeuge oder Ähnliches zur Verfügung stehen. Also, wir leben immer in einer besonderen Situation, und das ist auch für die Soldatinnen und Soldaten, die dort eingesetzt werden, immer eine höchste Belastung. Auch das haben wir jetzt im Nachgang von Kabul feststellen dürfen.

Das vielleicht als kurzes Eingangsstatement, damit Sie einschätzen können, wo ich eingesetzt war, mit was ich befasst war und womit aber auch nicht. - Vielen Dank.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Vielen Dank, Herr Gonter. - Die Mitglieder des Ausschusses haben nunmehr die Möglichkeit, Fragen an Sie zu richten. Wenn Ihnen bei der Vernehmung Vorhalte aus Akten gemacht werden sollten, wird Ihnen die Fragestellerin oder der Fragesteller auf Ihren Wunsch die entsprechende Unterlage vorlegen, sodass Sie es einsehen können.

Ansonsten können wir, glaube ich, loslegen. - Ich habe vorweg keine Fragen. Damit geht das Frage-recht an die Kollegin Yüksel von der SPD-Bundestagsfraktion. Bitte schön.

Gülistan Yüksel (SPD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Herzlichen Dank auch für den kurzen Einblick, Herr Gonter. - Ich habe einige Fragen. Ich würde gerne wissen: Innerhalb des Untersuchungszeitraums hatten Sie nach unseren Erkenntnissen drei Funktionen: Sie waren Abteilungsleiter in der Division Schnelle Kräfte; das hatten Sie eben auch schon erwähnt. Dann waren

Sie Beauftragter für Nationales Risiko- und Krisenmanagement zum Schutz deutscher Staatsangehöriger im Ausland. Und Sie waren Führer Gefechtsstandleitungskommando militärische Evakuierungsoperationen. Können Sie kurz das Verhältnis dieser drei unterschiedlichen Funktionen zueinander erörtern?

Zeuge Chris Gonter: Ja. - Also, die Funktion Abteilungsleiter ist praktisch im Grundbetrieb wahrzunehmen, mit dem täglichen Geschäft, mit dem man zu tun hat. Ich bin das nur in Vertretung gewesen, weil mein Abteilungsleiter zu diesem Zeitpunkt im Einsatz war, und ich habe dann die Abteilung geführt.

Die Aufgabe als Beauftragter NatRKM, also Nationales Risiko- und Krisenmanagement, habe ich ja permanent gehabt; die habe ich praktisch mitgenommen. Und dort bin ich praktisch anlassbezogen - immer, wenn es da etwas zu tun gibt - mit beschäftigt.

Als dann die Krise da war, habe ich praktisch auch die Aufgabe übernommen, den Gefechtsstand zu übernehmen, um von dort aus alle Maßnahmen zu steuern und zu führen. In der Phase sind dann die Aufgaben des Abteilungsleiters ein bisschen in den Hintergrund getreten, weil ich dann auch meinem Chef gegenüber klargemacht habe, dass das in der Parallelität jetzt nicht geht; da ist jetzt ein neuer Schwerpunkt. Und, wie gesagt, das, was in der Abteilung dann im Grundbetrieb zu tun war, haben wir auf das allernotwendigste Maß reduziert.

Gülistan Yüksel (SPD): Sie haben das ja gerade gesagt. Ich hätte jetzt noch mal gefragt, ob Sie diese Funktionen alle zeitgleich zueinander ausgeübt haben. Aber Sie haben ja gesagt, das war ein bisschen schwierig. Können Sie das vielleicht noch mal erläutern? Haben Sie alle drei Funktionen zeitgleich gemacht?

Zeuge Chris Gonter: Ja, aber in der unterschiedlichen Schwerpunktsetzung.

Gülistan Yüksel (SPD): Und Sie hatten in all diesen Funktionen auch denselben Vorgesetzten?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Chris Gonter: Ja, das war der Chef des Stabes.

Gülistan Yüksel (SPD): Welche unterschiedlichen Aufgaben haben Sie denn eigentlich erwartet in den verschiedenen Funktionen? War das so, wie Sie das erwartet haben, oder haben Sie das anders erwartet?

Zeuge Chris Gonter: Also, das ist nicht unüblich, dass wir mehrere Funktionen zeitgleich haben. Die werden aber, wie gesagt, nach der Priorisierung dann entsprechend unterschiedlich, in einer unterschiedlichen Ausprägung wahrgenommen, sodass ich in der Phase der Krise, der Evakuierung - - war ich praktisch, ich sage mal, geschätzt zu 90 Prozent mit der Aufgabe der Krisenbewältigung beschäftigt.

Gülistan Yüksel (SPD): Ich würde gerne noch mal wissen - es wäre schön, wenn Sie noch mal kurz erläutern können -, welche Funktionen Sie im Juli und August 21 hatten und inwieweit Sie in die Durchführung der militärischen Evakuierungsmission eingebunden gewesen sind in den Monaten Juli und August.

Zeuge Chris Gonter: Ja. Also, die Aufgaben, so wie gerade schon beschrieben, waren halt auch in der Phase Juli und August gegeben, sodass ich diese Aufgaben, so wie gerade schon geschildert, da auch wahrgenommen habe in der Phase.

Gülistan Yüksel (SPD): In den Unterlagen, die uns zur Verfügung gestanden haben, haben wir keine Hinweise finden können, ob Sie auch an den Planungen zum Abzug des letzten Bundeswehrkontingents im Rahmen der Resolute Support Mission beteiligt gewesen sind. Ist das auch so zutreffend?

Zeuge Chris Gonter: Es gab ja mehrere Eventualfallplanungen in verschiedenen Phasen. Und so gab es auch im Frühjahr - ich kann das jetzt nicht mehr genau zeitlich einordnen - eine der Planungen; da ging es auch um den Abzug. Und wir als Division Schnelle Kräfte haben dazu einen Beitrag geliefert, weil die Division auch den Auftrag hat, bei Bedarf bei bewaffneten Rückführungen

eigener Kräfte zu unterstützen. Das heißt, wir haben eine Planung mit vorgelegt als Optionen und waren somit auch an der Eventualfallplanung beteiligt. Dies ist aber dann später nicht so durchgeführt worden.

Gülistan Yüksel (SPD): Mein Kollege hat dazu mal eine Frage; ich gebe mal eben kurz ab. Bitte.

Jörg Nürnberger (SPD): Weil Sie es jetzt zweimal angesprochen haben, dass Sie an den Eventualfallplanungen beteiligt waren, und Sie haben auch gerade von „Optionen“ gesprochen: Können Sie uns näher erläutern - sofern das hier in diesem Rahmen möglich ist -, wie genau diese Optionen ausgeschaut haben, oder zumindest grundsätzlich darstellen, welche Möglichkeiten hier in Betracht kommen, ohne auf die Details zu nahe eingehen zu müssen?

Zeuge Chris Gonter: Die Optionen, einfach dargestellt, haben unterschiedliche Kräfteansätze gehabt - von einer kleinen Unterstützung, sage ich mal, einer mittleren und einer etwas größeren Unterstützung -, sodass man je nach Lageentwicklung dann auch zum einen oder zum anderen greifen kann.

Jörg Nürnberger (SPD): Bedeutet das auch, dass der Kräfteinsatz auch die Intensität der militärischen Mittel dann entsprechend berücksichtigt hat?

Zeuge Chris Gonter: Die Intensität, würde ich jetzt nicht sagen, weil die Kräfte, die wir als Division Schnelle Kräfte bereitstellen können, sind ja, was die Intensität angeht, eigentlich immer gleich. Aber je nachdem, mit welcher Größenordnung wir dort reingehen, ist natürlich der Aufwand entsprechend größer; aber auch die Unterstützungsmöglichkeit - - oder der Bedarf, der dort ist, kann dann auch gedeckt werden.

Jörg Nürnberger (SPD): Das heißt, auch verschiedene Fähigkeiten werden anlassbezogen entsprechend eingesetzt?

Zeuge Chris Gonter: Richtig.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Jörg Nürnberger (SPD): Eine Voraussetzung für derartige Eventualplanungen ist ja auch eine besondere, intensive Auseinandersetzung mit der Lage, die Sie aus Ihren Quellen für solche Szenarien vorgefunden haben. Können Sie uns erläutern, auf Grundlage welcher Annahmen und welcher Lageeinschätzungen Sie diese Eventualfallplanungen vorgenommen haben?

Zeuge Chris Gonter: Wenn wir jetzt mal auf die Planung gucken, die wir gerade angesprochen haben mit dem Abzug der Bundeswehrsoldaten aus Afghanistan: Da war die Lage, die uns zugrundelag, eher von, sage ich mal, nicht so großer Bedrohung, weil das entsprechende Grundsätze auch sind, dass wir - - Ein Abzug ist immer eine Schwächephase, sagen wir militärisch, und da kann es auch dazu kommen, dass beim Abzug zusätzliche Kräfte zunächst erst mal zur Verstärkung reingebracht werden, um den Abzug abzuschern. So. Und das wäre unsere Aufgabe gewesen. Aber, wie gesagt, die Lage war anscheinend nicht so kritisch, dass man praktisch zu diesem Mittel gegriffen hat.

Jörg Nürnberger (SPD): Sie haben jetzt den Konjunktiv benutzt, und ich entnehme Ihren Aussagen, dass es dann in der praktischen Umsetzung des Abzugs der Resolute Support Mission tatsächlich nicht notwendig war, Ihre Kräfte dort unterstützend einzusetzen.

Zeuge Chris Gonter: Ich habe da auch keine Rückmeldung gekriegt; wir haben da nur zugearbeitet. Das ist dann auf anderer Ebene entschieden worden. Aber wir sind nicht zum Einsatz gekommen. Das kann ich definitiv sagen.

Jörg Nürnberger (SPD): Mit welchem zeitlichen Vorlauf sind Ihrer Erfahrung nach - und Sie haben ja selber betont, dass Sie seit mindestens einem Jahrzehnt in ähnliche Entscheidungsfindungsprozesse eingebunden sind - - Welcher zeitliche Vorlauf ist notwendig, um eine vernünftige Planung zustande zu bringen, damit möglichst alle Eventualitäten abgedeckt werden können?

Zeuge Chris Gonter: Ja, das ist natürlich eine schwierige Frage, weil man das, glaube ich, nicht

so verallgemeinern kann. Also, grundsätzlich können wir auch arbeiten und handeln, wenn wir gar keinen Vorlauf haben. Je mehr Vorlauf da ist, sage ich mal ganz allgemein, desto intensiver kann man sich damit auseinandersetzen. Und das ist ja nicht nur mit der Planung getan, sondern bei der Planung stellt man ja beispielsweise auch fest, dass man vorbereitende Maßnahmen treffen muss - in bestimmte Gastländer - - oder wie auch immer. Und diese vorbereitenden Maßnahmen, die helfen dann natürlich auch noch mal entscheidend, uns, sage ich mal, den Weg zu bereiten, damit es weniger Friktionen gibt. Das heißt, je mehr Zeit man hat - - Also, wenn man ein halbes Jahr Vorlauf hat, dann müsste das ausreichend sein, um dann solche Maßnahmen zu ergreifen.

Jörg Nürnberger (SPD): Wenn Sie sich an diese Planungsphase zurückerinnern: Wurden vonseiten Ihrer Vorgesetzten besondere oder außergewöhnliche Anforderungen für die Planungen und dann die nachfolgende Vorbereitung dieser Missionen gestellt? Oder war das etwas, was völlig im Rahmen dessen war, was Sie in diesen vergangenen Jahren erlebt haben?

Zeuge Chris Gonter: Es hat sich in dem Rahmen bewegt; weil dieser Auftrag ist für uns ja nicht neu. Wir müssen da flexibel immer drauf - - Also, wir haben keine festen Muster, wo wir sagen: „Das läuft immer so ab“, weil jede Lage auch unterschiedlich ist. Wir brauchen diese Flexibilität, und die haben wir auch. Und dann sind wir darauf eingestellt, darauf entsprechend angemessen zu reagieren.

Jörg Nürnberger (SPD): Also auch im Hinblick auf die Entfernung des Ziellandes, in dem Sie Ihre Operationen dann durchgeführt hätten - in dem Fall auch mit Konjunktiv -, gab es da keine Besonderheiten?

Zeuge Chris Gonter: Nein.

Jörg Nürnberger (SPD): Die Nachbarländer mussten mit eingebunden werden. Man hat ja dann später, bei dieser zweiten tatsächlichen Evakuie-



Nur zur dienstlichen Verwendung

rungsmission, auch teilweise in den Nachbarländern verschiedene Operationen dann vorbereitet.

Zeuge Chris Gonter: Ja. Ein Grundsatz ist ja, dass man möglichst immer ein Gastland oder ein Drittland zur Verfügung hat, um dort eine entsprechende Basis aufzubauen, damit man einfach, sage ich mal, auf der taktischen Ebene dann besser operieren kann, als wenn alles aus Deutschland heraus geschieht. Sie haben die Entfernung ja angesprochen; das ist ja dann auch die Problematik dabei.

Jörg Nürnberger (SPD): Noch eine grundsätzliche Frage zu diesen Planungen: Werden bei solchen Planungen nur die militärischen Aspekte berücksichtigt, oder werden auch andere Entscheidungsträger in solche Planungen miteinbezogen? Weil es geht ja dann auch um die Rückführung von zivilem Personal zum Teil, das nicht notwendigerweise zum Beispiel Ortskräfte der Bundeswehr sein musste, sondern zum Teil auch anderen Institutionen gedient haben könnte. Wird das berücksichtigt, und ist man dann dort auch in Gesprächen mit den entsprechenden deutschen Institutionen, die vor Ort tätig sind?

Zeuge Chris Gonter: Also, nach meinem Kenntnisstand wird das immer gemacht. Das ist nicht meine Ebene - auf der taktischen Ebene -, sondern das wird auf einer anderen Ebene durchgeführt. Das ist auch regelmäßig so, weil das keine bundeswehreigene Geschichte ist, sondern Evakuierungsoperationen sind immer ressortübergreifend, und so legen wir beispielsweise auch unsere Übungen an. Also, da sind auch ressortübergreifende Anteile in diesen Übungen mit drin, damit wir zu Friedenszeiten schon gemeinsam üben und da bestimmte Prozesse auch funktionieren.

Jörg Nürnberger (SPD): Für mich abschließend für meinen Teil noch mal die Frage: Wenn Sie sich den Zeitstrahl nochmals vor Ihr geistiges Auge führen: Können Sie uns noch einmal ganz kurz zusammenfassend darstellen, wann Sie beauftragt worden sind, solche Eventualfallplanungen durchzuführen, wie lange die Planungsphase dann gedauert hat, ob es in der Folge noch zu

Änderungen an diesen Planungen gekommen ist und wann diese Prozesse beendet waren und Sie im Prinzip aufgrund dieser Planungen hätten mit der von Ihnen beschriebenen Kaltstartfähigkeit sofort loslegen können?

Zeuge Chris Gonter: Wir haben, wie ich eingangs schon mal sagte, mehrere Planungen gehabt. Den Abzug - hatte ich gerade beschrieben - - das war im Frühjahr. Wir haben im Mai eine Planungswoche durchgeführt, wo es dann um die Phase geht, wenn die Bundeswehr dann halt nicht mehr vor Ort ist. Diese wurde dann meines Wissens auch im Mai so weit abgeschlossen. Und dann gab es im Juni noch mal eine dritte Phase, wo auch ziemlich kurzfristig darüber nachgedacht worden ist, mit zivilen Maschinen und Unterstützung der Bundeswehr Ortskräfte noch mal rechtzeitig rauszuholen. Dazu ist es dann aber auch nicht gekommen. Aber das waren die drei Planungen, die ich kenne, wo ich beteiligt war. Das war alles im Juni so weit abgeschlossen.

Jörg Nürnberger (SPD): Sie haben jetzt gerade erwähnt, dass es die Planungsoption gab, Charterflüge zu organisieren oder zumindest einen Charterflug zu organisieren. Ist Ihnen bekannt, warum diese Option dann am Ende nicht mehr verfolgt wurde?

Zeuge Chris Gonter: Nein.

Jörg Nürnberger (SPD): Wurde Ihnen das mitgeteilt oder erklärt?

Zeuge Chris Gonter: Nein.

Jörg Nürnberger (SPD): Okay. - Ich glaube, das wäre es für uns in der ersten Runde. Es macht wenig Sinn, einen neuen Themenkomplex anzufangen.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Dann würde ich vielleicht selbst noch zwei Anschlussfragen stellen. - Sie haben über Planungen solcher Evakuierungsoperationen gesprochen und dass Sie da in unterschiedlicher Weise mit befasst waren und dass Sie sich einstellen müssen auf teilweise unklare Lage, auf schwierige logistische Voraussetzungen usw. Mich würde mal interessieren:



Nur zur dienstlichen Verwendung

Wie stark spielt das Thema Risikoanalyse bei der Vorbereitung eine Rolle oder die Risikoabwägung, die damit verbunden ist?

Zeuge Chris Gonter: Ja, eine Risikoanalyse ist immer Bestandteil einer Planung. Aber oft ist es halt auch so, dass wir, weil wir in einer unklaren Lage leben, auch das Risiko nicht vollends abschätzen können. Und wir müssen auch, wenn das entsprechend so befohlen wird, die Kräfte - und werden sie dann auch - zum Einsatz bringen.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Ich frage da deswegen nach, weil die Frage - - Ich sage mal, eine unklare Lage vorzufinden, kann ja durch objektive Umstände passieren; sie kann ja aber auch dadurch passieren, dass es falsche Einschätzungen gibt oder eben Voraussetzungen nicht so sind, wie sie sein sollten. Deswegen: Gibt es auch einen Punkt in den Planungen, wo Sie sagen würden, dass eine Risikoanalyse dazu führt, dass man eher sagt, dass das Risiko zu groß sein könnte, einen solchen Einsatz - -

Zeuge Chris Gonter: Ja, ich kann mir das vorstellen. Wir haben auch auf taktischen Ebenen, wenn wir Operationen durchführen, sogenannte Abbruchkriterien, die zum Zuge kommen können, also bestimmte Situationen, die entstehen, damit man weiß, wie man dann darauf reagiert. Das, was Sie meinen, ist aber wahrscheinlich eher eine Risikoanalyse, die auf der operativen oder strategischen Ebene gemacht wird, die dann praktisch zu der Entscheidung führt, ob Kräfte eingesetzt werden können oder nicht. Das passiert nicht auf der taktischen Ebene.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Meine letzte Frage noch: Sie sind ja ein erfahrener Berufssoldat und haben mit vielen anderen - wahrscheinlich auch mit anderen Ländern - zu tun: Ist das, was Sie an Planungsvorbereitung für solche Einsätze machen, kompatibel mit dem, was Sie aus anderen Armeen anderer Staaten kennen? Ist das, was die Deutschen da machen, sozusagen State of the Art, was die Militär - - Oder gibt es da eine spezifische deutsche Ausprägung solcher Planungsoperationen?

Zeuge Chris Gonter: Also, ich glaube schon, dass es eine spezifisch deutsche gibt. Ich meine, die unterschiedlichen Länder halten nicht alle Kräfte bereit, gerade auch kleinere Länder. Die machen das nicht, die machen das möglicherweise ad hoc oder brauchen entsprechende Unterstützung, beispielsweise auch von uns; man lehnt sich da gerne auch an. Wir versuchen gerade, mit den Niederländern da enger zu kooperieren, wo die Verfahren ähnlich sind. Aber durchaus hat jede Nation so ihr eigenes System, und auch die eigenen Kräfte werden da so bereitgestellt, wie sie es für richtig halten.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Vielen Dank. - Dann gebe ich das Fragerecht weiter an den Kollegen Röwekamp von der CDU/CSU-Fraktion.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Ja, vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Herr Oberstleutnant Gonter, vielen herzlichen Dank, dass Sie uns heute für Auskünfte zur Verfügung stehen. - Wir können den Unterlagen - - Ihnen zumindest eine solche Eventualfallplanung zuordnen, die allerdings eingestuft ist und die ich Ihnen deswegen nicht vorhalten kann. Das ist aber offensichtlich die, die Sie angesprochen haben, vom Mai. Und die sah, zumindest nach dem Sachstandsbericht des BMVg zum Ortskräfteverfahren, offensichtlich eine Evakuierung deutscher Staatsangehöriger und berechtigter Personen aus Afghanistan vor. Meine Frage in diesem Zusammenhang ist: Wer gibt eigentlich den Kreis und die Anzahl der berechtigten Personen zur Evakuierung vor? Ist das eine Vorgabe, oder ermitteln Sie selbst?

Zeuge Chris Gonter: Die Vorgaben dieser sogenannten Listen, die zu evakuieren sind, kommen aus dem Auswärtigen Amt.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Die liegen Ihnen auch persönlich vor, oder wird Ihnen nur eine Zahl genannt?

Zeuge Chris Gonter: Mir liegt die Liste nicht vor, aber die Einsatzkräfte sollten diese Liste haben und auch vorliegen haben. Die hatten auch eine, meines Wissens. Aber die kommt, wie gesagt, nicht aus dem militärischen Bereich, sondern da ist die Zuständigkeit im Auswärtigen Amt.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Auf welche Weise erfahren Sie denn, auf welcher Grundlage Sie eine solche Eventualfallplanung durchführen sollen? Also, wir wissen hier, dass das Einsatzführungskommando am 22.04.21 vom BMVg beauftragt wurde, eine solche Planung zu erarbeiten. Die Planung umfasste danach drei Handlungsoptionen, die es erlauben sollten, auf unterschiedliche Bedrohungslagen zu reagieren. Und dann haben Sie ja offensichtlich in einem Prozess, den Sie eben kurz beschrieben haben - „Planungswoche“ haben Sie es, glaube ich, genannt -, eine solche Eventualfallplanung erarbeitet. Die Vorgaben dazu - also wer ist berechtigt und wie viele sind es? -, die überprüfen und planen Sie nicht selbst. Das ist eine externe Vorgabe, die Sie bekommen?

Zeuge Chris Gonter: Ja. Bei der Planung hatten wir lediglich die Anzahl. Das war unsere Planungsgröße. Die Thematisierung - wer ist nun berechtigt und wer nicht, und wie sieht die Liste aus? - lag zu diesem Zeitpunkt nicht vor.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Ich habe Sie so verstanden, dass es auch vorher eine Eventualfallplanung für den Einsatz in Afghanistan gab, die sich aber eher auf eine militärische Evakuierung bezogen hat. Oder handelt es sich immer um Evakuierungsoperationen, bei denen es um deutsche Staatsangehörige und weitere Personen geht? Oder geht es auch um die Evakuierung von Bundeswehrangehörigen?

Zeuge Chris Gonter: Das sind unterschiedliche Planungen gewesen. Also, der Abzug der Bundeswehr Ende Juni, das war eine Planung, wo es nicht um Schutzbefohlene oder die Evakuierung ging, sondern das war eine Unterstützung des Abzuges. Man redet militärisch dann von einer bewaffneten Rückführung, wenn wir das jetzt unterstützt hätten.

Ganz anders ist der Fall, wo es darum geht, Schutzbefohlene zu evakuieren. Da geht es halt nicht um militärisches Personal, sondern dort geht es um Zivilisten. Das sind in der Regel Deutsche, aber auch ergänzend Europäer oder, wenn man etwa in bestimmten Ländern Vereinbarungen mit anderen Partnern hat - - dass dort auch

möglicherweise noch andere mit dazukommen. Das ist so der Regelfall.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Ich habe Sie so verstanden, dass es immer eine individuelle Planung gibt. Also, es gibt da kein Handbuch mit Mustervordrucken für Eventualplanungen, sondern Sie entwerfen auf der Basis der Ihnen übermittelten Informationen - also wer wird gerettet oder soll gerettet werden? wie viele sind das? - jeweils eine individuelle Planung für jede Operation. Habe ich das richtig verstanden?

Zeuge Chris Gonter: Ja. Also, die Eventualfallplanung ist ja nur der Prozess. Der Anlass ist halt immer ein anderer.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Genau. Und dieser Prozess ist aber - so habe ich Sie auch verstanden - dynamisch; das heißt, die Planung ist nicht im Mai erstellt und fertig, sondern es finden Anpassungen statt. Habe ich das richtig verstanden, und war das auch in diesem Fall so?

Zeuge Chris Gonter: Die Anpassungen werden immer bedarfsgerecht - - Also, wenn beispielsweise eine neue Lage vorliegt oder wenn irgendeine Änderung da ist, die von der Planungsgröße abweicht, dann passt man das an.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Und hat es in diesem Fall solche Anpassungen gegeben nach Ihrer Erinnerung?

Zeuge Chris Gonter: Ist mir nicht bekannt. Also, wir sind nicht beteiligt worden. Es kann ja auch kleinere Anpassungen gegeben haben auf anderer Ebene, darum kann ich das nicht sagen.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Wenn es jetzt zum Beispiel eine Anpassung gegeben hätte hinsichtlich der Personenzahl, hätten Sie dann noch mal befasst werden müssen?

Zeuge Chris Gonter: Nicht zwingend.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Anders gefragt, konkret: Hat es in Ihrer Eventualfallplanung für diese Operation eine Anpassung durch Sie gegeben?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Chris Gonter: Nein.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Die Planung ist dann irgendwann fertig, und jetzt tritt der Fall ein, dass tatsächlich die Evakuierung stattfinden soll. Sind Sie dann sozusagen wieder derjenige, der auch die Umsetzung der Planung in Händen hält, oder machen das andere Dienststellen?

Zeuge Chris Gonter: Also, in dem Falle war es so, dass ich auch persönlich derjenige war, der das dann umgesetzt hat. Das ist in Verantwortung aber immer die Division Schnelle Kräfte, weil wir, wie ich eingangs dargestellt habe, den Kern der Kräfte ja immer stellen. Es kommen zwar aus allen Bundeswehrteilen bestimmte Fähigkeiten noch hinzu, die das ergänzen, aber wir haben das dann zu koordinieren - von der Alarmierung bis hin zum Flughafen, bis zum Abflug. Und danach geht die Verantwortung praktisch zum Einsatzführungskommando, die ja alle Einsätze im Ausland führen. Dann sind wir praktisch erst mal raus. Wir unterstützen dann parallel die Planung. Und erst dann, wenn praktisch die Rückverlegung kommt, kommen wir wieder ins Spiel als Leitkommando, als Division, um alle weiteren Maßnahmen hier in Deutschland wieder zu koordinieren. So ist das aufgeteilt.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Wir wissen auch aus dem vorher erwähnten Sachstandsbericht, dass es dann nach einer Krisenstabsitzung im Auswärtigen Amt am 13.08.2021 an das Einsatzführungskommando eine Weisung zur Vorbereitung und eine weitere Weisung zur Verlegung eines Krisenunterstützungsteams an die deutsche Botschaft in Kabul gegeben hat. Waren Sie auch mit diesem Vorgang befasst?

Zeuge Chris Gonter: Nur am Rand, weil wir da die Kräfte nicht stellen in der Regel, sondern es kann höchstens Einzelpersonal sein, das abgestellt werden muss. Ansonsten wird das über das Einsatzführungskommando geführt.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Das heißt, die Empfehlung, ein Krisenunterstützungsteam vorzubereiten und zu entsenden, erfolgte nicht auf Ihre Empfehlung, und Sie waren mit der Umsetzung nicht befasst?

Zeuge Chris Gonter: Nein.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Ebenfalls am 13.08. hat das BMVg dann eine Weisung zur Planung einer Evakuierungsoperation erteilt. Waren Sie dann an dieser Umsetzung der Weisung beteiligt?

Zeuge Chris Gonter: Ja. So wie gerade dargestellt, haben wir das in unserem Gefechtsstandleitkommando in Stadtallendorf in Gänze umgesetzt, was praktisch von der operativen Ebene vorgegeben wurde.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Genau. Und da folgten noch zwei weitere Weisungen nach diesem Sachstandsbericht, der veröffentlicht worden ist, und daraufhin erfolgte dann die Verlegung auch der Bundeswehrkräfte. Habe ich das richtig verstanden, dass Sie sozusagen auch für die Einhaltung oder die Überprüfung und Beobachtung dieser Umsetzung des von Ihnen erarbeiteten Plans dann zuständig waren?

Zeuge Chris Gonter: Ja. Ich war praktisch der Verantwortliche, der das alles sicherstellen musste, dass die Soldatinnen und Soldaten zeitgerecht wie vorgegeben am Flugplatz waren und damit - - zeitgerecht auch verlegen können.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Nun kennen wir ja alle auch die Bilder des Ausgangs dieser Evakuierungsoperation. Meine Frage ist jetzt: Würden Sie uns aus Ihrer Sicht einfach mal schildern, was in den Tagen nach der Weisung, der Evakuierungsoperationen aus Ihrer Sicht geschehen ist, inwieweit der von Ihnen erarbeitete Evakuierungsplan umgesetzt, an welchen Stellen er nicht umgesetzt werden konnte und welche Faktoren dafür eine Rolle gespielt haben.

Zeuge Chris Gonter: Also, ich kann lediglich was sagen zu der Phase „Alarmierung und Verlegung am Flugplatz“, was innerhalb Deutschlands gelaufen ist. Für die Phase in Afghanistan selber und in Usbekistan habe ich höchstens die eine oder andere Meldung mitbekommen. Aber da waren wir auch überhaupt nicht zuständig, weil alle Informationen hier zentral dann ins Einsatzführungskommando gegangen sind.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Und die Phase der Alarmierung - das war, wie Sie schon sagten, Freitag, der 13. - ging das Ganze los. Dort wurden erst mal die Kräfte alarmiert, die zu alarmieren waren. Die mussten teilweise aus dem Urlaub geholt werden und mussten sich dann erst mal in ihren Standorten einfinden. Dann haben die ihre vorbereitenden Maßnahmen getroffen, ihre ganzen Ausrüstungen - alles, was sie brauchen - zusammengetragen, haben praktisch die Verlegung zum Flugplatz vorbereitet. Auch Maßnahmen wie Luftfrachtsicherheit oder die Dinge, dass das Material auch mit einem Luftfahrzeug mitgenommen werden kann, sind da zu berücksichtigen. Das sind viele Maßnahmen, und das musste alles koordiniert werden, damit die dann rechtzeitig, wie gesagt, in Wunstorf dann eintreffen konnten.

Das haben wir koordiniert; da war viel abzustimmen. Das haben wir intensiv begleitet. Aber, wie gesagt, nach Abflug, was dann tatsächlich vor Ort war, dazu kann ich keine Aussagen treffen.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Umfasste Ihre Planung auch eine Antwort auf die Frage, wie die Schutzbefohlenen - so haben Sie, glaube ich, das genannt -, also diejenigen, die evakuiert werden sollen, tatsächlich dann auch zu dem Evakuierungsort, also in diesem Fall zum Flughafen, gelangen? Also, haben Sie sozusagen auch diese Planung durchgeführt?

Zeuge Chris Gonter: Nein, damit war ich nicht befasst. Es gab zwar im Mai die Planung, die ich angesprochen habe, Überlegungen, wie man beispielsweise die Botschaft an den Flugplatz bekommt. Aber wir sind damals in den Planungen auch davon ausgegangen, dass wir circa 300 zu evakuieren haben. Wie sich später ja herausstellte, war die Lage dann doch durchaus völlig anders, auch von den Zahlen her. Und das war so dynamisch, dass wir uns über Evakuierungsrouten oder was normalerweise auch üblich ist - dass die sich irgendwo an einem Sammelpunkt erst mal sammeln und dass man sie dann zum Flugplatz bringt - - Das ist hier gar nicht zur Anwendung gekommen.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Genau. - Also, jetzt mal im Idealfall gedacht: Was hat Ihre Planung vorgesehen? Sie wollen evakuieren ab Flughafen, so habe ich das jetzt verstanden. Und wie kommen in Ihrer Planung dann die deutschen Staatsangehörigen, also die Schutzpersonen, zum Flughafen? Das ist von Ihrer Planung nicht umfasst. Generell nicht?

Zeuge Chris Gonter: Genau. Weil hier die Zuständigkeit - - Sie sprachen das Krisenunterstützungsteam an. Das wird ja dem Auswärtigen Amt - und damit der Botschaft - zur Verfügung gestellt. Und die organisieren praktisch, weil dort in der Regel auch die Verbindungen da sind zu der deutschen Community. Dass die dann gesteuert werden können, sodass sie zu dem Zeitpunkt am Flughafen sind, damit die evakuiert werden können.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Das heißt, für die Überprüfung und Auswahl - Identitätenprüfung und so, also: „Wer darf mit? Wen lassen wir ins Flugzeug?“, sage ich jetzt mal so verkürzt - haben Sie gar keine Durchführungshoheit und haben das deswegen auch nicht geplant. Habe ich das richtig verstanden?

Zeuge Chris Gonter: Ja. Wir können es ja auch gar nicht planen, weil, wie gesagt, wir nicht wissen, welche Faktoren vorher gezogen werden, ob die direkt dort hinkommen, ob die am Sammelpunkt sind. Das kann man auch nicht planen. Wir brauchen nur eine Liste, die möglichst auch vollzählig ist, damit wir eine Chance haben, das mit militärischen Mitteln dann auch ganz normal zu überprüfen und damit sicherzustellen, dass auch alle mitgehen können.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): „Eine Liste“ bedeutet eine Liste mit Identitäten von Schutzbefohlenen, wie Sie - -

Zeuge Chris Gonter: Richtig. Das wäre der Idealfall.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Und hatten Sie zu irgendeinem Zeitpunkt bei dieser konkreten Operation eine solche Liste?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Chris Gonter: Ich hatte keine, nein. Ich weiß nur, dass die Kräfte vor Ort wohl Listen hatten. Die sind aber - - Die Unterlagen wohl, so wurde mir berichtet, auch einer hohen Dynamik. Aber ansonsten kann ich da keine Aussagen zu machen.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Die Kräfte vor Ort - habe ich richtig verstanden? - waren aber nicht Gegenstand Ihrer Planung?

Zeuge Chris Gonter: Nein.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Okay. - Die Planung, die Sie erstellt haben: Wie wird die sozusagen abgestimmt? Nehmen Sie selbstständig Abstimmungen mit Auswärtigem Amt, Botschaft, Einsatzkontingent oder anderen Behörden wahr, oder steuern Sie sie nur hausintern?

Zeuge Chris Gonter: Nein, also damit sind wir auf der taktischen Ebene nicht befasst. Das geschieht, wie gesagt, auf anderer Ebene. Wir liefern halt nur den Beitrag, wie wir das dann unter den Rahmenbedingungen, die uns vorgegeben werden, militärisch lösen können.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Nun war das eine multinationale Operation. Das heißt, auch andere Länder haben womöglich oder nachweislich Evakuierungsplanungen durchgeführt. Stimmen Sie sich auf Ihrer Ebene mit anderen Nationen über diese Frage ab?

Zeuge Chris Gonter: Nein, auf unserer Ebene nicht.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Wissen Sie, ob eine solche Abstimmung auf anderer Ebene stattgefunden hat?

Zeuge Chris Gonter: Das kann ich nicht sagen.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Das können Sie nicht sagen. - Ich muss mich ja bemühen, so zu fragen, dass wir den Rahmen der Sitzung nicht verlassen müssen.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Das stimmt.

(Heiterkeit)

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Und ich muss mich nicht nur bemühen, ich muss es auch schaffen. - Sie haben vorhin angesprochen, dass es mehrere Optionen für eine solche Evakuierungsoperation gibt. Können Sie uns abstrakt - also nicht bezogen auf diese konkrete Operation - sagen, welche möglichen Optionen das sind?

Zeuge Chris Gonter: Ich kann das nur generisch - so wie vorhin schon mal dargestellt, in unterschiedlichen Kräftepaketen halt - darstellen.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Ja.

Zeuge Chris Gonter: Dass wir halt je nach Lage mit einem kleineren, schnelleren Ansatz arbeiten können oder halt mit einem größeren, aber dann durchsetzungsfähigeren Ansatz. In dieser Spannweite bewegt sich das Ganze.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Es ist ja kein Geheimnis, dass die Evakuierung letztendlich über Taschkent erfolgt ist. War das sozusagen Ihre Vorgabe, oder ist das ein Teil der Planungen, die Sie selbstständig vornehmen?

Zeuge Chris Gonter: Die Planungen hatten noch andere Optionen gehabt. Wir hatten eine andere präferiert, weil einfach auf der taktischen Ebene die Entfernungen geringer gewesen wären und wir da auch mit Hubschraubern hätten besser arbeiten können. Es ist aber auf einer anderen Ebene anders entschieden worden - für Usbekistan. Die Gründe sind mir nicht bekannt.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Eine andere Ebene innerhalb Ihres Hauses oder eine andere Ebene - -

Zeuge Chris Gonter: Nicht hier in unserem Haus. Das ist also auf der operativen oder strategischen Ebene entschieden worden. Es ist mir aber auch nicht bekannt, wer diese Entscheidung getroffen hat.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Wie haben Sie denn von dieser Entscheidung erfahren?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Chris Gonter: Das war im Vorfeld vor der Verlegung, weil wir ja dann wussten, dass wir das Ganze über Usbekistan durchzuführen haben.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Meine Frage ist: Woher wussten Sie das? Also, wer hat Ihnen mitgeteilt, über welchen Ort Sie jetzt die Evakuierung durchführen sollen?

Zeuge Chris Gonter: Ich weiß gar nicht, ob es in den Weisungen fixiert war oder ob das mündlich mitgeteilt wurde. Das kann ich nicht mehr genau sagen.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Hat es zu der von Ihnen erstellten Planung irgendwelche Hinweise, Änderungswünsche gegeben, denen Sie nachgekommen sind? Oder anders gefragt: Wurde die von Ihnen erstellte Planung durch Vorgesetzte, andere Dienststellen oder politische Entscheidungsträger beeinflusst?

Zeuge Chris Gonter: Beeinflusst nicht. Also, was wir - - Der Prozess ist ja, dass wir uns Gedanken machen auf der taktischen Ebene, wie wir das Ganze lösen können. Dazu erarbeiten wir einen entsprechenden Beitrag, den geben wir ab, und dann wird aber auf einer anderen Ebene entschieden, welche möglichen Optionen am Ende gezogen werden. Das heißt, darauf haben wir auch keinen Einfluss, und wir müssen das dann umsetzen, was entschieden worden ist.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Wir müssten - - Das Fragerecht -

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Okay.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: - geht zur Frau Kollegin Nanni, Bündnis 90/Die Grünen.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Guten Abend auch von mir, Herr Gonter! Schön, dass Sie da sind, sich den Fragen stellen und uns ein bisschen Einblick lassen in etwas, wovon wir, glaube ich, alle ungefähr gar keine Ahnung haben und uns auch immer noch mühsam sozusagen herantasten, was aber für die ganze Durchführung am Ende auch extrem relevant war. Die Kol-

legen haben jetzt schon zu einigem Grundsätzlichen Fragen gestellt, deswegen würde ich jetzt noch mal an eine Aussage anknüpfen, die Sie gerade gemacht haben, nämlich zum Thema Übungen.

Also, wenn geübt wird - weil Sie auch gesagt haben, es sind ressortübergreifende Übungen -: Ist ein Teil dieser Übungen auch sozusagen der Moment, an dem Sie erfahren, wie viele PAX - wie man beim Militär so schön sagt - zu evakuieren sind? Ist das sozusagen Teil der Übung: „Und dann müsst ihr uns sagen, wie viele Leute wir evakuieren sollen“?

Zeuge Chris Gonter: Wir versuchen, die Übung immer möglichst real darzustellen, damit auch die Bilder, die die Soldaten mitnehmen - - Und wir rotieren ja die Soldaten auch ständig, sodass es nicht immer die gleichen sind. Darum müssen wir das Thema auch immer wieder präsent halten, also so real wie möglich anlegen. Das heißt, wir arbeiten hier auch mit ungefähren Zahlen, die sich auch im Laufe der Übung mal ändern können, sodass man nicht von vornherein weiß: Ja, das sind jetzt 100, die müssen wir evakuieren, und wenn die 100 weg sind, haben wir den Auftrag erfüllt. Sondern wir machen die Lagen tatsächlich dynamisch, damit man auch lernt, mit solchen Situationen umzugehen.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Können Sie sagen, wie dynamisch? Also, was sind das für Variationen: von 10 auf 100 oder von 50 auf 1 000? Also was sind sozusagen die möglichen Realitätsveränderungen, mit denen Sie üben?

Zeuge Chris Gonter: Vielleicht ganz einfach erklärt: Das sind nicht solche Riesensummen, die da ins Spiel gebracht werden, weil wir müssen dann am Ende auch die ganzen, sage ich mal, zu Evakuierenden haben, und wir bedienen uns da am Ende auch gern einer Firma, die praktisch Zivilisten bereitstellt, weil die das auch relativ real darstellen können. Also, wenn ich einen Soldaten dort einteile, der einen Auftrag ausführt, der macht ja dann alles, was ihm gesagt wird, sondern wir wollen ja auch - - Da ist zum Beispiel einer mit Flugangst dabei, der hat wirklich



Nur zur dienstlichen Verwendung

reale Flugangst, und dann müssen die Sanitäter damit umgehen. Also, wir versuchen das schon - das ist nur ein Beispiel - real darzustellen.

Und es ist manchmal so: Ein Luftfahrzeug hat ja eine bestimmte Anzahl von Plätzen, und wir können das in den Übungen nicht so durchführen, wie wir es in Kabul gesehen haben, dass möglichst viele, alle in den Laderaum reinkommen. Da sind ja auch luftrechtliche Dinge zu berücksichtigen. Und dann haben wir einfach nur ein paar Mann mehr da, und schon kriegen wir nicht alle in einen Flieger rein, und damit hat die Truppe wieder eine Herausforderung, die sie lösen muss.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Noch mal zurück zu dem Teil der Übungen, was die Ressortabstimmungen angeht. Das heißt, ein Teil der Übung ist, dass Sie jetzt vom AA die Meldung bekommen: „Es sind nicht 37, sondern 57 PAX“?

Zeuge Chris Gonter: Die ressortübergreifende, sage ich mal, Teilnahme ist nicht nur an Zahlen geheftet, sondern das Auswärtige Amt beispielsweise, aber auch Teile vom BMI - also Bundespolizei - haben bei der letzten Übung im letzten Jahr daran teilgenommen, und die sind real mit in der Übung drin und spielen dort praktisch auch, um diese ganzen Informationsbeziehungen darstellen zu können und damit reale Bilder zu bekommen.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das heißt aber auch, dass die Kolleginnen und Kollegen aus dem Auswärtigen Amt in der Übung auch lernen: Es ist wichtig für den Gesamttablauf, dass es eine Liste gibt, die dann in eine Planung eingebaut wird. - Habe ich das richtig verstanden?

Zeuge Chris Gonter: Korrekt.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. Das heißt, es müsste im Auswärtigen Amt bekannt sein, was die Relevanz dieser Liste angeht, und auch, welche Schwierigkeiten es gibt, wenn sich die Anzahl der zu befördernden Menschen dann innerhalb der Übung ändert?

Zeuge Chris Gonter: Ich glaube, das gehört zu der Situation dazu. Also, das ist utopisch, zu glauben, dass wir immer genau die Anzahl haben, die am Ende da ist. Ich habe das noch nicht einmal erlebt, dass die Anzahl, mit der wir geplant haben, tatsächlich dann auch die Anzahl ist, weil auch da eine Dynamik drin liegt. Man versucht ja auch seitens des Auswärtigen Amtes schon frühzeitig, wenn eine Krise anberaumt wird, dass Deutsche möglichst schon ausreisen - diese Ausreiseempfehlung, die es da gibt. Und damit ist auch eine entsprechende Dynamik drin, was die Zahlen, was die Reduzierung angeht, aber auch genau in die andere Richtung, weil die werden zwar aufgefordert, sich in Listen einzutragen - diese berühmte ELEFAND-Liste -, aber davon wird nicht immer unbedingt Gebrauch gemacht. Und erst in einer Krise gehen plötzlich die Zahlen hoch, weil sich dann einige eintragen; aber das ist nie abschließend. Darum ist es für mich Normalfall, dass wir nie eine genaue Zahl haben.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und was, würden Sie sagen, ist so der heftigste Anwuchs, den Sie in einer realen Situation mal erlebt haben, also an zu befördernden Personen, an Steigerungen, die niedrigste Dunkelquote sozusagen von ELEFAND?

Zeuge Chris Gonter: Also, Kabul war schon besonders. Wir sind von 300 ausgegangen, und am Ende haben wir, glaube ich, über 5 000 evakuiert. Da war aber auch noch nicht von vornherein klar, dass halt auch die Ortskräfte und alles, was da an Familien mit dranhängt - - Das war uns nicht klar.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und das, würden Sie sagen, ist im Vergleich zu den anderen Evakuierungen, bei denen Sie in der Planung dabei waren, die absolute Ausnahme, dass es so einen starken Aufwuchs gab?

Zeuge Chris Gonter: Ja, vielleicht ist das aber auch normal. Also, ich habe das vorher noch nicht erlebt; ich kann mir aber gut vorstellen, dass es auch andere Länder gibt, wo man damit rechnen muss - gerade so Doppelstaatler, wo man gar nicht genau weiß: Wie viele Deutsche sind denn das überhaupt, und melden die sich alle?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Da kann ich mir durchaus vorstellen, dass es ähnliche oder vergleichbare Situationen geben kann.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dann, weil mich die ressortübergreifende Zusammenarbeit natürlich auch interessiert: Wenn Sie jetzt in einer konkreten Planung sind, also nicht in der Übung mit den Ressorts, sondern in der konkreten Planung für eine mögliche MilEvak, und dann merken: „Ich habe hier noch zehn Variable, die eigentlich ungeklärt sind, weil ich die Information noch nicht habe, weil die Entscheidungen noch nicht getroffen worden sind“, melden Sie dann auch von sich aus zurück an Ihre Vorgesetzten: „Könnt ihr euch bitte mal darum kümmern, dass wir von dem Haus und von dem Haus folgende Informationen bekommen, damit wir unseren Korridor einschränken können?“?

Zeuge Chris Gonter: Grundsätzlich ja. Also, wir halten uns da nicht zurück, sondern eine MilEvak, wie eben schon dargestellt, ist ja eine Operation, die unter großem Zeitdruck läuft, und deswegen haben wir im Prozess auch ein sogenanntes paralleles Planen vorgesehen. Das heißt, da wird ebenenübergreifend auf der strategischen ministeriellen Ebene über die operative Ebene bis hin zur taktischen Ebene im engen Schulterschluss ständig hin und her parallel geplant. Also, es ist nicht so, dass wir einmal einen Beitrag liefern, und dann ist unsere Arbeit getan, sondern das geht ständig hin und her, und, wie gesagt, täglich, Tag und Nacht, glühen dann auch die Telefone, weil einfach dieser Informationsaustausch dann auch stattfindet.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie waren ja jetzt an zwei Stellen, die für uns relevant sind, beteiligt. Einmal in der Situation, es kommt das erste Mal eine Weisung: Bitte machen Sie eine Eventualfallplanung. - Und der zweite Zeitpunkt: Der Eventualfall wird zum Realfall und muss durchgeführt werden.

Mir ist jetzt erst mal noch der erste Zeitpunkt wichtig, und dazu wäre meine Nachfrage: Können Sie sich erinnern, welche, ich sage mal so, Informationsdesiderate Sie von anderen Ressorts

angefordert haben, um Ihre Planungen zu vereinfachen und zu verbessern?

Zeuge Chris Gonter: Also, ich habe da nicht eigenständig gearbeitet, sondern ich war in der Phase der Planung auch in Potsdam gewesen und habe gemeinsam mit der operativen Ebene geplant, meinen Beitrag dazu gegeben, und dort gab es auch ressortübergreifend Abstimmungen.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und welche Themen wurden dort abgestimmt?

Zeuge Chris Gonter: Da ging es zum Beispiel auch um die Abstimmung der Lage, Einschätzung der Lage in den verschiedenen Ländern - auch Gastländer wurden betrachtet -, welche möglichen vorbereitenden Maßnahmen beispielsweise noch getätigt werden können, um die Kaltstartfähigkeit zu erhöhen. Das waren so die Themen.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie sprechen, wenn ich es richtig sehe, jetzt von der Phase Mitte bis Ende Mai, -

Zeuge Chris Gonter: Ja.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - wo zwischen den Feiertagen die Planungsphase für die ConOps gemacht worden ist. War in dieser Zeit in der ressortübergreifenden Abstimmung auch „Wen nehmen wir eigentlich mit, und was bedeutet das für die PAX-Zahlen?“ ein Thema?

Zeuge Chris Gonter: Meines Wissens nein, also nicht in den Besprechungen, wo ich teilgenommen habe.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay, danke. - Sie hatten vorhin beim Kollegen - das würde ich einmal nur gerne verifizieren, ob ich das richtig verstanden habe - gesagt, dass Ihnen auch für die Planung nicht gesagt wurde, wie sich die 300 PAX zusammensetzen, sondern nur, dass es 300 sind. Ist das korrekt?

Zeuge Chris Gonter: Ja.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay, danke schön. - Wir wissen aus den Unterlagen



Nur zur dienstlichen Verwendung

von dem Planungstreffen im Mai, und wir wissen auch, dass Sie drei Optionen erarbeitet haben: die schnelle Luftabholung, eine schnelle Luft-evakuierung und eine robuste Evakuierung. Können Sie vielleicht noch mal im Detail skizzieren, was die jeweiligen Parameter der Optionen sind und wie sie sich voneinander abgrenzen lassen?

Zeuge Chris Gonter: Ja, das sind bestimmte Optionen, Standardoptionen möchte ich es mal nennen, weil dort an diese Begriffe und Formen auch bestimmte Zuständigkeiten gebunden sind.

Die schnelle Luftabholung wird im Rahmen einer diplomatischen Evakuierung durchgeführt, wo die Zuständigkeit beim Auswärtigen Amt liegt, dort unterstützend dann die Bundeswehr, beispielsweise mit Luftfahrzeugen oder mit einem KUT, aber die Federführung ist ganz klar beim Auswärtigen Amt.

Eine schnelle Luftevakuierung - hört sich ja so ähnlich an - wird praktisch in ähnlicher Form durchgeführt, nur dass es rein militärisch stattfindet; und die Federführung liegt dort beim Bundesministerium der Verteidigung.

Und die robuste Option unterscheidet sich von der schnellen Luftevakuierung darin, dass die schnelle Luftevakuierung günstige Situationen ausnutzen möchte, wo wir mit Luftfahrzeugen halt schnell zum Flugplatz kommen, diesen Evakuierungspunkt am Flughafen mit, sage ich mal, relativ schwachen Sicherungskräften schützen können, ohne dass die aber durchsetzungsfähig sind. Also, es muss eine Lage vor Ort sein, die noch nicht kritisch ist; und da kann man die günstige Situation nutzen. Eine robuste kommt immer dann zum Einsatz - so wie es auch in Kabul war -, wenn entsprechend die Gefährdung eine größere ist und wo wir auch eine gewisse Durchsetzungsfähigkeit benötigen, um den Schutz auch der zu Evakuierenden zu gewährleisten. Das kann auch so weit gehen, dass wir praktisch auch diesen Evakuierungspunkt, diesen Flugplatz, der das in der Regel ist, verlassen müssen, um beispielsweise Sammelpunkte entweder anzufahren oder anzufliegen. Dazu brauchen wir dann natürlich entsprechend die Mittel, sodass

wir dann auch einen geschützten Transport zu dem Evak-Punkt durchführen können.

Und je nachdem, welche Optionen da greifen, je größer ist dann die Truppe, die wir dazu brauchen.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Vielen Dank. - Das Fragerecht geht zur AfD.

Hannes Gnauck (AfD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Herr Oberstleutnant, zum Anfang noch mal eine Frage: Sie haben ja vorhin davon gesprochen, dass bei solchen Evakuierungsoperationen immer anlassbezogenes Personal und der Kräfteansatz eingeteilt wird. Vielleicht können Sie noch mal kurz skizzieren - nicht im Detail, aber grob -, wie der Kräfteansatz denn mit dieser Evak-Operation war, also Fallschirmjäger, medizinisches Personal, Piloten, Dolmetscher: Wer ist da mitgeflogen? Wie waren die einzelnen Kräfteansätze?

Zeuge Chris Gonter: Das fängt natürlich an mit den Fallschirmjägern. Wir hatten im Prinzip zwei Fallschirmjägerkompanien vor Ort gehabt. Wir haben ein Führungselement dort gehabt von der Luftlandebrigade; das war der General Arlt mit seinem Gefechtsstand und seinem Führungspersonal, die das Ganze vor Ort dann auch geführt haben.

Wir haben zusätzlich - das gehört aber immer zu den Kräften dazu - Sanitätspersonal gehabt, die sich natürlich dann um verwundete Soldaten, aber auch um verletzte zu Evakuierende kümmern können - was sie auch getan haben.

Wir haben Kräfte von der Operativen Kommunikation dabei mit einem Einsatzkamerateam, einem Lautsprechertrupp, um auch, wie es in dem Falle ja auch war, gegen Menschenmengen wirken zu können, Anweisungen zum Beispiel zu geben usw.

Wir haben die Luftwaffe mit den Luftfahrzeugen, den Piloten dabeigeht.

Wir haben logistisches Personal gehabt. Gerade auch in Taschkent brauchen wir dann auch noch



Nur zur dienstlichen Verwendung

mal ein Führungselement, weil ja dort die logistische Drehscheibe dann sichergestellt werden muss.

Und wir haben Feldjäger dabeigehabt, die für die Registrierung der zu Evakuierenden - - Da gibt es entsprechende Aufgabenteilung, dass die sich im Schwerpunkt um die zu Evakuierenden kümmern und die Fallschirmjäger da halt die Sicherung vor Ort sicherstellen.

Das war es im Kern.

Hannes Gnauck (AfD): Danke. - Und Teile KSK?

Zeuge Chris Gonter: Teile KSK sind hier auch zum Einsatz gekommen. Das ist nicht unbedingt üblich. Es entzieht sich auch meiner Kenntnis, warum die so zum Einsatz gekommen sind. - Ja. Punkt.

Hannes Gnauck (AfD): Okay. Danke. - In meiner zweiten Frage beziehe ich mich auf ein Beweismaterial, da geht es um eine E-Mail von General Hoppe an General Schütt, Fundstück MAT A BMVg-5.152, Blatt 109. In dieser E-Mail wird vorgeschlagen, einen A400M zu nutzen, der ungeschützt ist. Dieser Vorschlag traf, ich sage mal, bei General Hoppe eher auf Ablehnung. Ich zitiere einmal aus dem Fundstück:

Engpass gesch Lfz und Besatzungen, Überlegungen ungeschützte A400M zu nutzen, das wären dann 5 mehr (halte ich gar nichts von, aber mich fragt niemand - wir haben die ganzen Jahre uns mit aller Kraft gegen ungesch. Lfz gewehrt und da war die Lage deutlich besser - jetzt plötzlich soll das kein Problem mehr sein...)

Können Sie kurz den Unterschied erklären „geschützter A400M - ungeschützter A400M“ und, warum die Überlegung überhaupt im Raum stand, solche zu nutzen, und wurden diese dann letztendlich genutzt?

Zeuge Chris Gonter: Ich war in dem Vorgang nicht befasst, ich kenne aber diese grundsätzliche Frage, die öfter mal aufkommt. Die geschützten

Luftfahrzeuge haben halt, was die Abwehr angeht - - Oder: Gegen feindlichen Beschuss sind die besser geschützt und können dann wirken. Die technischen Details kenne ich nicht. Und darum werden die in der Regel dann immer zum Einsatz gebracht.

Aber ich sehe das ja auch bei uns, bei Fallschirmjägern, die sind ja auch nicht unbedingt geschützt, haben eine Weste an, und trotzdem begeben sie sich in gewisse Gefahr. Und wenn wir einen Auftrag haben, wird der dann trotzdem durchgeführt. Hierbei gilt es halt auch zu entscheiden im Zweifel, ob man zusätzliche Luftfahrzeuge zum Einsatz bringt, wenn wir zu wenig haben. Das hängt wieder damit zusammen: Wenn die Truppe größer ist und wir mehr in einer kurzen Zeit dort verlegen müssen, dann muss man ständig diese Überlegung machen, weil wir halt von der Anzahl nicht genügend haben.

Hannes Gnauck (AfD): Vielen Dank. - Im Beweismaterial MAT A BMVg-5.168, Blatt 97 schreiben Sie in einer E-Mail an General Schütt hinsichtlich Einsatznachbereitung in Bezug auf die militärische Evakuierungsoperation und haben einen Farbschemaablaufplan zur Einsatznachbereitung entwickelt. Gab es konkrete Erkenntnisse aus dieser Einsatznachbereitung? Waren Sie in dem Prozess dann danach auch noch involviert, und gab es bei den Einsatzkräften größere psychologische Probleme, abgesehen jetzt von den natürlich sehr hohen Belastungen der Einsätze?

Zeuge Chris Gonter: Ja, wir haben da ja wenig Erfahrung gehabt, was die Einsatznachbereitung angeht. Wir kennen das von den ganz normalen Einsätzen; da ist das auch ein entsprechendes festes Schema, wie da zu verfahren ist.

Und ich hatte eingangs ja auch geschildert, dass die militärische Evakuierungsoperation dahin gehend sehr besonders ist, weil - und das haben wir jetzt im Nachgang auch festgestellt - der Soldat halt im Prinzip ohne Vorbereitung dort reingeht. Der weiß nicht ein halbes Jahr vorher, dass er in einen Einsatz geht. Er kann seine Familie nicht benachrichtigen, kommt in eine Situation, wo er nicht weiß, was ihn erwartet. Und Kabul war ja dort schon extrem gewesen und die Eindrücke,



Nur zur dienstlichen Verwendung

die da mitgenommen werden in dieser kurzen Zeit. Da kann ich nicht wie im Kontingent sagen: So, jetzt habe ich heute meine Patrouille gehabt, und abends kann ich das mal in Ruhe verarbeiten oder mit meinen Kameraden sprechen. Diese Möglichkeiten gab es alle nicht.

Darum ist diese Situation a) sehr besonders, und deswegen bedarf sie auch einer intensiven Nachbereitung, der wir uns genau deshalb auch so angenommen haben. Davon ist schon auch Gebrauch gemacht worden, und es sind heute - das weiß ich halt - auch einige, die damit entsprechende Belastungssymptome aufweisen.

Hannes Gnauck (AfD): Wurde denn aus Ihrer Sicht da mal pragmatisch gehandelt? Denn ich sage mal, da kann es ja dann nicht so sein - Sie haben gerade davon gesprochen - wie bei einem normalen Einsatz, dass man auf ein Einsatznachbereitungsseminar vielleicht ein Dreivierteljahr oder ein Jahr wartet oder auf den ersten Termin beim Truppenpsychologen. Wie schnell ging es da mit der Nachbereitung, mit den ersten truppenpsychologischen Gesprächen, Einsatznachbereitungsseminaren? Was waren da die ersten Maßnahmen in den Wochen?

Zeuge Chris Gonter: Die ersten Gespräche wurden angeboten praktisch nach der Landung. Wir hatten in unserem Bereitstellungsraum in Celle dort, wie Sie ja geschildert haben, entsprechenden Parcours auch aufgebaut, um nicht nur Vollständigkeit und Munitionssicherheit und so was herzustellen, sondern um hier auch erste Gespräche mit einem Arzt und Truppenpsychologen zu gewährleisten, um hier erste Erkenntnisse zu bekommen, aber auch schon hier an der Stelle entsprechende Angebote zu machen. Die Einsatznachbereitungsseminare sind dann noch im selben Jahr organisiert und gelaufen und abgeschlossen worden; und auch dabei sind wieder gute Erkenntnisse herumgekommen.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Jetzt geht der Einsatz an die FDP; die Frau Kollegin Dr. Jurisch hat das Wort.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Schönen guten Abend! Vielen Dank, dass Sie heute hier

sind. - Ich möchte gern noch mal auf den Zeitplan Ihrer Planung genau eingehen. Wir haben schon ein bisschen darüber gesprochen; aber ich möchte wirklich noch mal ein bisschen in die Tiefe gehen. Wann haben Sie denn genau mit der Eventualfallplanung für die Evakuierungsmission begonnen, auch inklusive der Operationalisierung dieser Planung?

Zeuge Chris Gonter: Also, die Eventualfallplanung, wie geschildert, habe ich im Mai durchgeführt. Dort bin ich ja nach Potsdam gefahren, und da haben wir auch erst angefangen, weil vorher der Auftrag ja auch nicht da war.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Da war noch gar nichts da?

Zeuge Chris Gonter: Bis dahin noch nicht, nein.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Und Ihre Planung, musste die dann auch im Haus gebilligt werden? Denn ich meine, wenn Sie da etwas planen, das muss ja irgendwie dann auch, denke ich mal, die Leiter im Haus hochgehen. Wie war denn da der Verlauf? Und wann konnten Sie für sich sagen: „Jetzt ist es fertig, das ist abgeschlossen“, auch inklusive aller Durchführungsinstrumente, die Sie dafür brauchen?

Zeuge Chris Gonter: Wir machen das in der Regel so, dass wir in Stadtallendorf unseren Gefechtsstand in der Planungswoche dann aktivieren, auch aus dem nachgeordneten Bereich relevante Vertreter mit dazuholen und dass wir dann in Stadtallendorf diese Planung zentral gemeinsam durchführen.

Ich selbst war dann praktisch als Verbindungselement in Potsdam gewesen und habe unmittelbar an dem, was dort auf der operativen Ebene geplant worden ist, aktiv mitgearbeitet, habe dann die Beiträge, die aus Stadtallendorf kommen, dort entsprechend vertreten.

Und weil Sie fragen, wer das genehmigen muss: Die Planungen, die wir in Stadtallendorf machen, werden dann von unserem Divisionskommandeur gebilligt. Und die Planungen in Potsdam



Nur zur dienstlichen Verwendung

werden dann durch den entsprechenden Befehlshaber auch vorgelegt und gebilligt.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Und wann war das?

Zeuge Chris Gonter: Das muss nach der Planungswoche gewesen sein, zumindest was den Befehlshaber angeht. Das kann ich Ihnen nicht genau sagen, weil wir da nicht mehr beteiligt waren. Das heißt, die Planungswoche trägt erst mal alles das zusammen, und dann wird das anschließend noch vortragsgerecht, sage ich mal, nachbereitet und dann je nach Termin entsprechend vorgestellt.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Wann hatten Sie denn für sich das Gefühl, es gibt eine gebilligte Planung inklusive Operationskonzept?

Zeuge Chris Gonter: Für mich war das gebilligt, weil wir das abgestimmt haben. Es ist ein eher formaler Akt, damit dann auch die entsprechenden Vorgesetzten noch mal beteiligt werden und auch hier noch mal bestimmte Dinge in eine Richtung lenken können. Aber die fachliche Zusammenarbeit, die ist ja vorher geschehen.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Also, es lag im Mai ein Operationskonzept vor für eine Eventualplanung?

Zeuge Chris Gonter: Ja. Das haben wir auch benutzt. Auf dieser Grundlage haben wir im Juli vor der Urlaubsphase das noch mal auf der taktischen Ebene komplett durchgeplant und umgesetzt, sodass wir praktisch auch die Pläne schon in der Schublade hatten, wenn es losgeht.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Okay. - Findet denn die Planung nur theoretisch statt, oder wird das auch praktisch vor Ort geprüft? Also, wann sind Sie da zur Gastland- - Oder wie muss man sich das vorstellen, diese Gastlanderkundung, und wann hat die stattgefunden?

Zeuge Chris Gonter: Eine Gastlanderkundung hat meines Wissens nicht stattgefunden, also, da waren wir auch nicht beteiligt. Wir kannten ja Usbekistan von den jahrelangen Einsätzen, da waren

wir zwar in Termes. Aber da sind wohl Absprachen gelaufen. Aber dazu kann ich keine Aussagen machen; weiß ich nicht.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Sie haben vorher implizit auch auf die Fragen von der Kollegin Nanni gesagt, Sie sind nur von Zahlen ausgegangen, also einfach 300. Das Thema Ortskräfte hat also keine Rolle gespielt. War das denn später im weiteren Verlauf, im August 2021, dann auch ein Thema für die Evakuierungsplanung?

Zeuge Chris Gonter: Es gab ja keine Evakuierungsplanungen in dem Sinne mehr. Man hat zwar eine kurze Planungsphase noch mal gehabt, weil man dann, als am 13. das Ganze dann im Krisenstab beschlossen worden ist, natürlich die Planungen aus dem Mai wieder rausgeholt hat und die noch mal überprüft hat, hat das noch mal mit der aktuellen Lage, die da vorlag, nebeneinandergelegt und hat dann die Entscheidungen auf dieser Grundlage getroffen. Denn im Mai hatten wir ja noch mehrere Optionen; und man musste dann ja tatsächlich auch eine Option greifen.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Dann vielleicht noch ein Aspekt zu Transporthubschraubern. - Habe ich noch Zeit?

(Der Vorsitzende nickt)

In der Eventualfallplanung Afghanistan vom Mai waren ja verschiedene Modelle entworfen.

In einem von insgesamt ■■ ausgeplanten Szenarien werden TrspHubschr NH90 eingesetzt. Die Gestellung von Hubschrauberkräften des Heeres im Rahmen der Nationalen Krisenvorsorge unterliegt jedoch unverändert der Prüfung der tagesaktuellen Verfügbarkeit.

Das ist aus MAT A BMVg-4.584 VS-NfD, Blatt 39. - Wie viele NH90 standen denn grundsätzlich zur Evakuierung zur Verfügung in Afghanistan?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Chris Gonter: Das kann ich Ihnen nicht sagen, weil diese Option am Ende nicht gezogen worden ist. Es steht zwar immer drin „tagesaktuelle Verfügbarkeit“; [REDACTED]

[REDACTED] Aber grundsätzlich hatten wir in den Optionen im Mai vorgesehen, dass es auch zum NH90-Einsatz kommen kann, wenn man jetzt das andere Gastland genommen hätte.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Sie können auch nicht sagen, wie viele schon vorher abgezogen wurden zu dem Zeitpunkt?

Zeuge Chris Gonter: Nein, also die Frage hat sich gar nicht mehr gestellt, weil ja dann festgelegt worden ist, dass es nach Taschkent geht, und von Taschkent ist die Entfernung für den NH90 einfach zu weit, um bis nach Kabul zu kommen. Darum ist diese Option gar nicht weiter betrachtet worden.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Okay. - Wie hätten Sie denn grundsätzlich den NH90 für den Zweck beurteilt?

Zeuge Chris Gonter: Ja, man kann mit einem Transporthubschrauber natürlich über Luft schnell Entfernungen zurücklegen. Eine Option war ja auch, die Botschaft praktisch dort zu evakuieren, um dann mit dem Hubschrauber zum Flugplatz zu fliegen; dann hätte man nicht durch Stadt gemusst. Das waren so die Gedankengänge. Insgesamt ist natürlich der NH90 relativ klein; und wenn Sicherungskräfte da mit drauf sind, dann ist die Aufnahmekapazität für zu Evakuierende relativ gering. Wir würden uns freuen, wenn alsbald der große Hubschrauber dann da ist.

(Heiterkeit)

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Waren Sie dann insofern auch - in Anführungszeichen - „enttäuscht“, dass Usbekistan zum Zug kam, weil man eben jetzt die Hubschrauber gar nicht einsetzen konnte, also, weil der Teil sozusagen von Ihrer - - weggebrochen ist dadurch, dass man Usbekistan benutzt hat?

Zeuge Chris Gonter: Ja, die Frage habe ich mir schon gestellt; aber am Ende des Tages war es ja auch so, dass die Lage vor Ort plötzlich eine ganz andere war als das, was wir in der Planungswoche angenommen haben. Da sind wir ja noch davon ausgegangen, dass wir beispielsweise zur Botschaft fliegen können oder notfalls auch mit Fahrzeugen fahren können. Diese Situation hatten wir aber im August ja gar nicht mehr vorgefunden.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Okay. - Das reicht für mich für die Runde. - Danke.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Ich mache darauf aufmerksam, dass die vorletzte Bemerkung jetzt nicht im engeren Sinne zu unserem Untersuchungsauftrag gehört.

Wir kommen zur zweiten Runde und beginnen mit der SPD-Fraktion, Herr Kollege Nürnberger.

Jörg Nürnberger (SPD): Nur zur Vervollständigung der Informationen: Die Kollegin hat gerade nach Hubschraubern gefragt. Es war aber doch tatsächlich am Ende so, dass ein anderes, noch kleineres Hubschraubermuster tatsächlich vor Ort einsatzbereit war. Können Sie das bestätigen?

Zeuge Chris Gonter: Die waren vor Ort einsatzbereit, ja.

Jörg Nürnberger (SPD): Wir werden vielleicht bei Gelegenheit darauf zurückkommen, ob sie auch tatsächlich benutzt worden sind.

Auch noch eine Verständnisfrage - das war mir vorher nicht so eindeutig aus Ihren bisherigen Aussagen zu entnehmen -: Bei der Kontrolle der in Afghanistan aufzunehmenden Schutzbefohlenen haben Sie im zweiten Teil der Aussage gesagt, dass Feldjäger dafür eingesetzt waren, die Identität der Personen festzustellen. Das waren tatsächlich solche Kräfte, die Sie auch nach Afghanistan verbracht hatten. Ist das richtig?

Zeuge Chris Gonter: Ja.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Jörg Nürnberger (SPD): Da würde mich interessieren, ob es vorher eine Ausbildung, eine Anweisung, ein Training gegeben hat, nach welchen Kriterien und nach welchen Schlüsselmerkmalen die eingesetzten Kräfte dann vor Ort in dieser sehr schwierigen, sehr unübersichtlichen und sehr stressbehafteten Situation am Flughafen in Kabul die Entscheidung getroffen haben: „Person darf mitfliegen“ oder „Person darf nicht mitfliegen“?

Zeuge Chris Gonter: Ich kann nicht sagen, wie es vor Ort gelaufen ist, weil ich, wie gesagt, nicht vor Ort war. Ich kann Ihnen nur sagen, wie das im Grundsatz läuft und wie die Ausbildung stattfindet. Und da geht man davon aus, dass das Personal auf entsprechenden Listen steht und sich dann ausweisen kann und damit feststellbar ist, ob jemand mitdarf oder nicht mitdarf. Das ist der Regelfall.

Jörg Nürnberger (SPD): Nach Ihren eigenen Erfahrungen aus den Jahrzehnten: Ist es da doch eher bürokratisch im Sinne deutscher Gründlichkeit gehandhabt worden oder im Zweifelsfall die Entscheidung getroffen worden, lieber eine Person mitzunehmen, um die persönliche Gefahr, die ja offensichtlich für alle Personen, die im Umfeld der deutschen Evakuierungskräfte dort unterwegs waren, gegeben ist? Oder ist das Verfahren sehr strikt in der Anwendung, in der Praxis vor Ort?

Oder lassen Sie mich die Frage noch etwas anders erweitern: Gibt es einen Handlungsspielraum für die eingesetzten Personen, die Entscheidung positiv oder negativ zu treffen?

Zeuge Chris Gonter: Nein. Die führen das nach Vorgaben durch. Das heißt, der Soldat vor Ort entscheidet das nicht, sondern er braucht eine entsprechende Vorgabe, weil wir nicht jeden evakuieren können und auch dürfen, weil die Vorgaben, wie gesagt, wer da auf der Liste steht, ja, wie ich schon schilderte, an anderer Stelle gemacht werden; und das setzen wir dann um. Aber wie es vor Ort dort gelaufen ist, kann ich Ihnen nicht sagen, weil, wie gesagt, ich nicht vor Ort war.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Ich würde gern mit einer Frage anschließen, gänzlich theoretisch, aber im Kontext mit dem, was der Kollege Nürnberger gerade gefragt hat: Sie sagen, es gibt in solchen Fällen keinen Entscheidungsspielraum für die Feldjäger vor Ort, weil sie das abzuarbeiten haben, was sie an Vorgaben haben. Stellen wir uns mal eine Situation an so einem Flughafen vor mit ziemlich großem Chaos und auch eher größerer Gefahr. Wir haben verschiedene Zeugen gehört in unterschiedlicher Weise. Können Sie sich vorstellen, dass es zu den Vorgaben gehört, zu sagen: „Ich sehe das zwar hier auf deinem Handy, aber du hast gar keinen Ausdruck dabei. Dann können wir dich und deine beiden Kinder nicht mitnehmen“? Ist das sozusagen eine Praxis, von der Sie sagen würden, so etwas entspricht den Vorgaben?

Zeuge Chris Gonter: Ich kann mir zwar viel vorstellen, dass in so einer Stresssituation auch Dinge getan werden, die vielleicht nicht dem entsprechen, wie es vorgegeben ist; aber die Ausbildung geht halt genau in die Richtung. Und, wie gesagt, zu dem Fall, den Sie gerade geschildert haben, kann ich natürlich konkret nichts sagen.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Aber zu der Ausbildung gehört auch, dass auf die Stresssituation, die damit verbunden ist, vorbereitet wird. Ich will noch mal das, was der Kollege Nürnberger gefragt hat, deswegen fragen, weil wir uns ja auch betrachten: Wie haben die Amerikaner gehandelt, wie haben andere Länder gehandelt, wenn da Zweifel bestehen? Nicht, ob die Person auf der Liste steht oder nicht, sondern Zweifel an einzelnen Details sozusagen dessen, was man da vorzuzeigen hat. Ist die Vorgabe oder gehört zu den Vorgaben, im Zweifel zu sagen: „Wir treffen eher eine Entscheidung zugunsten des Schutzes oder zugunsten der Korrektheit, der Vollständigkeit von Formalitäten“?

Zeuge Chris Gonter: Ich denke, auch beides ist hier denkbar: dass vor Ort halt auch Entscheidungen getroffen werden, die vielleicht nicht genau in das Raster passen. Aber letztendlich gibt es diese Vorgabe, und danach sollen die handeln. Wie es dann in einzelnen Situationen laufen kann: Ist vieles denkbar, denke ich.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Aber ich verstehe das doch richtig, dass der Wertekompass, mit dem Sie unterwegs sind, um in solchen Einsätzen Menschen zu helfen, im Zweifelsfall die Orientierung ist und nicht die Formalität, die man in einem Büro zur Mittagszeit in Nürnberg oder sonst wo anwenden würde, wenn wir in normalen Verhältnissen sind, in normalen deutschen Amtsstuben sozusagen?

Ich frage Sie das deswegen, weil wir natürlich auch der Sache nachgehen müssen, wer eigentlich solche Vorgaben gemacht hat. Passt das zu dem Wertekompass Ihres Einsatzes? Hat das Innenministerium gesagt, Sie müssen das so regeln? Das ist wichtig, weil wir beurteilen müssen, wie solche Zeugenaussagen zu bewerten sind. Deswegen würde ich Sie als Bundeswehroffizier das schon gern fragen, ob Sie, was den Wertekompass angeht, wenn Sie selbst das zu entscheiden hätten, da eine Priorität sehen würden. Oder sagen Sie: „Vorgabe ist Vorgabe“?

Zeuge Chris Gonter: Wenn ich von mir persönlich spreche, so wie Sie es gerade dargestellt haben, kann ich mir schon vorstellen, dass man dann von den Grundlagen, wie man es zu machen hat, auch abweichen kann, weil es einfach Situationen gibt, wo man einfach auch menschlich sagen muss: Das funktioniert jetzt nicht anders. Weil wir wissen alle - das ist mit unseren Vorschriften ja auch so -: Die Vorschriften sind immer auch ein Anhalt, damit man handlungssicher wird. Aber in der wahren Situation gibt es auch mal andere Möglichkeiten, wo das halt dann nicht passt und wo man auch schauen muss.

Da gab es wohl auch Situationen, wie mir geschildert worden ist, wo es dann auch Verletzungen, Schusswunden gab, wo dann auch Leute reingeholt worden sind, um die dann auch medizinisch zu versorgen, und der- oder diejenige hat mit Sicherheit dann auch keinen Ausweis gezeigt vorher.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Ist Ihnen bekannt, ob in der Evaluation des Einsatzes solche Themen, wie ich sie eben gerade angesprochen habe

und wie sie uns von Zeugen vorgetragen worden sind, problematisiert worden sind?

Zeuge Chris Gonter: Ich weiß, dass wir im Zuge der Einsatznachbereitung auch solche Themen hatten, weil genau dieses Dilemma, was Sie da gerade geschildert haben, war ja einfach da: Wir hatten ja keine umfassende Liste, wo alle draufstanden, alle Ortskräfte, die mitdürfen. Und von daher musste da schon auch viel mit Augenmaß gearbeitet werden.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Das habe ich auch Ihren Bemerkungen entnommen, unter welchen schwierigen Bedingungen Sie ja selbst Einsätze machen, mit Bedingungen, die nicht optimal sind, mit einer Lage, die man nicht einschätzen kann. Ich gehe davon aus, dass ein bürokratisches Denkmuster da eigentlich eher schädlich wäre, wenn man in solchen Einsätzen mit solchen Situationen zurechtkommen muss. So würde ich das mal interpretieren. Liege ich da richtig?

Zeuge Chris Gonter: Ich würde jetzt auch nicht sagen, dass man die Vorgaben dann vergessen sollte, sondern die grundsätzlichen Bedingungen sind erst mal anzuwenden. Und es gibt dann halt auch die Ausnahmefälle, wo man dann auch flexibel sein muss, denke ich.

Jörg Nürnberger (SPD): Nur noch zur Ergänzung, zum vollständigen Verständnis: Aber es kann auch der umgekehrte Fall eintreten, dass die Entscheidung getroffen wird anhand der tatsächlichen materiellen Vorgaben, ohne diese Flexibilität zu gewähren, die auch möglich gewesen wäre?

Zeuge Chris Gonter: Wir sind alle Menschen, denke ich.

Jörg Nürnberger (SPD): Ja. - Und es ist auch nicht, um das noch mal klarzustellen, mit einem persönlichen Vorwurf an handelnde Personen, weil wir uns bewusst sind, wie schwierig die Situation war und wie groß der Zeitdruck und der Handlungsdruck war.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Das wäre es, glaube ich, in der Runde mit den Fragen von uns.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Das war sehr hilfreich, was Sie uns dazu gesagt haben. - Dann wechselt das Fragerecht zur Union. Herr Kollege Röwekamp.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Ja, ich bin auch nur ein Mensch und habe es noch nicht ganz verstanden. Sie haben die Eventualplanung gemacht, und diese Eventualplanung sieht grundsätzlich drei mögliche Szenarien vor. Wir haben dankenswerterweise ja eine Informationsveranstaltung zur Evakuierungsoperation durch das BMVg bekommen, und da werden, glaube ich, diese drei alternativen Szenarien beschrieben als „Abholung mit subsidiärer Unterstützung der Bundeswehr“, als „schnelle Evakuierung“ und als „robuste Evakuierung“. Sind das sozusagen die drei Dinge, die Sie in Ihrer Eventualplanung auch für diese Mission vorgesehen haben?

Zeuge Chris Gonter: Das läuft entlang dieses Schemas, ja, wobei da noch mal konkret für den Einzelfall die Kräfte halt festgelegt werden, weil bei der SLE, schnelle Luftevakuierung, zum Beispiel ist das Kräfteredispositiv relativ klar; aber wenn es in den robusten Bereich reingeht, ist das sehr flexibel zu sehen. Das ist nicht immer, sage ich mal, ein und dasselbe.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Genau. - Nach dieser Information - das wollte ich Sie nur noch mal konkret fragen - geht, sobald sozusagen der Einsatz sich auf eine schnelle Luftevakuierung bezieht, die Federführung auf das BMVg über. Ist das richtig?

Zeuge Chris Gonter: Ja.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Dann steht dadrin: Es handelt sich dann um einen kleinen, schnell verfügbaren Truppenkörper,

welcher zum Schutz während des Besteigens der Transportmittel

- also in diesem Fall wahrscheinlich des Flugzeugs -

sowie dem Schutz dieser Plattformen selbst dient.

Wie die Menschen, sozusagen die Schutzpersonen, zu dem Transportmittel kommen, das haben Sie ja auch meine vorherige Frage schon gesagt, ist dann noch nicht im Verantwortungsbereich dieser Operation, so habe ich das verstanden. Dann steht hier aber drin: Sollte es angesichts

der Bedrohungslage nicht möglich sein und eine gesicherte Verbringung von ... Sammelpunkten bzw. Sammelstellen ... notwendig sein, erfordert dies eine zusätzliche Land-/Luft-Beweglichkeit sowie einen wesentlich größeren Ansatz von Personal und Material ...

Das ist dann die sogenannte robuste Evakuierung. Die haben Sie auch geplant, wenn ich das richtig verstanden habe, und am Ende ist diese Planung auch bei diesem Einsatz Wirklichkeit geworden. Ist das richtig?

Zeuge Chris Gonter: Ja.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Das heißt, Sie haben von Anfang an eine robuste Rettungsmision geplant. Oder ist das ein Übergang gewesen, wo Sie gesagt haben: „Wir planen erst mal, dass die Schutzbefohlenen selbstständig zum Flughafen kommen“, und dann ist das - - Steht hier auch drin: Der Übergang fließend. Irgendwann haben Sie festgestellt, es funktioniert nicht, Sie müssen sie vielleicht doch selber zum Flughafen bringen. Habe ich das so abstrakt - - Das hat Ihre Planung vorgesehen?

Zeuge Chris Gonter: Ja, das ist auch der Regelfall, dass wir bei Eventualfallplanungen, weil man ja die Lage dann noch nicht umfassend kennt - - Man ist ja noch weit vor der Krise, und da muss man bestimmte Annahmen treffen; und da ist der Regelfall, dass die verschiedenen Optionen, die Sie gerade aufgezeigt haben, dann dort auch zum Tragen kommen.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Es ergibt sich dann aus der Weisung Nr. 3 - das ist MAT A BMVg-4.87, Blatt 106 vom 15.08.2021, dass es



Nur zur dienstlichen Verwendung

offensichtlich einen Op-Plan gegeben hat vom 15.08.2021. Ich vermute, das heißt Operationsplan, würde ich jetzt mal so vermuten.

Zeuge Chris Gonter: Ja.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Waren Sie an der Erstellung dieses Operationsplanes auch beteiligt? Und ist das sozusagen die Konkretisierung Ihrer Eventualplanung?

Zeuge Chris Gonter: Genau. Also, es ist so: In einem konkreten Fall, wenn es jetzt nicht um Eventualfallplanung geht, sondern eine Krise da ist, wird eine sogenannte taktische Planungsgruppe aus unserer taktischen Ebene - das sind in der Regel die von der Luftlandbrigade 1 plus Weitere, die dazukommen, also am Ende diejenigen, die auch die Operation durchführen - entsendet nach Potsdam. Und vor der Verlegung findet hier eine Planung statt. Das hat genau an dem Wochenende auch stattgefunden. So. Und da haben wir auch aus der Division Verbindungselemente nach Potsdam entsandt, und wir haben hier, sage ich mal, in kurzer Zeit die Planung finalisiert und festgelegt. Also, ja, wir waren daran beteiligt. Und ich hatte ja dargestellt: In der Phase war ich dann in Stadtallendorf in dem Leitungsgefechtsstand, wo wir entsprechende Zuarbeiten geliefert haben.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Sie selbst haben an diesem Operationsplan unmittelbar nicht mitgewirkt - habe ich das richtig verstanden? -, weil Sie nicht in Potsdam waren?

Zeuge Chris Gonter: Ja, gut, aber wie ich schon darstellte: Die parallele Planung findet ja statt. Das heißt, rechnergestützt, durch Telefone, durch Videokonferenzen waren wir ja täglich in Verbindung, auch wenn ich nicht in Potsdam war.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Okay. - Und diese Operationsplanung sah dann schon den robusten Einsatz vor, oder sah die sozusagen noch das Thema schnelle Evakuierung vor?

Zeuge Chris Gonter: Nein, das war gleich der robuste Ansatz, aber halt nicht in der Form, wie

wir das ursprünglich ausgeplant hatten. Wir hatten ja das Thema Hubschrauber eben schon gehabt. In abgewandelter Form ist es dann durchgeführt worden, ja.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Okay. - Dann habe ich jetzt noch mal den Sachstandsbericht des BMVg, und da steht jetzt drin zur Frage der Zuständigkeiten sinngemäß: In der ersten Zeit erfolgte zunächst unkoordinierter Zustrom Evakuierungswilliger. Der Zustrom aufgrund Eigeninitiative nahm im Laufe der Evakuierung und wegen der Gefährdungslage an den Gates und der zeitweise permanenten Schließung der Gates ab. - Und dann steht hier drin:

Die deutschen Staatsangehörigen besaßen grundsätzlich die höchste Priorität. Aufgrund der schwierigen, wechselnden Rahmenbedingungen (u.a. Verzögerung/Verweigerung durch Taliban) konnte dieses Verfahren mit unterschiedlichem Erfolg durchgeführt werden. Auch hierbei erfolgte nach Passieren der äußeren Sicherung in enger Abstimmung zwischen Personal der Botschaft und dem EinsVbd MilEvakOp eine Überprüfung durch Kräfte des EinsVbd MilEvakOp auf sicherheitsgefährdende Gegenstände und die „Evakuierungsberechtigung“ ...

Das heißt, es waren dann doch Kräfte der Evakuierungsoperation, die die Frage der Berechtigung und Sicherheitsgefährdung offensichtlich geprüft haben. Das - habe ich Sie vorhin aber verstanden - sah Ihr Plan eigentlich nicht vor.

Also, meine Frage ist: War das geplant, dass die Frage des Zugangs und die Frage der Evakuierungsberechtigung durch den Einsatzverband MilEvakOp erfolgten?

Zeuge Chris Gonter: Das ist ein Standard, dass wir, wenn es eine militärische Evakuierungsoperation ist, auch die Überprüfung nach den entsprechenden Vorgaben vornehmen. Deshalb ist das aber kein extra Punkt, der bei der Planung berücksichtigt werden muss, weil, wie gesagt, das Standardverfahren sind.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Ist klar. Aber Sie können trotzdem bestätigen, dass dies während der Operation so erfolgt ist?

Zeuge Chris Gonter: Ich war nicht vor Ort, aber meines Wissens ist die Überprüfung da entsprechend, so wie Sie es geschildert haben, auch durch den Einsatzverband erfolgt. Ja.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Waren Sie an der Erstellung dieses Sachstandsberichts des BMVg zum Ortskräfteverfahren und zu der militärischen Evakuierungsoperation für deutsche Staatsbürger und sonstige Schutzbedürftige vom BMVg beteiligt?

Zeuge Chris Gonter: Nein.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Dann würde ich gerne aus diesem Bericht trotzdem, gerade weil Sie nicht beteiligt waren, einen weiteren Vorhalt machen. Da steht dann drin:

Als dritte Option wurde eine Möglichkeit geschaffen, gezielt kleinere Einzelgruppen unter Einsatz der Spezialkräfte außerhalb der o. g. Wege in den HKIA zu holen. Auch dazu fand eine zwischen Botschaftspersonal und Einsatzverband MilEvakOp abgestimmte Auswahl aufgrund Priorisierungsreihenfolge „... - sonstige deutsche Aufenthaltsberechtigung - Ortskräfte - humanitäre Gründe“ statt. In diesem Rahmen wurde auch die hubschraubergestützte Abholung deutscher Staatsangehöriger durchgeführt.

Meine Frage ist: War auch diese dritte Option, also Einsatz der Spezialkräfte außerhalb der vorher beschriebenen Wege zum Transport zum Flughafen, von Ihnen geplant?

Zeuge Chris Gonter: Nein. Ich war auch nicht befasst mit der Sache.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Wer plant dann so was? Oder passiert das ungeplant? Sagt man: „Jetzt müssen wir die holen“, und dann gibt es keinen Plan? Oder?

Zeuge Chris Gonter: Ja, ich würde nicht sagen, „ungeplant“, sondern wir haben eine Eventualfallplanung im Mai gemacht, wo das nicht berücksichtigt war. Wenn aber die Krise da ist, hat man möglicherweise - und so war es ja auch - eine andere Situation, und da muss man sich halt Gedanken machen, wie man bestimmte zusätzliche Möglichkeiten nutzt. Und so ist der Plan dann im Rahmen, wie gesagt, der Planungsphase am Anfang der Operation ergänzt worden. Das ist normal üblich.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Mhm. - Sie haben ja dankenswerterweise die Zahl 300 genannt, was wir nicht gedurft hätten, und Sie haben auch schon gesagt, Sie konnten nicht unterscheiden, ob das deutsche Staatsangehörige, ob das Ortskräfte, also welcher Personenkreis das eigentlich war - oder Ortskräfte anderer Nationen.

Meine Frage ist in dem Zusammenhang noch die Festlegung dieser Zahl. Die ist für Sie dann auch verbindlich, und Sie machen dann keine Alternativplanung. Also, Sie planen dann nicht, was passiert, wenn es nicht 300, sondern 500 sind oder 700, sondern Sie planen wirklich nur für diese Vorgabe. Habe ich das richtig verstanden?

Zeuge Chris Gonter: Das ist unsere Planungsannahme, wohl wissend, dass natürlich diese Zahlen in beide Richtungen, wie ich es schilderte, auch variieren können. Das heißt, man hat Reserven in der Regel dann in der Planung, so dass man dann auch in der Lage ist, mit verstärkten Kräften dann diese Aufgabe wahrnehmen zu können.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Wir wissen aus dem Bericht, dass es am Ende, glaube ich, 37 Flüge gegeben hat, also Evakuierungsflüge. Diese Anzahl der Flüge: Planen Sie das auch? Also, sagen Sie, „Für 300 Leute brauchen wir so und so viele Umläufe und Flüge“, oder wie konkret muss ich mir das vorstellen?

Zeuge Chris Gonter: Ja, das wird auch gemacht, weil man ja auch wissen will, wie lange so eine Evakuierungsoperation dauert. Dann geht man halt von dieser Zahl aus, die man als Planungsgrundlage hat, und rechnet dann aufgrund der



Nur zur dienstlichen Verwendung

Kapazitäten, wie viele Flüge man dann bräuchte, damit man einen Anhalt hat, weil ja auch die ganze Logistik dahinter zu planen ist etc. Aber es kann, wie gesagt, halt auch immer variieren; also eine Flexibilität muss immer da sein.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Na ja, hier besteht die Flexibilität oder die Anforderung an Ihre Flexibilität ja darin, dass - ausweislich dieses Berichts - insgesamt 5 347 Menschen aus mindestens 45 Nationen in Sicherheit gebracht wurden, darunter 540 deutsche Staatsangehörige. Das ist jetzt ja - ich kann nicht so schnell rechnen - aber ein Vielfaches von 300.

Zeuge Chris Gonter: Korrekt.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Deswegen meine Frage: Sie planen aber nicht - - Also, es gibt keinen Plan B - „mehr als 300“ oder so -, wenn Sie es planen? Weil Sie müssen ja in Ihrer Planung dann eben auch die Ressource für diese Anzahl zur Verfügung stellen.

Zeuge Chris Gonter: Es sind halt mehr Umläufe am Ende des Tages. Aber wir haben keinen Plan B in dem Sinne. Aber wir haben einen Plan, der, sage ich mal, flexibel ausgerichtet ist, um reagieren zu können.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Okay. - Sie sagen, die Evaluation ist noch nicht abgeschlossen. Habe ich das vorhin richtig verstanden, oder ist aus Ihrer Sicht die Evaluation dieser Evakuierungsoperation abgeschlossen?

Zeuge Chris Gonter: Auf der taktischen Ebene ist die Evaluierung bei uns so weit abgeschlossen. Wir sind derzeit noch dabei, entsprechende Grundlagenpapiere anzupassen, da, wo wir noch Handlungsbedarf gesehen haben, wo man Prozesse verbessern kann mit den Erfahrungen. Das findet derzeit noch statt.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Jetzt haben Sie mich natürlich neugierig gemacht; vielleicht war ich es auch schon vorher. Zu welchem Ergebnis sind Sie denn gekommen, was die Tragfähigkeit und Umsetzbarkeit Ihrer Eventualplanung betrifft?

Zeuge Chris Gonter: Also, ich habe insgesamt gesehen auf die Operation. Dafür, dass es auch die erste robuste in dieser Form überhaupt war, haben die ganzen Planungen, die wir gemacht haben, zum größten Teil gegriffen. Es waren eigentlich nur Kleinigkeiten, wo es Anpassungsbedarf aus meiner Sicht gibt, und wir waren selber angenehm überrascht. Gerade auch, weil - so wie Sie ja auch darstellten - wir diese Flexibilität brauchten, weil die Lage durchaus auch eine andere war, ist das, glaube ich, gut umgesetzt worden.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Na ja, in Anbetracht, sage ich mal, der Bilder, die wir kennen, und der vielen Menschen, die nicht gerettet werden konnten, mag es sein, dass - - Sie sagen also: Die Abläufe, die wir geplant haben, waren korrekt. - Aber sie waren für die Zahl derjenigen, die am Ende evakuiert werden sollten, ja offensichtlich nicht auskömmlich, finde ich. Haben Sie diese Frage in der Evaluation auch beleuchtet?

Zeuge Chris Gonter: Die Herausforderung war ja, dass wir - - Diese Information, wer eigentlich alles evakuiert werden sollte, lag uns ja nicht vor. Gemessen daran, dass viele zurückgeblieben sind - - Das muss aber jemand anders bewerten. Das ist ja nicht unsere Aufgabe, dieses zu bewerten, sondern wir gucken natürlich rein: Wie war unser Auftrag? Wie sind die Prozesse gelaufen? Welche Fehler sind gemacht worden, oder wo kann man etwas besser machen? - Und da kommen wir halt zu dem Ergebnis: Aus rein militärischer Sicht, auch unter Betrachtung der dortigen Bedingungen und der Informationen, die wir hatten, ist das für uns gut gelaufen.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Die ganzen Umstände - - Jetzt die Frage des Zugangs: Wer bekommt Zugang? Wie wird geprüft? Wie wird sozusagen kontrolliert? Welche Listen gibt es? Wie viele Personen sind das? - Das hat ja offensichtlich, würde ich jetzt mal sagen, im Ergebnis nicht funktioniert. Das war aber nicht Gegenstand Ihrer Evaluation. So habe ich das verstanden, weil Sie eben auf andere Stellen verwiesen haben.

Zeuge Chris Gonter: Ja, weil das auch nicht unser Verantwortungsbereich ist. Wir erstellen ja nicht



Nur zur dienstlichen Verwendung

die Listen, und wir entscheiden ja auch nicht, wer mitgeht und wer nicht mitgeht. Wir haben nur festgestellt, dass das für die Soldaten selbst, die dort eingesetzt waren, auch ein großes Dilemma war, weil die halt auch gesehen haben, dass sie nicht jeden mitnehmen konnten. Die Rahmenbedingungen waren ja äußerst schwierig, wie Sie ja wissen. Auch haben uns ja die Amerikaner den Zeitrahmen vorgegeben, und da haben wir ja keine Möglichkeiten gehabt, jetzt etwas zu verlängern oder noch mehr herauszuholen. Und das hat die Sache auch, um das Ganze zu verarbeiten, für die Soldaten natürlich auch nicht einfach gemacht.

Thomas Röwekamp (CDU/CSU): Okay. Dann bin ich auch durch. - Danke.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Vielen Dank. - Dann wechselt das Fragerecht zur Frau Kollegin Nanni von den Grünen.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die kaum in ihrer Vorlage weiterkommt, weil es aus den Befragungen der Kolleg/-innen immer so viele interessante Abholpunkte gibt.

Ich würde bei einem anfangen. Und zwar haben Sie vorhin gesagt, Herr Gonter: Wir haben die Planung neben die Lage gelegt. - Das ist ja das, was dann sozusagen am 14./15.08. passiert ist, an dem Wochenende, nachdem am Freitag die Weisung kam, dass das jetzt passieren soll. Wenn Sie es nebeneinandergelegt haben: Was ist denn dabei herausgekommen? Also, was waren sozusagen die Lagebedingungen, die in der Planung Grundlage für die Planung waren, wo Sie sagen würden, die haben in der Realität dann im August eklatant abgewichen, sodass Sie da noch mal Anpassungen vornehmen mussten?

Zeuge Chris Gonter: Es mussten kleinere Anpassungen vorgenommen werden. Das Beispiel Hub-schrauber hatten wir ja schon genannt, die dann ja nicht mehr zum Zuge gekommen sind. Auch überraschend war für uns die Auswahl des Gastlandes; das war neu. Damit sind auch die Umlaufzeiten Gastland-Krisenland entsprechend anders zu berechnen. Die Situation der zu Evakuie-

renden war eine andere. Die, sage ich mal, Bedrohungslage war ja deutlich anders, als wir das angenommen haben.

Also, es waren doch durchaus schon einige Parameter, die anders waren, die dazu führten, dass wir auch, sage ich mal, so einen klassischen Ablauf „Wir verlegen erst mal ins Gastland und schauen dann erst mal, wie wir von dort aus weitermachen - - sondern wir mussten von vornherein auch davon ausgehen, dass die Soldaten praktisch bewaffnet und aufmunitioniert direkt in die Krise reinfliegen müssen. So, und das war schon eine Riesenherausforderung. Ja.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie haben es gerade selber angesprochen: die Hub-schrauber, die man im Falle eines anderen Gastlandes verwendet hätte. Es gab ja einen Grund, warum Sie in Ihrer Planung anderen Gastländern sozusagen den Vorzug gegeben hätten. Können Sie sich einen Reim darauf machen? Ich weiß, Sie wissen es nicht tatsächlich. Aber können Sie sich einen Reim darauf machen, warum man beim Gastland noch mal eine Veränderung vorgenommen hat?

Zeuge Chris Gonter: Nee, kann ich wirklich nicht sagen; weiß ich nicht.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Mhm. - Sie haben vorhin auch gesagt, dass die Gastlanderkundung nicht stattgefunden hat. Das bezog sich dann auf Taschkent. Weil Sie ja gar nicht wussten, dass es Taschkent wird?

Zeuge Chris Gonter: Ja.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gab es denn für die beiden Gastländer, die in Ihrer Planung von Mai vorgesehen waren, Gastlanderkundungen?

Zeuge Chris Gonter: Meines Wissens nicht.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. - Und dann noch mal jetzt wieder in die Augustlage reingezoomt: Ich habe das richtig verstanden, dass die Grundlage, auf der die Feldjäger



Nur zur dienstlichen Verwendung

entschieden haben, ob sie jemanden in die Evakuierung bringen oder nicht, eine Liste war in Kombination damit, dass die Person sich dann jeweils ausweisen konnte? Habe ich das richtig verstanden?

Zeuge Chris Gonter: Das ist das Standardverfahren, wie wir es auch ausüben. Ja.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das heißt, wenn ich - jetzt mal theoretisch gesprochen - als deutsche Staatsbürgerin von einer Krise überrascht werde und fahrlässigerweise kein Ausweisdokument dabei habe, dann kann es schon sein, dass ich dann in der Evakuierungssituation die notwendige Bedingung - ich kann mich als Sara Nanni ausweisen - nicht erfülle. Und gibt es dann Workarounds?

Zeuge Chris Gonter: Die Frage ist, ob die Möglichkeit besteht, das zu überprüfen. Je nachdem, wie die Lage vor Ort ist: Wenn da Tausende rein drängen, dann ist das schwer möglich. Wenn aber dieser Druck nicht da ist, dann gibt es theoretisch schon Möglichkeiten, das in welcher Art und Weise auch dann zu überprüfen, sodass man nicht von vornherein sagen kann: „Ohne Ausweis geht nichts“, sondern das kann ja auch in dieser Krise durchaus vielleicht mal verloren gehen oder so.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und das ist dann sozusagen auch der Spielraum, den man vielleicht dann noch hat vor Ort?

Zeuge Chris Gonter: Genau. Wenn die Zeit da ist, Dinge zu überprüfen, dann hat man natürlich auch mehr Spielraum; klar.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. - Haben Sie in der Planung für Afghanistan - das ist jetzt ein bisschen - - Ich glaube, ich kenne die Antwort, aber die Frage muss ich trotzdem stellen, weil wir es ja auch von hier aus sehr stark mitbekommen haben, dass Menschen noch innerhalb von Afghanistan ohne Dokumente unterwegs waren, um sich zu schützen, weil es für sie, wenn sie zum Beispiel von Masar-i-Scharif nach Kabul gereist sind und sich dann bei einer Talibankontrolle hätten ausweisen können oder sogar

Dokumente dabeigehabt hätten, die zeigen, dass sie für westliche Einrichtungen gearbeitet haben - - dann daraus für sie eine Gefährdung gibt. Gleichzeitig ist es dann vor Ort aber die notwendige Bedingung, um mit an Bord zu kommen.

Gibt es, wenn Sie jetzt planen - nicht für deutsche Staatsbürger/-innen, sondern für andere Schutzbefohlene -, irgendwelche solche Überlegungen, wie man dann damit umgeht?

Zeuge Chris Gonter: Nein. Also, wie gesagt, die Planung, die wir gemacht haben, hat ja - - Ich sage mal, dieses Thema „Wie ist die Registrierung, und welche Möglichkeiten gibt es noch?“ ist kein Planungsthema gewesen, weil das Standardverfahren sind, die zur Anwendung kommen. Das heißt, wenn man von diesen Standards abweichen möchte, dann müssen an der zuständigen Stelle halt diese Vorgaben auch uns gegenüber gemacht werden - dass zum Beispiel gesagt wird: „Das und das gilt jetzt auch, und ihr könnt jetzt auch so und so verfahren“; dann kommt das auch zur Anwendung. In der Regel ist es ja auch so, dass die Botschaft noch vor Ort ist, möglicherweise ein Krisenunterstützungsteam, die genau, sage ich mal, diese Absprachen auch vor Ort dann treffen können, weil die ja dann auch direkte Verbindung hier ins Mutterhaus haben. So ist der normale Ablauf.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und mussten Sie in der konkreten Lage, jetzt nach Beginn der Evakuierungsmission - - Waren Sie daran beteiligt, noch mal taktisch nachzusteuern, wenn die Anzahl der zu Evakuierenden sich erhöht hat? Also, mussten Sie noch mal sozusagen Material oder Personal hinterherfliegen lassen? Mussten Sie noch mal die Planung anpassen, was die Betankung angeht, mit den steigenden Zahlen?

Zeuge Chris Gonter: Was da vor Ort dann für Maßnahmen er - - Das entzieht sich meiner Kenntnis. Aber ich gehe davon aus, dass da sicherlich Anpassungen vorgenommen wurden. Ich habe es ja auch mitgekriegt durch Güter, die dann noch zusätzlich - - oder Spenden, die dann noch mal eingeflogen worden sind, um hier das Leid so ein bisschen zu mildern. Das sind alles Dinge, die in



Nur zur dienstlichen Verwendung

dem grundsätzlichen Schema nicht drin sind. Die haben wir jetzt aber auch mit aufgenommen - dass man bestimmte logistische Güter auch bereithält, um da ad hoc auch reagieren zu können.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Jetzt würde ich - - Noch mal zurück zu Anfang März. Uns liegt ein Dokument vor: MAT A BMVg-4.583 VS-NfD, Blatt 11. Dort geht es um eine mehrtägige gemeinsame Kurzberatungsreise des AA und des BMVg an die Botschaft Kabul, und es gab im Nachgang einen ausführlichen Bericht, der auch eine Eventualfallplanung empfohlen hat. Das war also, noch bevor Sie die Weisung im Mai bekommen haben, eine vorzunehmen.

In einem Beitrag für die Befehlshaberlage Mitte März 21 wird der Reise ein „Erkenntnisgewinn zu Möglichkeiten militärischer Unterstützung“ und „Durchführung von Evakuierungen ... nach einem möglichen Abzug Resolute Support Mission“ attestiert. Jetzt frage ich mich: Hat dieser Abschlussbericht bei Ihrer Planung für die ConOps eine - - War das auch sozusagen ein Dokument, mit dem Sie sich vertraut gemacht haben, um Ihre Planung zu machen, oder war die davon unabhängig?

Zeuge Chris Gonter: Ich denke, dass - - Also, mir persönlich lag er nicht vor. Aber es ist eigentlich Standard, dass das bei der operativen Ebene dann auch vorliegt und dort in den Planungen mit Einfluss hat.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das heißt, Sie waren auch mit den ■■■ Kolleg/-innen der Bundeswehr, die damals bei der Kurzberatungsreise dabei waren, nicht im Austausch im Mai, als die Planung stattgefunden hat?

Zeuge Chris Gonter: Ich weiß jetzt nicht genau, wer bei der Reise dabei war. Ich hatte aber diese Thematik in Potsdam gehabt, wo wir darüber gesprochen haben, was dort - - also bestimmte Inhalte, die dort entsprechend auch aufgeschrieben worden sind.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Können Sie sich noch an konkrete Inhalte erinnern?

Zeuge Chris Gonter: Da ging es auch um die deutsche Botschaft, Möglichkeiten zur Evakuierung, wie man das durchführen könnte. Das haben wir besprochen.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also wie das Personal der deutschen Botschaft evakuiert werden könnte?

Zeuge Chris Gonter: Ja.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Können Sie uns sagen, welche Gastländer denn bei der Erstellung Ihres Konzepts im Mai vorgesehen waren und warum Sie diese Länder ausgewählt haben?

Zeuge Chris Gonter: Ich weiß nicht, ob wir das in dieser Runde ansprechen können.

(Vertreter des BMVg nicken)

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie nicken; ich habe auch schon immer geguckt.

(Heiterkeit)

Zeuge Chris Gonter: Also, wir haben konkret Pakistan als eine Option betrachtet.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Warum haben Sie sich für Pakistan entschieden?

Zeuge Chris Gonter: Aufgrund der Entfernung und der Möglichkeit, hier auch den NH90 als Hubschrauber zum Einsatz zu bringen, weil er in der Lage ist, aus Islamabad, sofern es möglich gewesen wäre, halt dort bis nach Kabul zu fliegen.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich würde gerne noch mal zurück zu der Frage der berechtigten Personen. Die Weisung, die Sie am 22. - - Nee, stimmt nicht. Die Weisung, die am 22. April ans BMVg gegangen ist und die dann über das Einsatzführungskommando zu einer Weisung auch an Sie gekommen ist: Hat die in irgendeiner Weise Beschreibungen gemacht über zu Evakuierende? Also, stand dadrin: „Deutsche Staatsbürger/-innen“, oder insgesamt einfach nur:



Nur zur dienstlichen Verwendung

„Zu evakuieren“? Können Sie sich daran erinnern?

Zeuge Chris Gonter: Ich kann mich nicht erinnern. Aber die Erfahrung sagt mir, dass dieser Aspekt im BMVg oder auch in den Weisungen, die wir vom Einsatzführungskommando haben, zwar angesprochen wurde, aber nicht in einem Detaillierungsgrad, den man dann tatsächlich vor Ort braucht, sondern das muss in den Planungen mit den Kräften dort in Potsdam dann vor Ort geschehen. Und die Abstimmung erfolgt dann aber konkret auch im Einsatz in dem Krisenland dann mit den entsprechenden Botschaftsvertretern.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Vielen Dank. - Das Rederecht wechselt zur AfD.

Hannes Gnauck (AfD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Herr Oberstleutnant, eine kleine Nachfrage noch mal zum Thema KSK: Warum ist das eine klassische Operation der DSK gewesen und nicht des KSK?

Zeuge Chris Gonter: Für militärische Evakuierungsoperationen gibt es ein Kräftedispositiv, und da sind vom Grundsatz erst mal keine Kräfte vom KSK vorgesehen. Nichtsdestotrotz kann man bei jeder Operation dort auch weitere Kräfte, auch die nicht im Kräftedispositiv drinstehen, zum Einsatz bringen, wenn die Notwendigkeit entsprechend gesehen wird.

Das KSK hat einen anderen Auftrag. Da geht es um Entführungslagen, die sogenannte HRO-Operation, und die wird dann in Verantwortung KSK durchgeführt. Das ist da so die Aufgabentrennung.

Hannes Gnauck (AfD): Okay, danke. - Zum Thema „Weitere Kräfte“, Stichwort „Joint Fire Support Teams, JTACs“: In einer E-Mail vom 23.03.21 bezüglich dieser Thematik wurden zwei Joint Fire Support Teams beantragt, und Sie wurden da auch in Blindkopie gesetzt; das ist Fundstelle MAT A BMVg-4.86, Blatt 296.

Was genau muss man darunter verstehen? Das sind ja sicherlich - - Die gehören ja auch mit zu den weiteren Kräften, die sonst normalerweise

bei so einer Operation nicht dabei sind. Sind die zum Einsatz gekommen? Wie ist der Verlauf der Beantragung, also wie läuft das Ganze ab?

Zeuge Chris Gonter: [REDACTED]

Hannes Gnauck (AfD): Okay.

Zeuge Chris Gonter: [REDACTED], weil diese sogenannten JTACs oder auch Joint Fire Support Teams sind halt mit einer entsprechenden Befähigung in der Lage, Luftfahrzeuge mit dem Wirkmittel zum Einsatz zu bringen. Und das müssen wir. Gerade in Insellagen - und militärische Evakuierungsoperationen sind solche - brauchen wir diese Fähigkeit, um sie dann möglicherweise zum Einsatz bringen zu können, weil wir ansonsten wenig eigene Schutzmöglichkeiten haben.

Hannes Gnauck (AfD): Okay. - Am 20. August, da haben Sie ein Interview geführt bei einem Bundeswehrpodcast mit Frau Barbara Gantenbein. Und da tauchte eine Frage auf, wie denn die Deutschen bei solchen Operationen unterstützt werden - Satellitenbilder, Nachrichtenwesen, Aufklärung im Vorfeld. Wie lief das bei der Operation im August 2021 genau ab? Gab es da Mängel, bzw. wie war erst mal der generelle Weg, Nachrichtenwesen, Satellitenbilder auszuwerten? Haben da Partnernationen unterstützt, und in welcher Form?

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Darf ich fragen, worauf Sie sich beziehen, weil wir solche Quellen hier generell üblicherweise angeben oder vorlegen?

Hannes Gnauck (AfD): Ja. Das ist Bundeswehr, Mediathek, „Funkkreis“, „Evakuierungsoperation“. Das ist ein Podcast, ein Interview, das geführt wurde, was man auf der offiziellen Seite der Bundeswehr abrufen kann - habe ich auch als Anlage hier, also kann ich gerne vorlegen.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Das wäre praktisch, ja.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Hannes Gnauck (AfD): Ja.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Vielleicht erinnert sich der Zeuge auch so, aber ich weiß es nicht. Erinnern Sie sich da noch?

Zeuge Chris Gonter: Ja, ich kann mich gut daran erinnern.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Okay.

Zeuge Chris Gonter: Das war auch mitten in der Operation gewesen - - wurde ich praktisch gefragt, ob ich dazu ein Interview geben kann. Aber ich habe im Prinzip nichts über die Operation ausgesagt, sondern eher allgemein über Evakuierungsoperationen, wie so was abläuft, um einfach da im Hörerkreis ein bisschen Verständnis zu wecken, weil das halt gerade aktuell war.

Hannes Gnauck (AfD): Aber Genaues, also, ich sage mal jetzt, detailliert, wie da in Vorbereitung der Operation unterstützt wird, Satellitenbilder zum Beispiel, Aufklärung und Ziel oder so was, also dazu - -

Zeuge Chris Gonter: Das militärische Nachrichtenwesen wird ganz normal seine Aufgaben wahrnehmen wie bei jeder Operation. Aber das läuft auch alles auf der Ebene Einsatzführungskommando, weil wir im Vorfeld ja auch gar keine Aufklärungskräfte taktisch dort unterwegs haben und damit auch keine Information.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Müssen wir schnell für den Stenografischen Dienst sagen: Wir nehmen das zu Protokoll.

Hannes Gnauck (AfD): Gab es denn, ich sage mal, neben der Evakuierung per Luftverlegung Pläne, auf dem Landweg zu evakuieren? Sie haben ja von Pakistan gesprochen. Gab es da Verbindungen schon hin mit menschlichen Quellen, mit Verbindungsleuten, war das in der Planung miteinbezogen, oder ging es wirklich nur um die Luftverlegbarkeit?

Zeuge Chris Gonter: Im Mai wurde da auch mit deutschen Vertretern in Pakistan Verbindung aufgenommen und wurde diese Möglichkeit erörtert.

Aber wir konnten dort zumindest in der Planungswoche nicht abschließend sagen, ob das am Ende funktionieren würde oder nicht. Dazu kann ich dann halt auch keine Aussagen machen, was da in der Tiefe dann anschließend noch besprochen - - Vielleicht ist das auch eine Ursache dafür, dass es irgendwie - - dass man zum Schluss gekommen ist, dass es auch schwierig ist, und deswegen nicht ausgewählt - - Aber das ist alles hypothetisch.

Hannes Gnauck (AfD): Okay. Danke.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Dann wechselt das Fragerecht zu den Kollegen von der FDP. Herr Kollege Müller.

Alexander Müller (FDP): Ich starte mal mit einer Frage. Dann kommt die Kollegin Dr. Jurisch. - Herr Oberstleutnant, die Evakuierungsoption im August 2021, da ist der Krisenstab damals zusammengetreten. Freitagabends am 13.08. hatte mindestens die Luftwaffe signalisiert: Wir sind „ready to go“. Und gestartet ist die Evakuierungsoperation am Montag, dem 17.08. Erinnern Sie sich noch an diese Zeit? Waren Sie mit den Vorbereitungen damals befasst?

Zeuge Chris Gonter: Ja, war ich. Wie gesagt, die Alarmierung der Kräfte hat an dem Freitag schon stattgefunden. Einige waren auch schon im Wochenende. Es war Urlaubsphase, wie ich vorhin schon mal schilderte. Und das Kräftedispositiv, was dann dort zum Tragen kommen sollte, wurde ja erst am Samstag in die Planung gegeben. Die alleinige Aussage, dass möglicherweise Luftfahrzeuge schon fliegen können, ist das eine; aber die Kräfte, die dann evakuieren sollen, die müssen dann auch am Flugplatz sein. Das bedarf erst mal Planung, und das hat am Samstag stattgefunden, weil wir unsere Kräfte dann ja auch erst nach Potsdam entsenden müssen. Und wenn man vom Saarland am Freitag losfährt, dann schafft man das halt an dem Tag nicht mehr, am Nachmittag. Und somit ist die Planung erst am Samstag erfolgt.

Parallel dazu haben sich die Kräfte in den Standorten vorbereitet an dem Samstag, Sachen wurden gepackt. Befehlsausgaben wurden gemacht



Nur zur dienstlichen Verwendung

am Sonntag. Und am Sonntag wurde dann - - von den Standorten aus in den Raum, Flugplatz und Bereitstellungsraum, verlegt worden, sodass die eigentliche Verlegung dann am Montagfrüh auch planmäßig starten könnte. Und wenn man sich die theoretischen Zeiten anguckt, die uns vorgegeben sind, waren wir auch eine ganze Ecke schneller als vorgegeben, weil am Wochenende es halt eine andere Situation ist, als wenn in der Woche die Soldaten alle in der Kaserne sind; dann kann man schneller sein. Das sind die Gründe auch dafür, warum bestimmte Abläufe halt entsprechend Zeit bedürfen.

Alexander Müller (FDP): Uns wurde damals im Verteidigungsausschuss anderes berichtet. Uns hat man gesagt, man hat drei Tage gebraucht, um Luftraumfreigaben zu bekommen. Das heißt, nach Ihrer Erinnerung waren wir tatsächlich erst montags „ready to go“ mit allem Material, mit allem Personal, was in den Einsatz sollte.

Zeuge Chris Gonter: Wir haben die Vorgaben gekriegt, dass das erst Montag losgeht. Am Sonntag gab es teilweise noch Verschiebungen der eigentlichen Abflugzeit; da kam noch mal ein bisschen Bewegung rein. Aber das kann durchaus sein, dass die Vorgaben: „Wir fliegen erst am Montag“ daran gelegen haben, dass man die entsprechenden Diplo-Clearances erst vorliegen haben muss.

Alexander Müller (FDP): Okay. Das heißt, aus Ihrer Sicht, nach Ihrer Erinnerung waren die Vorgaben so gewesen, dass man erst montags fertig sein muss, in Wunstorf abflugbereit.

Zeuge Chris Gonter: Richtig.

Alexander Müller (FDP): Das war Ihr Befehl sozusagen, den Sie von oben bekommen haben.

Zeuge Chris Gonter: Genau. Wir haben die einzelnen Abflugzeiten für die einzelnen Maschinen bekommen. Und das war für uns die Größe, nach der wir jetzt unsere Planung ausgerichtet haben.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Vielen Dank. - Ich möchte da anknüpfen, worüber ich vorher mit Ihnen gesprochen habe, über die Zeitschiene der Planung noch mal. Ich möchte Ihnen jetzt

zwei stille Vorhalte machen und Ihnen im Anschluss eine abstrakte Frage zu Ihrer Einschätzung der in den Dokumenten wiedergegebenen, angegebenen Zeiträume bitten. Und wenn Sie jetzt gleich das Dokument sehen, achten Sie bitte darauf, dass Sie weder die Zeiträume noch die vorhandenen Informationen selbst nennen.

Ich zeige Ihnen jetzt zu Beginn Tagebuchnummer 03/22 VS-Geheim, Anlage 1, Blatt 184 und möchte dann gerne wissen, ob Ihnen der dort angedachte Zeitraum ungewöhnlich lang vorkommt. Also einfach in das Dokument reinschauen! Mein Mitarbeiter steht schon hinter Ihnen. Das muss man unter der Balustrade machen, dass von oben keine Einsicht möglich ist.

(Dem Zeugen werden unterhalb der Zuschauertribüne Unterlagen vorgelegt - Der Zeuge und ein Vertreter des BMVg nehmen Einblick)

Die Frage war, ob Ihnen dieser Zeitraum lang vorkommt, der dort in dem Dokument zwischen den beiden Punkten - -

Zeuge Chris Gonter: Nee, der kommt mir nicht lange vor; aber die Definition von „lang“ muss man ja immer in der Situation sehen, -

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Genau. Aber bezogen auf die Situation natürlich, in der wir uns damals befunden haben.

Zeuge Chris Gonter: - weil da kenne ich andere Zeiträume, die sind noch viel länger. Also, von daher ist das jetzt nicht ungewöhnlich.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Okay. - Dann würde ich Ihnen gerne Tagebuchnummer 03/22 VS-Geheim, Anlage 1, Blatt 384 und 385 vorhalten. Und bitte achten Sie wieder auf das Datum des Dokuments, die Ihnen zu diesem Zeitpunkt bekannte Lage und in diesem Kontext die Ausführungen und Zeitansätze unter Nummer 5. Halten Sie diese Zeitansätze zu dem Datum des Dokuments für realistisch? Es geht auch wieder - für alle hier im Raum - um Planungshorizonte und um Evakuierungsplanung.



Nur zur dienstlichen Verwendung

(Dem Zeugen werden unterhalb der Zuschauertribüne Unterlagen vorgelegt - Der Zeuge und ein Vertreter des BMVg nehmen Einblick)

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Ich bitte darum, von einer Beratung des Zeugen Abstand zu nehmen.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Also, wie realistisch finden Sie die Zeitansätze bezogen auf diese Planung in dem Dokument?

Zeuge Chris Gonter: Gemessen an der - - zu dem Zeitpunkt, wie die Lage dort war in Afghanistan, und bezogen auch auf bestimmte Verfügbarkeiten und Planungen, gerade in Urlaubsphasen, ist das aus meiner Sicht im Vergleich zu dem, was ich sonst so kenne, schon zügig.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Das Dokument hat ja jetzt nicht Sie direkt betroffen.

Zeuge Chris Gonter: Ja.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Aber hat Sie das jetzt überrascht, das zu lesen?

Zeuge Chris Gonter: Nein.

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Okay. Danke.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Dann ist diese Runde damit abgeschlossen. - Ich habe wahrgenommen, dass es nur noch einzelne Fragen in der nächsten Runde gibt. So verfahren wir jetzt dann auch. Die erste Möglichkeit hat die SPD-Fraktion.

Jörg Nürnberger (SPD): Ich habe nur noch eine Frage interessehalber: Ist der Zeuge General Meyer, den wir vorher gehört haben, Ihr Vorgesetzter nach § 1 der Vorgesetztenverordnung gegenwärtig, -

Zeuge Chris Gonter: Nein.

Jörg Nürnberger (SPD): - unmittelbarer Vorgesetzter?

Zeuge Chris Gonter: Unmittelbar nein. Vom Dienstgrad ja, aber nicht unmittelbar.

Jörg Nürnberger (SPD): Okay.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Vielen Dank. - Die Union hat keine Fragen. Die Grünen? - Bitte schön, Frau Kollegin Nanni.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich habe noch. - Aus einer E-Mail vom 9. August, die das AA verschickt hat, wissen wir, dass um dieses Datum herum im Auswärtigen Amt die Entscheidung getroffen wurde, dass auch die Lokalbeschäftigten des Auswärtigen Amtes im Evakuierungsfall wie Entsandte behandelt werden sollen, also Teil Ihrer Planung werden müssen, und dass es sich da sozusagen um einen Aufwuchs von 60 Personen dann handeln würde. Wann haben Sie davon erfahren, dass es diesen Aufwuchs um 60 Personen gibt? Haben Sie davon erfahren?

Zeuge Chris Gonter: Gerade jetzt habe ich davon erfahren.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. Das ist ja auch interessant. - Dann eine ähnliche Entscheidung. Und zwar wurde am 15.08. ein Auftrag erteilt, auch zur Rückführung von Ortskräften des BMVg. Dieser Auftrag ging beim Einsatzführungskommando ein. Und dort schreibt die Einsatzgruppe 3 im Referat [sic!] J3/5 im Nachhinein, im September:

- Die Rückführung von Ortskräften BMVg als ein Auftrag im Rahmen der MilEvakOp war nicht von Beginn an der Operation vorgegeben. Weder in den Kräftedispositiven KUT, im EinsVbd

- Einsatzverband -

noch im EinsStab EvakOp

- Einsatzstab Evakuierungsoperationen -

waren ausreichend Kräfte und Mittel zur Aufgabenerfüllung „Rückführung OK“



Nur zur dienstlichen Verwendung

- Ortskräfte -

berücksichtigt.

Da diese Weisung am 15.08. erging, also an dem Tag, wo die Militäreвакуierung losging, jetzt auch hier die Frage: Wann haben Sie davon erfahren, dass ein Aufwuchs - die Zahl kennen wir in dem Fall nicht -, der sich durch eine Ausweitung der Definition ergibt, erfolgt?

Zeuge Chris Gonter: Also, konkret bin ich damit nicht befasst worden, weil, wie gesagt, diese Vorgaben dann direkt über Potsdam laufen, die ja dann auch unmittelbar die Kräfte führen. Und damit sind wir von solchen Informationen erst mal grundsätzlich gar nicht betraut. Das heißt, dass es eine Ausweitung gegeben hat, das haben wir natürlich mitbekommen im Laufe der Operation, und dass da eine hohe Dynamik drin war, teilweise auch wohl einzelne Personen da versucht haben, dem einen oder anderen noch mal eine höhere Priorität zu geben. Also da war eine unwahrscheinliche Dynamik drin, was das den Kräften vor Ort wohl auch dadurch nicht leicht gemacht hat.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Auf welches Dokument haben Sie sich bezogen, Frau Kollegin?

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Entschuldigung. Im zweiten Fall MAT A BMVg-4.608 VS-NfD, Blatt 128, und im ersten Fall, wo es um das AA ging, MAT A AA-8.41 VS-NfD, Blatt 167.

Dann habe ich noch eine Frage zur Zusammenarbeit mit anderen internationalen Staaten. Sie haben in Ihrem Eingangsstatement oder einer der ersten Antworten auch davon erzählt, dass es zurzeit auch Überlegungen gibt, mit den Niederländern da stärker zusammenzuarbeiten. Wir wissen auch aus den Akten, dass die Niederländer in Form des Außenministeriums, das für die Eventualfallplanung in den Niederlanden zuständig ist, eben sehr großes Interesse, auch in Bezug auf gemeinsame MilEvak sich zu koordinieren, hatte - das wissen wir aus MAT A BMVg-4.582 VS-NfD, Blatt 5 ff. - und dass die

Niederländer dazu dauerhaft in der ersten Jahreshälfte 21 im Austausch waren und es auch zu einem Austausch mit dem Einsatzführungskommando im Juni dazu kam - oder auch auf Ihrer Ebene. Wissen Sie: Inwiefern gab es da auch schon einen Austausch in der Planung im Mai mit den Niederländern und auch anderen Nationen?

Zeuge Chris Gonter: Also, ich weiß auch von dem Austausch, dass das im Mai stattgefunden hat in Potsdam. Wir haben ja noch mal bei uns in der Division die besondere Situation, dass wir einen niederländischen Verband bei uns in der Division drin haben, eine Brigade. Und wir haben jetzt auch im letzten Jahr bei der militärischen Evakuierungsübung gemeinsam geübt, so dass wir hier, auch weil wir immer davon ausgehen - das ist zwar eine nationale Aufgabe, aber es wird aus unserer Bewertung immer in einem multinationalen Raum irgendwo stattfinden -, dass da Kooperation notwendig ist. Das versuchen wir auch zu vertiefen. Wir waren während der Kabul-Phase, weil auch der stellvertretende Divisionskommandeur ist halt bei uns ein Niederländer, auch rege mit denen im Austausch. Die Niederländer sind ja tatsächlich dann auch nach Pakistan gegangen. Und da haben wir uns ausgetauscht, was die Lage angeht, um uns gegenseitig zu informieren.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wissen Sie auch, wen die Niederländer mitnehmen wollten und mitgenommen haben, also wie sie ihre Zugangsberechtigung zur Evakuierung definiert haben?

Zeuge Chris Gonter: Nein, die Details sind mir nicht bekannt.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dann habe ich noch eine Frage zur Phase im August. Wir wissen aus einer E-Mail vom 25.08. - das ist MAT A BMVg-5.168 VS-NfD, Blatt 97, Nachbereitung Einsatzverband Militärische Evakuierungsoperationen -, dass Sie auch jenseits der Eventualfallplanung in die militärische Evakuierungsoperation involviert waren. Und wir haben insbesondere in der vorletzten Befragung auch festgestellt, dass die Frage, wann die Green Zone



Nur zur dienstlichen Verwendung

von den Amerikanern verlassen wird, auch eine sehr starke Auswirkung darauf hat, wie sozusagen die Planung für eine eigene Evakuierung vor Ort sein muss. Inwiefern hat das Thema „Green Zone“ in der Planungsphase im Mai, aber vor allem auch in der tatsächlichen Situation dann im August eine Rolle gespielt, wenn es um Anpassungen der Planung geht?

Zeuge Chris Gonter: Das war natürlich Thema im Mai bei der Planung gewesen, weil die deutsche Botschaft immer auch ein Faktum ist bei der Evakuierung, wenn es um Deutsche geht. Das wird also immer mitgeplant, und das haben wir auch gemacht. Die Situation im August war ja sehr dynamisch, und dort war relativ schnell klar, als die Green Zone dann aufgegeben wurde, dass die Deutschen nicht da verbleiben können und auf uns warten, sondern die waren ja massiv von der Sicherheit auch abhängig, die dort gewährleistet ist, wenn halt alle da sind. Und da das dann relativ schnell zusammengebrochen ist, haben die dann halt auch zugesehen, dass sie da möglichst schnell aus der Green Zone wegkommen.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, Sie hatten ja vorhin gesagt, das war die erste wirkliche robuste Evakuierung, die die Bundesrepublik jemals durchgeführt hat. In der Planung haben Sie ja auch mit einer robusten Evakuierung geplant, so wie immer. Welche Vorannahmen zum Thema „Green Zone“ wurden denn getroffen in der Planung für die robuste Evakuierung?

Zeuge Chris Gonter: Also, die Planungen sind dann halt so, dass wir sagen: Wir gehen davon aus, dass die Botschaft noch vor Ort ist, dass die Sicherheit aber möglicherweise eingeschränkt ist, dass auch der Transport, der Weg von der Green Zone, also von der Botschaft, dann zum Flughafen möglicherweise sehr konfliktbehaftet sein kann. - Und da gab es halt auch die Überlegung, dass man dem mit Hubschraubern möglicherweise dann aus dem Weg gehen kann. Darum hatten wir die mitgeplant, und darum war das für uns auch eine gute Option zu dem Zeitpunkt im Mai.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das heißt, wenn man es jetzt an diesem einen Beispiel festmacht, was ja nicht ganz irrelevant ist, die Green Zone, dann könnte man sagen, dass im Prinzip die Vorannahmen für die robuste Evakuierung immer noch zu positiv waren im Vergleich zu der Lage, wie sie sich dann de facto in Kabul dargestellt hat.

Zeuge Chris Gonter: Ja, gut, das war zumindest die Annahme, die wir im Mai hatten, weil wir auch zu dem Zeitpunkt nicht davon ausgehen konnten, dass sich das so schnell entwickelt.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das heißt, wenn man das hätte abbilden wollen, was am Ende dann die Sicherheitslage wäre, hätte man quasi noch „Robuste Lage plus“ sich ausdenken müssen, aber das war außerhalb dessen, was Sie für wahrscheinlich gehalten haben.

Zeuge Chris Gonter: Ja. Wir haben ja, sage ich mal, immer so eine Art Sicherheitspolster oder Reservekräfte, nennen wir das militärisch. Wir haben ja in Deutschland weitere Kräfte bereitgehalten. Die hätten sofort verlegen können. Also wir hätten dort aufwachsen können, was dann aber nicht durchgeführt wurde.

Sara Nanni (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. - Ich danke Ihnen. Ich wäre dann auch mit den Fragen so weit durch. Danke, dass Sie da waren.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Besten Dank. - Die AfD.

Hannes Gnauck (AfD): Vielen Dank. - Eine letzte Frage dreht sich um ein IT-System der Bundeswehr, Quelle MAT A BMVg-4.16, Blatt 3. Ich zitiere mal aus der Fundstelle. Interessant ist hierbei übrigens der Zeitpunkt, 15. August 2021, also unmittelbarer Zusammenhang der EvakOperation. Zitat:

Heute funktionieren bei SE I 5
zwar die Kryptotelefone wieder.
Allerdings ist HAFIS (zumindest
beim EinsFüKdoBw)



Nur zur dienstlichen Verwendung

- Einsatzführungskommando -
zusammengebrochen

- HaFIS ist ja ein tolles System, harmonisiertes Führungssystem Streitkräfte [sic!]; toller Name, funktioniert aber meistens gar nicht mal so gut -,

so dass die schriftlichen Weisungen etc, für die MilEvakOp nunmehr zwangsweise via LoNo erfolgen müssen.

Unter Gesichtspunkten GEHEIMSCHUTZ bzw. OPSEC

- Operations Security -

ist das natürlich nur unter der Rahmenbedingung zu dulden, dass ansonsten unmittelbar Menschenleben gefährdet würden, wenn wir nicht LoNo nutzen.

Aber auch ein nachlässiger Geheimschutz kann Menschenleben gefährden - insbesondere bei solch sensiblen Operationen.

Mit anderen Worten - das mangelhafte IT-Sys

- IT-System -

BMVg gefährdet nicht nur den GEHEIMSCHUTZ, sondern auch Menschenleben - hier ist dringender Handlungsbedarf!

Über dieses Tool, dieses Einsatztool, werden ja auch, ich sage mal, wenn ich es richtig in Erinnerung habe, Einsatzsoldaten gebucht, in den Einsatz geschickt, also quasi im System hinterlegt. Hatten diese Mängel in der IT irgendwie Auswirkungen auf die Operation? Haben Sie das unmittelbar irgendwie zu spüren bekommen? Da werden ja auch Listen drüber erstellt, jetzt zwar nicht über die Ortskräfte, aber natürlich über die Einsatzsoldaten. Haben Sie davon irgendwie mal Kenntnis bekommen bzw. hatte das Auswirkungen auf den unmittelbaren Dienst und den Einsatz der Soldaten?

Zeuge Chris Gonter: Es ist richtig, dass dieses System nicht einwandfrei funktioniert hat während der Operation. Da wir aber Redundanzen haben, was von der Sicherheit zwar dann nicht so hoch ist - das ist klar - - Aber es hat uns nicht in der Aufgabe behindert, sodass wir jetzt nicht Einschränkungen hatten dahin gehend, dass wir irgendwie zu langsam waren oder irgendwelche Dinge nicht machen konnten.

Hannes Gnauck (AfD): Okay, genau. Also das ist die Feststellung: hatte jetzt keine unmittelbaren Auswirkungen auf den Auftrag.

Zeuge Chris Gonter: Nein.

Hannes Gnauck (AfD): Okay. Danke.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Vielen Dank. - Hat die FDP noch Fragen?

Dr. Ann-Veruschka Jurisch (FDP): Nein.

Vorsitzender Dr. Ralf Stegner: Nein. Gut. - Dann stelle ich fest, dass wir am Ende der Befragung angekommen sind. Ich bedanke mich bei dem Zeugen Gonter auch für Ihre Ausdauer und Kondition. Die ist bei Soldaten immer besonders ausgeprägt, wie wir hier merken. Vielen herzlichen Dank dafür.

Formell ist die Befragung noch nicht abgeschlossen. Sie bekommen das Protokoll, haben 14 Tage Zeit, das durchzusehen und gegebenenfalls sich zu korrigieren bzw. das Protokoll zu korrigieren.

Dann wären Sie damit heute entlassen. Ich wünsche Ihnen noch einen schönen Abend.

Ich schließe diese Sitzung. Wir ziehen jetzt in einen anderen Raum um, verabschieden uns von der Öffentlichkeit, bei der wir uns für das Interesse ebenfalls bedanken. Die Öffentlichkeit ist überschaubar, aber der Dank gilt ihr trotzdem. Wir ziehen jetzt um in den Raum 2.300. Wir könnten das, glaube ich, bei zügigem Prozedere schaffen, dass wir 21 Uhr versuchen.

(Der Vorsitzende berät sich mit Mitarbeiterinnen und



Nur zur dienstlichen Verwendung

Mitarbeitern des
Ausschussesekretariats)

- Gut. Dann ändere ich das in 21.10 Uhr. Aber
21.10 Uhr sollten wir schaffen. Man wird ja auch
munter beim Laufen.

(Schluss des Sitzungsteils
Zeugenvernehmung,
Öffentlich: 20.49 Uhr -
Folgt Sitzungsteil Zeugen-
vernehmung, Geheim)

Anlage

Korrektur- und Ergänzungsanmerkungen des
Zeugen Ansgar Meyer

1. Untersuchungsausschuss Afghanistan (PA27)

Von: Musold, Mike [mailto:MikeMusold@bmvg.bund.de] **Im Auftrag von** GP BMVg R Bea UAAFG

Gesendet: Donnerstag, 23. März 2023 10:27

An: 1. Untersuchungsausschuss Afghanistan (PA27) <1.ua.afghanistan@bundestag.de>

Cc: GP BMVg R Bea UAAFG <BMVgRBeaUAAFG@bmvg.bund.de>

Betreff: WG: Antwort: Protokollauszug der öffentlichen Zeugenvernehmung

Klassifizierung: VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH/PersDat Schutzbereich 1

BMVg Bea UA AFG

BMVg Bea UA AFG übersendet die Anmerkungen / Änderungen zum Protokoll des Zeugen Brigadegeneral Meyer mit der Bitte um Berücksichtigung.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag

Musold

Stabshauptmann

Mike Musold

Bundesministerium der Verteidigung

Stauffenbergstraße 18, 10785 Berlin

Telefon: +49 (0) 30 2004-27701

Bundeswehrkennzahl: 3400

E-Mail: BMVgRBeaUAAFG@bmvg.bund.de

Internet: <https://www.bmvg.de>

Von: Ansgar1Meyer@bundeswehr.org <Ansgar1Meyer@bundeswehr.org>

Gesendet: Dienstag, 21. März 2023 17:13

An: GP BMVg R Bea UAAFG <BMVgRBeaUAAFG@bmvg.bund.de>

Betreff: Antwort: Protokollauszug der öffentlichen Zeugenvernehmung

Sehr geehrte Frau Geyer,

ich habe nur die folgenden, wenigen Anmerkungen zum Protokoll und bitte um entsprechende Berücksichtigung:

S. 11 Die Abzugsentscheidung fiel nicht am 24.04., sondern 14.04.2021

S. 32 (re) Streiche "CCK_Alpha", setzte "CSTA-A" (gesprochen SiSticka-Alpha)

S. 35 (re) streiche "Fähigkeiten aufbauen", setze "Fähigkeiten abbauen"

S. 36 (re) Streiche "Endstage", setze "Endstate"

Mit freundlichen Grüßen,

Ansgar Meyer

